Heft 3 März 1992 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Manfred Stolpe: Für alle Fälle »Sekretär«
- Irak: Der deutsch-amerikanische Golfkrieg
- Gentechnik: Ansichten eines Klons
- Skandal: Clinton von hinten
- Studenten: Außer Späßen nix gewesen?

Im Reich der Glatzen Wo Deutschland ausländerfrei ist

in konkret März 1998

hier Konkret von Peter Hacks

Im Februar jährte sich der Geburtstag von Bertolt Brecht zum hundertsten und der des Kommunistischen Manifests zum hundertfünfzigsten Mal. KONKRET, ansonsten auf derartige Termine nicht besonders erpicht, sprach mit Peter Hacks, der demnächst selbst seinen 70. Geburtstag feiert, über die Bedeutung dieser Jubiläen und die Aktualität des Manifests

von Konkret

an Konkret

Stars in Streifen von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Die braune Zone von Jürgen Elsässer

Nazi-Party statt Nazi-Partei: In Ostdeutschland erobert eine rechtsradikale Lifestyle-Guerilla die Schulen und Jugendclubs

Für Punks tödlich von Jürgen Elsässer

Beinah wie Bonhoeffer von Joachim Rohloff

Roter Gummiadler auf braunem Grund: Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe ist ein Landesvater, der seinen Kindern alles vergibt - vom Antisemitismus bis zum Totschlag von Ausländern

Nicht rein, aber raus! von Katina Schubert

In Kürze will der Bundestag sämtlichen zur Ausreise verpflichteten Ausländern die Leistungen noch dem Asylbewerberleistungsgesetz streichen. Was ihnen dann bleibt ist eine Fahrkarte noch Hause

Deutscher Anstand von Otto Köhler

Klaus v. Dohnanyi durfte in der Paulskirche eine Rede auf die gescheiterten Putschisten des 20. Juli 1944 halten. Daraus ist ein Modelltext des Revisionismus geworden - und ein Plädoyer für den antidemokratischen Staat

Jetztzeit von Peter Hacks

Ropetz von Frank Behr, Matthias Küntzel

Entgegnung auf Hermann L. Gremlizas Kolumne »Das Falsche im Richtigen« (KONKRET 2/98)

Gegendarstellung

Terror der NormalitätTabu Lohnarbeit von Ralf Blendowske

Ralf Blendowske und Clemens Knoblach haben Viviane Forresters Bestseller »Der Terror der Ökonomie« gelesen und sind zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen gekommen

Terror der NormalitätOptische Täuschungen von Clemens Knobloch

Rolf Blendowske und Clemens Knoblach haben Viviane Forresters Bestseller »Der Terror der Ökonomie« gelesen und sind zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen gekommen

Der Lästigkeitsfaktor von Oliver Tolmein

Das ins Grundgesetz aufgenommene Benachteiligungsverbot für Behinderte ist das Papier wert, auf dem es steht

Mehrerlei Wahrheiten von Horst Pankow
Daniel Cohn-Bendit, der Sonderberichterstatter einer nach Algerien gereisten Delegation des Europäischen Parlaments, will die algerische Regierung für die Massaker der islamistischen Terroristen verantwortlich machen

Falsche Vasallen von Ralf Schröder
Zagreb im Rücken, Bagdad voraus: Die Einheitsfront gegen die amerikanische Irakpolitik fordert mehr Bonner Courage. Schon wieder zu Unrecht

Volkstümelnde Ignoranz von Daniel Dockerill
Über das mißverstandene »Mißverständnis« des Herrn G. Eine Entgegnung auf Klaus Gietingers Beitrag zur Stalinismus-Debatte (»Das Mißverständnis«, KONKRET 10/97)

In diesem Sinne - Hand in Hand von Carsten Otte

In diesem Sinne - Bayerns Brecht von Jürgen Roth

In diesem Sinne - Scheingefecht von Michael Schilling

Hosen runter von Kay Sokolowsky

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth

Ansichten eines Klons von Alexander Bogner
Warum das Klonen von Menschen morgen erlaubt sein wird, verraten schon heute die Argumente der Klonierungsgegner

Gute Manieren von Pascal Beucker
Die Studentenproteste haben die Lage an den Hochschulen nicht verändert: eine Bilanz

L'état c'est Hacks von Georg Fülberth
Für gewöhnlich haben Dichter von der Staatskunst und vom Staat keine hohe Meinung. Eine Ausnahme bildet Peter Hacks - allerdings ist Hacks, der am 21. März seinen 70. Geburtstag feiert, auch kein gewöhnlicher Dichter

Lieber Fritz! von Horst Tomayer

Buch & Deckel von Oliver Tolmein

Mediopoly Sex: Die nächste Runde von Georg Seeßlen
Zweiter und letzter Teil eines Beitrags zum Streit über Pornographie im Fernsehen

Film & Theater von Marit Hofmann

»medium der bewegung« von Stefan Ripplinger
Die Frage, was links sei, sollte präzisiert werden. Eine Präzisierung könnte lauten: Was ist linke (oppositionelle, deviante usw.) Kommunikation? Nirgendwo wird diese Frage so nachdrücklich gestellt, nirgendwo wird sie so vielseitig und interessant beantwortet wie in den freien Radios

Die Abschaffung des Subjekts von Carl Freytag
Ich zu sagen, ohne ein Ich zu behaupten: über die autobiographischen Texte der Kritischen Theoretiker

Brecht allein zu Haus von Rayk Wieland

Das Jubiläum ist vorbei - nun kann Brecht sich wieder hören lassen

Melodie & Rhythmus von Ulf Schlawinski

György Kurtág/Robert Schumann: »Hommage à R. Sch.«, Kim Kashkashian, Viola; Robert Levin, Klavier; Eduard Brunner, Klarinette, ECM 1995; György Kurtág: »Musik für Streichinstrumente«, Keller Quartett, ECM 1996; György Kurtág: »Játékok«, Márta und György Kurtág, Klavier, ECM 1997

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/98, S. 3

Peter Hacks

hier Konkret

Im Februar jährte sich der Geburtstag von Bertolt Brecht zum hundertsten und der des Kommunistischen Manifests zum hundertfünfzigsten Mal. KONKRET, ansonsten auf derartige Termine nicht besonders erpicht, sprach mit Peter Hacks, der demnächst selbst seinen 70. Geburtstag feiert, über die Bedeutung dieser Jubiläen und die Aktualität des Manifests

konkret: Woran mag es liegen, daß Brecht bei den Gratulanten so viel besser abschneidet als Marx und Engels?

Hacks: Das alte ehrliche Verfahren, einen Ruf zu morden, war das Totschimpfen. Die Frage zeigt, daß man inzwischen über zwei modernere Verfahren verfügt, das Totschweigen und das Totfeiern. Zur Zeit haben sie für Dichter - dieses Jahr für Brecht, letztes Jahr für Heine, nächstes für Goethe - das Totfeiern gewählt und für Marx das Totschweigen. Aber Brecht, Heine und Goethe sind ihrerseits schon jahrzehntelang totgeschwiegen worden; 1968 hingegen gab es ein Kaputtjubeln von Marx durch Agenturen der 4. Internationale. Das ist alles Jacke wie Hose.

konkret: in den Nachrichtensendungen des Fernsehens sieht man - von Kohl bis Blair, von Vaclav Havel bis Joschka Fischer - eine Menge Gespenster in Europa umgehen. Wie der Kommunismus sieht keines von ihnen aus. Haben die »Mächte des alten Europa«, »der Papst und der Czar, französische Radikale und deutsche Polizisten«, mit ihrer »heiligen Hetzjagd« den Kommunismus schließlich nicht doch zur Strecke gebracht?

Hacks: Ich habe den Eingangsscherz des Manifests nie für besonders glücklich gehalten; er merkt sich leicht, aber man versteht nicht genau, worauf die Metapher hinauswill. Der Kommunismus, soll es ja wohl heißen, wird gefürchtet, wie wenn er ein Gespenst wäre, hat aber in Wirklichkeit Hände und Füße und befindet sich wohl bei Leibe. Die von Ihnen aufgezählten Herren wieder sind in Wirklichkeit Gespenster; dennoch kann ich jedermann nur raten, sich vor ihnen zu fürchten. - Zur Strecke gebracht? Der Kommunismus? Nein, wieso?

konkret: Vor kurzem hat der Chefredakteur einer linken Wochenzeitung das Kommunistische Manifest der Belletristik zugeordnet, wie Sie das in einem Brief an Kipphardt mit der Bibel getan haben: »Natürlich kann man nicht sagen, daß der liebe Gott in allen Punkten die Wahrheit gewußt hätte, aber er hat ein sehr gutes Buch geschrieben.« Gilt dieses Hacks-Wort auch für die Marx/Engelssche Kampfschrift?

Hacks: Marx und Engels haben »ein sehr gutes Buch geschrieben«, und sie haben, anders als Gott, »in allen Punkten die Wahrheit gewußt«. Das haben sie mit Hegel und Goethe gemeinsam. Auch wer die Bibel gern lobt, sollte zugeben, daß seit ihr die Literatur Fortschritte gemacht hat.

konkret: Es gebe, schrieben Sie zur Zeit der sog. Wende, »keine Klemme, aus der die Leute nicht wieder herauskämen, meist beschadet, aber eben nie ausgetilgt. Es gibt kein noch so elendes Jetzt ohne Zukunft. Alles geht weiter und, wie bestimmte Uberlegungen und die Erfahrung lehren, auf lange Sicht höher. Wenn man nicht mit Sprengstoff, Gift oder Pilzen der menschlichen Rasse den Garaus macht, wird sie sich fort-, und sie wird sich hinaufbequemen«. Hat - bei Betrachtung des deutschen Arbeiterstandes - ihr Optimismus seitdem nicht gelitten?

Hacks: Lassen Sie mich nun doch ein paar Worte über das Manifest verlieren, das übrigens nicht »Kommunistisches Manifest« heißt, sondern »Manifest der Kommunistischen Partei«. Das Wort Partei mag ich nicht vernachlässigt. Die Arbeiterklasse, die Partei und der sozialistische Staat, das sind die drei Beine, auf denen der Dreifuß der wissenschaftlich-materialistischen Pythia steht und nicht kippelt. - Das Programm der proletarischen Revolution erschien vor der bürgerlichen Revolution, die sich als verfrüht erwies und niemals stattfand. Engels zeigt sich 1872 ganz erleichtert, wenn er feststellen kann, daß der deutsche Kapitalismus sich langsam bequemt, dem Bild, welches die Verfasser des Manifests von ihm entwarfen, einigermaßen zu ähneln. Man kann den Zeitbegriff des Marxismus kaum empirisch nennen. Die Frage »wann?« ist die Frage, die man Marx besser nicht stellt. Seine Sätze stimmen selten zu dem Zeitpunkt, an dem er sie verkündet. Dafür stimmen sie immer, beispielsweise jetzt. - Ansteht jetzt nicht eine Revolution von wenig Voraussetzungen, ansteht etwas viel Leichteres: die Restauration einer abgebrochenen Revolution. Das ist eine Sache, für welche die Geschichte selten mehr als fünfzehn Jahre zu benötigen pflegt. - Für Ihre Anteilnahme an dem »deutschen Arbeiterstand« dankend, antworte ich ganz praktisch. Die Einzelausgabe des Manifests in der DDR belief sich 1953, nur acht Jahre nach der Befreiung, auf eine Auflage von 850.000. Das Buch hatte weitere fünfunddreißig Jahre Zeit zu erscheinen. Ferner ist das Manifest in vielen ausgewählten oder vollständigen Werkausgaben enthalten, und selbst in der BRD werden ein paar hundert Exemplare gedruckt worden sein. In den Regalen des deutschen Arbeiterstandes befinden sich mindestens eine Million Stück, wahrscheinlich zwei. Der Geist des Arbeiterstandes ist nicht unkräftig institutionalisiert. Die westdeutsche Arbeiterklasse halte ich nicht für so ungebildet, wie sie sich zu geben beliebt. Sie weiß ganz gut, was gespielt wird. Ich würde sie eher verderbt oder lasterhaft denn dumm nennen. Ihrem etwas verbasterten Stamm die Arbeiterklasse der DDR, die, beiläufig gesagt, nicht nur belesen, sondern auch bewaffnet war, aufokuliert zu haben, wird die deutsche Bourgeoisie noch bereuen. - Sie wundert mein Optimismus? Ich schlage mich, ganz wie jeder

andere Mensch auch, auf die Siegerseite. Der Kapitalismus hat doch nicht die geringste Überlebenshoffnung.

Konkret 03/98, S. 4

von Konkret

Die Nazi-Zeitung »Junge Freiheit« beschwert sich, daß die »Gesinnungswächter« von KONKRET den KPÖ-Vorsitzenden Walter Baier »ins Inquisitionsverhör genommen« und gefragt hätten, warum er dem österreichischen »JF«-Pendant »Zur Zeit« ein Interview gegeben habe (KONKRET 1/98). Baier sei »scharf gefragt« worden und habe »pflichtschuldigst« geantwortet. »Die extreme Linke (sei) nicht gewillt hinzunehmen, daß ein wertkonservatives und freisinniges Wochenblatt daran geht, offene Debatten zu führen«, und jeder, der »sich von linker Seite an diesen Debatten beteiligt, wie KP-Chef Walter Baier, (werde) gemaßregelt«, klagt das Blatt. So hart kann das Leben sein für kleine Nazis.

Eine Propagandabroschüre der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) unter dem Titel *Linksextremismus - eine vernachlässigte Gefahr* kommt den Hitlerjungs zu Hilfe:

Primitive »Ziellisten« wie die Neonazi-Broschüre »Der Einblick« haben meines Wissens nach nicht zu Belästigungen von Linken geführt, die über ekelhafte Telefonanrufe hinausgegangen wären. Wer aber in KONKRET oder »Junge Welt« als Nazi definiert, in »Interim«, »Radikal« oder auch im »Rechten Rand« mit Wohnortangabe, Funktion und Photo als Ziel aufbereitet wurde, sollte nicht überrascht sein, wenn solcher »antifaschistischen Aufklärung« die revolutionäre Praxis folgt.

Von den weltweit bekannten Folgen dieser Praxis handelt die Titelgeschichte der vorliegenden KONKRET-Ausgabe.

Dabei ist ein Teil dieser Blätter keineswegs nur den Autonomen zuzurechnen. Anders als »Rechts« ist keines von ihnen verboten - außer »Radikal«, das aber leicht erhältlich ist.

Obwohl doch in Bonn Konrad Adenauers Enkel eigenhändig regiert!

Korrekturen I: In seiner Kolumne (2/98) hatte Hermann L. Gremliza aus dem Buch *Goldhagen und die deutsche Linke zi*tiert, für den Maidanek-Prozeß habe sich »die deutsche Öffentlichkeit .... nicht aber die deutsche Linke« interessiert. Richtig hätte es heißen müssen: »die internationale Öffentlichkeit«. Der Fehler ist um so ärgerlicher, als er den Eindruck erwecken könnte, er habe einem Argument gedient, zu dem er in Wahrheit nichts beizutragen hätte.

Korrekturen II: Die Hindenburgkaserne, auf Seite 16 des letzten Heftes abgebildet, befindet sich nicht in Hamburg-Harburg, sondern in Neumünster. Die »Himmelrodter Denkschrift«, von der im Beitrag »Nazis in Uniform« von Michael Schilling die Rede war, muß richtig heißen: »Himmeroder Denkschrift«, wie auch das Eiffelkloster sich in Himmerod befindet und nicht in Himmelrodt. Die Redaktion bedauert die Irrtümer.

Korrekturen III: Divid-Enten sind mitnichten batteriebetriebene Wasservögel, wie manche Leser vielleicht vermuteten, sondern allein ein von der Hybrid-Korrektur des letzten Heftes übersehener Druckfehler in dem Gedicht »Schneezeit« von Peter Hacks, das hier noch einmal vollständig und in seiner ganzen ökonomischen Stimmigkeit abgedruckt sei:

SCHNEEZEIT

Was soll Materie, wo Menschen hausen?

Das Wasser fror zu Schmutz. Der Winter war,

Schon als ich jung war, mir ein rechtes Grausen.

Die Hochbahn klappert laut und sonderbar.

Die Fußabtreter mieten auf den Treppen.

Unten ums Eck weiß ich ein Biercafé.

Ein Kind läßt sich auf einem Schlitten schleppen.

Ein Moppel riecht erfreut am feuchten Schnee.

Ein Wirt hat mir ein kaltes Bier gezapft.

Vor einem Himmel, hell mit Rauch verhangen,
Stehn wie aus schwarzem Glas, weiß überfangen,
Die kahlen Bäume. Trotzig blickend stapft
Der Proletarier mit vergrabnen Händen.
Die Gas-AG schreibt fette Dividenden.

Mit dem 1. KONKRET-Kaderfrühstück beginnt KONKRET eine Veranstaltungsreihe, die künftig einmal im Monat Leserinnen und Leser mit Autorinnen und Autoren dieser Zeitschrift zusammenführen soll. Der Titel des ersten gemeinsam mit der Hamburger Werkstatt 3 veranstalteten Kaderfrühstücks mit Sylke Kirschnick (Zentrum für demokratische Kultur) und KONKRET-Autor Jürgen Elsässer lautet: »Im Reich der Glatzen. Über die ersten ausländerfreien Gebiete in Deutschland und die Sympathie von Linken mit rechten Tätern«. Tag und Beginn: Donnerstag, 5. März, 19.30 Uhr. Ort: Werkstatt 3 (Hamburg-Altona, Nernstweg 32).

»Deutsche Zustände. Politische Alternativen im Wahljahr 1998«: Das 2. KONKRET-Kaderfrühstück gibt es auf der Leipziger Buchmesse. Auf dem Podium sitzen und debattieren werden der Schriftsteller Hermann Kant, der Publizist und KONKRET-Autor Dr. Mathias Wedel und Hermann L. Gremliza. Tag und Beginn: Samstag, 28. März, 19.30 Uhr. Ort: Museum für Bildende Künste, Grimmaische Str. 1-7, 04109 Leipzig. KONKRET und der Konkret Literatur Verlag haben auf der Messe (26:29.3.) einen gemeinsamen Stand: Halle 3 G 206a.

Ebenfalls während der Leipziger Buchmesse liest und diskutiert auf einer Veranstaltung des Konkret Literatur Verlags Jutta Ditfurth über den Zusammenhang von Esoterik, Ökofaschismus und Biozentrismus: am 28. März um 17 Uhr in der Stadtbibliothek Leipzig, Wilhelm Leuschner Platz 10/ 11.

Pünktlich zur Leipziger Buchmesse Ende März erscheint als 15. Band der **konkret-texte-Reihe** ein Buch des Marburger Professors für Politikwissenschaft und KONKRET-Autors Georg Fülberth: *Das Ende als Chance? Überlegungen zum tendenziellen Fall der sozialistischen Bewegung 1988-1998,* Band 1. Bestellung siehe Seite 42.

Getrennt dichten, vereint vortragen. Ab Mai 98 steht das sehr gemischte Doppel Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer wieder zu Lesungen bereit. Interessenten wenden sich bitte an den Verlag.

Konkret 03/98, S. 6

an Konkret

Zu kurz

KONKRET 2/98: »Das Falsche im Richtigen« von Hermann L. Gremliza

Das Falsche im Richtigen ist großartig. Könnt Ihr nicht Bürgermeister Donuts Idee von einer Ausstellung »Widerstand. Geschichte des deutschen Volkes 1933-1945« mit ein paar Exponaten vorbereiten? Den Gefreiten, der in seinen Jawohls jede Menge Sarkasmus unterbrachte. Des Soldaten Weib, das die Stöckelschuhe aus Paris nur ungern trug. Den Leser, der, wo alles den »Stürmer« las, demonstrativ »Das Reich« verlangte. Den Schreiber, der demonstrativ statt für den »Stürmer« für »Das Reich« geschrieben hat. Etc. etc. etc.

Hermann Kant

Prälank

Hermann L. Gremlizas Versuch einer Ehrenrettung des »traditionslinken« Antifaschismus greift etwas kurz: Gewiß, militant antifaschistisch waren die Kommunisten immer (von einer kleinen Unterbrechung 19391941 einmal abgesehen). Aber dieser Antifaschismus vertrug sich bestens mit einem durchgehenden Antisemitismus. Schon in der Auseinandersetzung mit Trotzki wurde mit antijüdischen Versatzstücken operiert, ebenso in den Moskauer Prozessen der Dreißiger gegen Sinowjew, Kamenew, Radek et al. In den späten Vierzigern und frühen Fünfzigern folgten die offen antisemitischen Moskauer Ärzteprozesse und die »Antikosmopolitismus«-Kampagne, der unter anderem fast alle Mitglieder des »Jüdischen Antifaschistischen Komitees« der UdSSR physisch zum Opfer fielen. In den Volksdemokratien wurden in diversen Tribunalen (Slansky etc.) damals bewußt Juden als Juden zum Feind erklärt; propagandistisch unterfüttert wurde die Kampagne mit den klassischen Topoi des Antisemitismus, einschließlich Anleihen bei den *Protokollen der Weisen von Zion.* Die SED, die damals gerade ihre »nationale Linie« fuhr, geißelte die westdeutsche Wiedergutmachung als »Verschiebung von deutschem Volksvermögen«. Erinnert sei auch an 1968, als in Polen die regierenden Kommunisten angesichts sozialer Unruhen in traditioneller Manier eine Pogromhetze entfalteten, die dazu führte, daß gut 90 Prozent der noch im Lande lebenden Juden (die meisten von ihnen langjährige Parteimitglieder) emigrieren mußten. Und noch bis in die Achtziger hinein erschienen in staatlichen Druckhausern der Sowjetunion mehr antisemitische Hetzschriften als in sämtlichen neonazistischen Verlagen des Westens zusammengerechnet. Und das sind nur einige wenige Beispiele: Wollte man alle nennen, man könnte mehrere Bibliotheken füllen.

Jürgen Elsässers Verdienst ist es, darauf hingewiesen zu haben, daß es sich beim linken Judenhaß eben nicht nur, wie Gremliza offenbar glaubt, um Relikte kleinbürgerlichen Bewußtseins oder bloß »Antisemitisches« handelt, sondern um einen konstitutionellen Bestandteil einer wesentlich auf »Volk« und »Nation« ausgerichteten Bewegung, wie sie der Kommunismus spätestens seit den Dreißigern war.

Michael Wuliger

Köln

Zu grob

KONKRET 2/98: »Sex sucks« von Karl Pawek

Was eine richtige Zeitung für Politik und Kultur ist, läßt natürlich auch keine Schlacht im Kulturkrieg aus. Für KONKRET hat sich Karl Pawek im Kampf gegen die Feministin Andrea Dworkin (gegen Pornos) auf die Seite von Nadine Strossen (gegen »Pornoschnüffelei«) geschlagen. Schon in der Überschrift ist eigentlich alles klar: »Sex sucks«, die traditionsreiche Unterstellung der Traditionslinken gegenüber Feministinnen. Verklemmt, wie mann sie sich vorstellt, wollen Frauen wie Dworkin und ihre soften Unterstützer mit dem Sexismus auch gleich den Sex abschaffen. Das geht entschieden zu weit, merkt der gesunde Männerverstand und wird auch schon mal unsachlich. Erklärbar sei der Erfolg von Dworkins PorNographie-Buch nur aus dessen »attraktiver Symbiose von Tradition, Feminismus und Schwachsinn«, erklärt Pawek. Unseren Spaß lassen wir uns nicht verderben, nein. Eine Argumentation, wie wir sie aus dem »FAZ«Feuilleton kennen. Hedonisten aller Länder, im Kampf gegen die »reaktionäre Haltung« (Pawek) der Feministinnen scheint euch jeder Reaktionär recht.

Was ist los mit euch? Tatsächlich kann auch KONKRET die dumme Rede vom »sexuellen McCarthyismus« (Edward de Grazia) sich nicht sparen und sieht Strossens Verdienst im Nachweis (!) der »Bedrohung unserer Freiheit durch jede Form

der Zensur«. Welche Mittel hätten hysterische Sexhasserinnen in diesem Deutschland, vorausgesetzt, es gäbe sie, um ihre antiphallischen Ziele durchzusetzen? Wo haben wirkliche Feministinnen je über die reale Macht verfügt, die der Name eines US-amerikanischen Senators symbolisiert? Und was die Verfolgten des »sexuellen McCarthyismus« (der laut Pawek »auch in Deutschland vorankommt«) betrifft: Wer ernsthaft behauptet, der deutsche Mann der Gegenwart erführe auch nur annähernd so viel »Zensur« als deutscher Mann der Gegenwart wie Kommunistinnen und Kommunisten in der US-amerikanischen Gesellschaft der 50er Jahre, dessen Analyseraster ist nicht nur grob, sondern gar keins mehr.

Jens Petz Kastner

Münster

Zu getraut

KONKRET 2/98: »... **sie durchaus zu vertilgen« und »Die Hep-Hep-Ausschreitungen 1819« von Peter Fasel**

Interessant die Karikatur auf Seite 50. Es gibt aber weit seltsamere Karikaturen ähnlicher oder gar schlimmerer Ausrichtung, die man zum Beispiel dem Malik-Verlag Wieland Herzfeldes und John Heartfields gar nicht zugetraut hätte (s. Abbildung).

Der Fairness halber sollte man jedoch hinzufügen, daß auf der letzten Seite derselben Ausgabe der »Pleite« eine anti-antisemitische Glosse von Hans Reimann abgedruckt ist. Interessant wiederum, daß diese Glosse von einem Satiriker stammt, der sich - soviel ich weiß - in der Nazizeit in Deutschland recht gut über die Runden gebracht hat.

Michael Klein

München

Der Historiker Nachum T. Gidal bezeichnet den Hetzruf »hep-hep« als Abkürzung für »Hierosolyma est perdita«, Jerusalem ist verloren, verrucht, verkommen. Zwar läßt er die auch von Fasel angeführte Deutung, daß »hep-hep« sich als »(Ziegen-)Hüteruf« auf die mit dem antisemitischen Feindbild assoziierte Barttracht der Juden bezieht - also in erster Linie ein antisemitisches Stereotyp bedient - als »wohl richtig« gelten. Doch sieht er daneben in den Studentenproklamationen (»Unser Kampfgeschrei sei Hep Hep Hep!!!«) das Produkt einer quasi intellektuellen Ableitung von »hep-hep« aus »Hierosolyma est perdita«.

Ihr macht übrigens eine klasse Zeitung.

Frank Jacob

Frankfurt/Main

Konkret 03/98, S. 9

Hermann L. Gremliza

Stars in Streifen

Der Erste Kalte Krieg hat vierzig Jahre gedauert. Er endete mit der Kapitulation der Sowjetunion. Der Zweite Kalte Krieg dauert erst sieben Jahre, und bevor die Welt so recht weiß, daß er geführt wird und von wem, ist er schon entschieden: gegen die USA.

»Wüstendonner« war der Codename einer Übung, in der es, neben der praktischen Seite, Saddam Husseins Regime endgültig zu entwaffnen, um die Probe auf die Fähigkeit der USA ging, die Rolle der führenden Weltmacht, die ihnen am Ende des Ersten Kalten Krieges zugefallen war, zu behaupten. Das Exempel endete im Desaster. Als die USA, die ihre Außenministerin und ihren Verteidigungsminister auf Werbetour einmal um die ganze Welt geschickt hatten, die Häupter ihrer Lieben zählten, blieben ihnen gerade mal vier: Kanada, Großbritannien, Australien und Israel. Im Namen aller arabischen Staaten (und, ohne Auftrag, des Rests der Welt) lehnte Ägyptens Präsident Mubarak, bei dem Madelaine Albright ihre Reise begonnen hatte, das militärische Eingreifen der USA ab. Auch China, Rußland und Frankreich, die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, meldeten ihren Protest an. Deutschland genoß und schwieg.

Der Sieg war unser. Unser? Unser aller. Nie in ihrer eigenen Nachkriegsgeschichte waren sich die Deutschen so einig wie im Angesicht eines dritten Golfkriegs. Nuancen der Meinungsäußerung, die vor ein paar Jahren, während des zweiten, des »Wüstensturms«, noch als ernsthafte Differenzen zwischen Pazifisten und Bellizisten ausgegeben und wahrgenommen werden konnten, markierten jetzt schon auf den ersten Blick bloß Eigenheiten diplomatischer Redeweise - so, wenn Helmut Kohl in Anwesenheit des US-Verteidigungsministers generös anbot, was sich gestern noch von selbst verstanden hätte: daß die deutschen Luftbasen den USA im Kriegsfall zur Verfügung stünden, oder wenn Außenminister Kinkel vor der Presse die Haltung der Bundesregierung geschickt umschwafelte: »Es müsse alles getan werden, um die Irak-Krise politisch und diplomatisch zu lösen. Sollte aber eine militärische Aktion nötig werden, könnten die USA auf >die absolute deutsche Solidarität< zählen. Eine direkte Unterstützung der USA werde es jedoch nicht geben, weder militärisch noch finanziell.«

Zwar äußerte auch der Kanzler im kleinsten Kreis einmal »tiefe Zweifel am Sinn eines drohenden Militärschlags« (»Spiegel«), die öffentliche Artikulation der deutschen Politik aber überließ er getrost der Opposition: dem Egon Bahr, der die USA wegen »imperialer Führung« abkanzelte, und dem übrigen Personal von Scharping über Duve und Cohn-Bendit bis zu Altkadern der SED und der DKP, die wochenlang um Verständnis für die diversen islamischen Heilsfronten und den »kritischen Dialog« warben, den ihre Regierung so gerne mit den Mörderbanden führt.

Auf allen Kanälen und in allen Magazinen meldeten sich professorale »Irak-Fachmänner« und »Islam-Spezialisten«, die ihre Meinung von der Art loswerden mußten, daß »womöglich viele verdächtige Anlagen tatsächlich nur Motorenteile oder Baumaschinen produzieren«. Wie viele andere bekundete der »Spiegel« dem »Fuchs Saddam« seinen Respekt, zitierte mit angehaltenem Atem »den sonst so maßvollen Scheich der hochangesehenen Azhar-Universität in Kairo« und fragte den Generalsekretär der Arabischen Liga: »Wäre Clinton für Sie glaubwürdiger, wenn er gleichzeitig mehr Druck auf Israel ausüben würde?« Wenn es hieß: »Paris will die Nato nicht zum Hilfssheriff des Weltpolizisten USA machen lassen« - wer wollte noch sagen, ob das im »Neuen Deutschland« war oder in der »Frankfurter Rundschau«. (Es stand auch dies im »Spiegel«.)

In Europa hatte die antiamerikanische Politik der Deutschen leichtes Spiel, zumal bei den Franzosen. Nie wird die *Grande Nation* den Amerikanern verzeihen, daß sie sich in zwei Weltkriegen von ihnen hat retten lassen müssen, weshalb, auf dem Höhepunkt der Irak-Debatte, der Jaques Lang, ehemals Kulturminister Mitterrands, emphatisch wie ein Mullah vor den »Gefahren des kulturellen US-Totalitarismus« warnen mußte. Im Kampf gegen diesen hat Frankreich einen alten Verbündeten wiederentdeckt. Es gebe, notierte die »Zeit«, zu Rußland ein »herzliches Einvernehmen auf dem Nährboden der gemeinsamen Abneigung gegen amerikanische Herrschaftsallüren«, ein Einvernehmen, dem die Deutschen sich gern anschließen: Im März treffen Jelzin, Chirac und Kohl zum erstenmal gemeinsam in Jelzins Heimatstadt Jekaterinburg zusammen, um über den neuen »Kooperationsrat« zu reden, der Rußland, das schon jetzt 40 Prozent seines Handels mit der EU abwickelt, auch politisch an Europa binden soll.

So wenig ein für Weltpolitik eingeteilter Redakteur der »Zeit« als Analytiker zu gebrauchen ist, so sehr taugt er doch als Thermometer, das den Grad der Kälte angibt, mit der die einstigen Stipendiaten der Fulbright-Stiftung und des London Institute for Strategic Studies heute ihren Ziehvätern sagen, was sie gefälligst zu tun und zu lassen haben: »Wer im Diktator von Bagdad nur den Hitler des Nahen Ostens sehen will, kann sich die Entscheidung leichtmachen. Wer dagegen Haßbilder für untaugliche Erklärungsmuster hält, hat es schwerer ... Amerika hat den wichtigsten Anreiz für Saddam zunichte gemacht ... Die Vereinigten Staaten müssen endlich unumwunden ihre Bereitschaft ankündigen ... Zugleich muß Amerika

sich der Einsicht öffnen ... Die Partner in Europa erwarten von den Vereinigten Staaten ... endlich eine schlüssige Strategie.«

Wie konnte den USA dieser tiefe Fall geschehen? Sie waren zu lange unbestrittene Vormacht der einen, guten Hälfte der Welt im Kampf gegen das Reich des Bösen gewesen, als daß sie sich hätten bewußt bleiben können, wie sehr ihre Rolle an die Existenz dieses Feindes geknüpft war und daß die Macht, die aus den atomaren Abschußrampen kam, mit dem Feind dahinschwinden würde. In der »neuen Weltordnung« zählen Beziehungen, Waren und Währungen. Als Führungsmacht hatten die Amerikaner sich weltweit unbeliebt gemacht, aus respektablen Gründen mitunter: durch ihren Einsatz für Israel bei den Arabern; aus weniger ansehnlichen Gründen zumeist: in Nicaragua, Chile, Kuba, Vietnam usw. Überall, wo die Amerikaner in Verschiß gerieten, hatten die Deutschen Freundschaften aus alten Zeiten und Motiven aufgefrischt oder neu begründet. Und so ist leider wahr, daß heute kein Fremder im vorderen Orient oder in Lateinamerika beliebter ist als - im völkischen Singular gesprochen - der Deutsche.

Die geringe Zuneigung, welche die Amerikaner speziell bei europäischen Intellektuellen genießen, kommt freilich nicht von ungefähr: Wer, um nur ein Beispiel anzuführen, in wenigen Jahren mehr als vierhundert Morde von Staats wegen (sog. »Vollstreckungen der Todesstrafe«) begeht, wer, wie der texanische Gouverneur und Präsidentensohn George Bush jr., seine Kandidatur für Clintons Nachfolge auf das stolze Bekenntnis baut, von 114 Gnadengesuchen 114 abgelehnt zu haben, und wer eine Menschenmenge vor der Zelle, in der gerade eine Frau umgebracht wird, »grill her, shoot her, kill her« singen läßt, anstatt diesen Mob davonzujagen, mehrt sein Ansehen unter Leuten, die sich gerne (wenn auch selten zu Recht) für zivilisiert halten, kaum.

Härter noch trafen die ökonomischen Folgen der Wende die alte Weltmacht. Die Rohstoffquellen und Konsummärkte Osteuropas fielen dem unter starker Führung konzentrierten Westeuropa zu, dessen Wirtschaftskraft die der USA auf einen Ehrenplatz verwies. Die USA waren daran gewöhnt, ihre politische und militärische Dominanz als unüberziehbare Bürgschaft für die Aufnahme von Krediten zu betrachten, ihre Schulden drückten, solange auf dem Weltmarkt der Dollar die bestimmende Währung war, nur auf dem Papier. Der Euro, der den Dollar als Leitwährung ablösen soll, könnte die USA zum Sanierungsfall machen. US-Verteidigungsminister William Cohen war es, der diesen Konflikt zwischen alter Weltmacht und neuer Geldmacht im Streit um den Militärschlag gegen den Irak zum Thema machte: »Viele Europäer« seien von der Verteidigung »gemeinsamer Interessen ... abgelenkt wegen ihrer Fixierung auf die Währungsunion«. (»Gemeinsame Interessen« sind immer Interessen des Redners, von denen dieser wünscht, der Angeredete betrachtete sie als seine eigenen.)

»Diesmal geht es um die Sicherheit des 21. Jahrhunderts«, hat Präsident Clinton gesagt. Ob er meint, daß die USA nur dann eine Rolle neben der neuen Weltmacht Deutsch-Europa spielen können, wenn die »Sicherheit des 21. Jahrhunderts« eine ist, die ohne das atomare Arsenal der USA nicht geschaffen, nicht bewahrt und nicht wiederhergestellt werden kann?

Konkret 03/98, S. 10

Herrschaftszeiten

Vergangenheit

Noch 1979 hatte Christiaan Barnard, der beliebte Herzensbrecher und -verpflanzer, erklärt, Südafrika müsse »zweifellos seine Feinde ermorden«. Er selbst habe »Mitgliedern der Regierung die Namen von ein paar Leuten gegeben, die meiner Meinung nach eliminiert werden sollten«.

Bewältigung

Die Stadt Kassel hat ihren Bürgerpreis »Glas der Vernunft«, mit welchem Zivilcourage und Toleranz gewürdigt werden sollen, in diesem Jahr an Doktor Christiaan Barnard verliehen.

Zivilgesellschaft 1

Die bayerische Staatsregierung hat angekündigt, schärfer gegen sogenannte »Scheinehen« vorzugehen, durch die Flüchtlinge und Asylbewerber sich vor Abschiebung schützen. Die derzeitige Praxis schildert Cornelia Spohn, Geschäftsführerin des Verbandes binationaler Familien, so: »Es kann Ihnen passieren, daß um sieben Uhr morgens ein Beamter vor der Tür steht, um Ihre Schmutzwäsche zu überprüfen.« Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Teiser will Asylbewerbern das Heiraten überhaupt verbieten.

Zivilgesellschaft 2

1994 war der Asylbewerher Martin Agyare aus Ghana nachts von Deutschen in der S-Bahn Berlin-Oranienburg mit einem Messer verletzt und aus dem Zug geworfen worden. Sein Schädel war gebrochen, sein linker Unterschenkel so stark zertrümmert, daß er amputiert werden mußte. Eine deutsche Familie aus Belzig, die davon hörte, nahm das Opfer bei sich auf Seitdem werden die Kinder der Familie von den Kleinstädtern angespuckt, wird ihre Mutter beschimpft. Ende November 1997 wurde Martin Agyare wieder überfallen, von fünf Skinheads im Regionalzug. Weil er nicht mehr davonlaufen kann, wehrte er sich, indem er einem der Angreifer mit einer Schreckschußwaffe ins Gesicht schoß. Strafverfolgung nahm die Polizei erst auf, als der Vater der Familie, bei der Agyare wohnt, Anzeige erstattete.

Deutschland, ein Negermärchen

Wie Deutschland im Blick ihrer Abonnenten aussieht, teilt Dr. Wolfgang Ziegler, Kelkheim, seiner »Frankfurter Allgemeinen« mit:

Deutschland gleicht einem offenen Honigtopf Zu den Sachleistungen kommen noch Kosten für Miete, Kleidung, Krankenversicherung, Heizung, Weihnachtsgeld und so weiter, die den Asylanten, der von Sozialhilfe lebt, in die gefährliche Nähe unterer Lohngruppen bringt (statt: bringen. Deutsch fühlen und deutsch schreiben. *..)Aus eigener Erfahrung mußte ich lernen, daß Asylbewerber noch mehr privilegiert sind. Ohne Zweifel ist das alles der Hauptanziehungspunkt für Asylbewerber. Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge. Wir importieren aber auch Asoziale und Verbrecher denn die deutsche Strafjustiz, die diesen Namen nicht mehr verdient, bietet für solche Rechtsbrecher das geringste Risiko. Sollte ausnahmsweise doch einmal eine Verurteilung erfolgen, warten komfortable Gefängnisse mit guter Verpflegung, Freigang, offenem Vollzug und vorzeitiger Entlassung in neue Sozialhilfe als Nebenverdienst. In den jammervollen Haushaltsreden werden zwar die Ausgaben für Schwimmbäder. Vereine, Müllabfuhr und viele Details beklagt, man hört aber nichts über die Kosten für Hotels, Mieten, Kleidergeld, Krankenversicherung und vieles andere für Asylbewerber Asylanten und Sozialhilfeempfänger.*

Freiheit 1

Gegen ein Verbot der Verschlüsselung von Nachrichten im Internet durch kryptografische Verfahren hat sich Otto Graf Lambsdorff gewandt. Er sieht geradezu die Welt dabei untergehen, jedenfalls seine:

Durch einen Staatszugriff auf den Informationstransport würde der Geschäftsverkehr gefährdet. Der elektronische Geschäftsverkehr fußt auf Vertrauen ... Können Marktteilnehmer wirklich darauf vertrauen, daß ihre Nachrichten nicht von Dritten mitgehört werden?

Dem Menschen-, das heißt Marktteilnehmerrecht auf vertraulichen Geschäftsverkehr will der Krypto-Graf sogar das »Interesse der Strafverfolgung und der nationalen Sicherheit« unterordnen.

Freiheit 2

In einem Brief an den Bundeskanzler haben die Verlage Burda, Bauer, Springer und Gruner + Jahr sich gegen das von der EU verfügte Verbot von Tabakwerbung gewandt und ihre Pressefreiheit verteidigt, damit jährlich 150 Millionen Mark zu verdienen. Es gelte, meint ihr Vereinsblatt »Text intern«, den Anfängen zu wehren: »Die Furcht eint die Verlage, nach dem Dominostein Tabak könnte der nächste, Alkohol, fallen.«

Häusle-Sänger

Peter-Michael Diestel, CDU, im Interview mit dem »Neuen Deutschland« über den Liedermacher Wolf Biermann, der den letzten Innenminister der DDR in Wildbad Kreuth »Bundesscheiße« genannt haben soll:

Wir haben zu Beginn meiner Amtszeit als DDR-Innenminister im April 1990 in Berlin auf seinen Wunsch ein Gespräch geführt, das auch Gegenstand einer gerichtlichen Auseinandersetzung geworden ist. Er schilderte mir damals seine, wie er sagte, schwierige finanzielle Lage in Hamburg, wo er Opfer schlechter Finanz- und Steuerberatung geworden sei. Er fuhr fort, in Anbetracht seiner Verdienste für die Veränderungen in Deutschland habe er schenkungshalber ein Haus verdient, und zwar ein Haus in der Nachbarschaft der Villa von Robert beziehungsweise Katja Havemann. Ich habe Herrn Biermann unter Verweis auf die Rechtslage der DDR die Unmöglichkeit seines Anliegens erläutert, doch ich habe diesen Vorgang all die Jahre für mich behalten, während Herr Biermann nun in Kreuth bei der CSU erzählte, ich hätte ihm damals ein Grundstück angeboten. Dagegen habe ich mich gerichtlich erfolgreich gewehrt.

Jobstatistik-Wunder

Wer ist arbeitslos? Würde in Deutschland so gezählt wie in Großbritannien, nämlich nur Arbeitslose, die Leistungen beziehen, sänke die hiesige Arbeitslosigkeit sofort auf 3,6 Millionen. Würden in Deutschland auch die Million Arbeitslosen mitgezählt, die in Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen tätig sind, und die 1,5 Millionen Arbeitswilligen, die sich nicht als Stellensuchende gemeldet haben, läge die Zahl - nach Angaben des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung - »bei mindestens 7 Millionen«. Nicht in der deutschen Statistik enthalten sind auch 207.000 Vorruheständler, 100.000 Kranke und 25.000 Arbeitslose, die auf ihre Berufsunfähigkeitsrente warten. Den dadurch bereits gesenkten Prozentsatz der Arbeitslosen hat die Bundesregierung von 14 auf 12,6 Prozent weiter reduziert, indem sie statt der abhängig Beschäftigten alle Erwerbstätigen inklusive den Selbständigen als Bezugsgröße zugrunde legt.

Im Innern des Landes

Eine Zeitungsmeldung:

Rottenburg. Den 80. Todestag von Max Ritter von Müller, der am 9. Januar 1918, nach Erringung seines 39. Luftsiegs, abgestürzt und dabei ums Leben gekommen war, beging am gestrigen Sonntag die Stadt. Max Ritter von Müller war der erfolgreichste bayerische Kampfflieger des Ersten Weltkriegs. Dekan Max Rabl hielt den Gedenkgottesdienst, der von der Stadtkapelle musikalisch umrahmt wurde. Nach dem Gottesdienst begaben sich Dekan Rabl, Bürgermeister Hans Weinzierl, die Stadträte, Oberstleutnant Erwin Hehmann, die Krieger- und Soldatenkameradschaft sowie die Stadtkapelle auf den Bergfriedhof wo am Grabe von Max von Müller zwei Soldaten der Flugabwehrraketengruppe 35 Ehrenwache standen. Im Gedenken an den bekanntesten Sohn der Stadt legte Bürgermeister Weinzierl an dessen Grab einen Kranz nieder.

Fuzzissimo

oder wie historische Wahrheit entsteht: Ein französischer Ex-Maoist rechnet in einem »Schwarzbuch« die Opfer des sowjetischen Kommunismus hoch, indem er der geschätzten Zahl von Opfern, die in Arbeits- und Straflagern ums Leben kamen, 11 Millionen Hungertote hinzuaddiert und so auf 15 Millionen kommt. Ein Autor der ehemals linksradikalen »Tageszeitung« kann es aber noch viel besser: »Der sowjetische Kommunismus hat mindestens 50 Millionen Tote, zumeist in den Lagern des Gulag, auf dem Gewissen. Allein die Vernichtung der lebensunwerten Kulaken kostete 15 Millionen Menschen das Leben.« Ein Opfer des sowjetischen Kommunismus hat der Verfasser ganz allein entdeckt: Es ist Carl von Ossietzky, »der wegen seiner Reichswehr-Aufklärungen auf Druck der KPdSU in ein deutsches Lager kam«. Demnächst in der »Tageszeitung«: »Die Wahrheit über Ulbrichts Lustmord an Rosa Luxemburg«, von Helmut Höge.

Bundesprotektorat

Die der CSU und den Sudetendeutschen nahestehende Verlagsgruppe Passau (»Passauer Neue Presse«) ist mit dem Kauf der in Prag erscheinenden Zeitung »Vecernik Praha« nach Angaben ihres Geschäftsführers Franz-Xaver Hirtreiter zur Nummer 1 im tschechischen Zeitungsmarkt avanciert.

Sauber

Einen »für den Transport von abzuschiebenden Ausländern geeigneten Kleinbus« sucht per Anzeige das »Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung« der Stadt Bottrop.

Biologisch abbauber

1990 lebten in Lettland noch 132 Juden, die der Vernichtung durch die Deutschen entgangen waren. Seitdem sind 53 von ihnen gestorben, ohne je irgendeine materielle Entschädigung erhalten zu haben. Die ersten Rentenzahlungen von 250 Mark pro Person (bei Nachweis einer mindestens halbjährigen Lagerhaft und aktueller Bedürftigkeit) sollen 1999 erfolgen. Die Deutschen haben gute Chancen, daß die Zahl der Bezugsberechtigten dann bereits unter 100 gefallen ist.

Verursucher-Prinzip

Soldaten der Wehrmacht, die in Norwegen und Dänemark in Gefangenschaft gerieten, wurden von britischen Militärs gezwungen, die von den deutschen Truppen in den Grenzgebieten verlegten zwei Millionen Landminen zu räumen. 184 deutsche Soldaten sollen dabei zu Tode gekommen sein. Das norwegische Magazin »Morgenbladet« nennt den Vorgang ein »alliiertes Kriegsverbrechen«, das von einem Wehrmachtsleutnant herausgegebene Magazin »Spiegel« klagt unter dem Titel »Kriegsgefangene mißbraucht« über den Einsatz der gefangenen Kameraden: »Britische Militärs haben nach 1945 Hunderte deutsche Kriegsgefangene beim Minenräumen in den Tod getrieben.«

Rotation

Im Dezember 1997 hatte Klaus Müller, 26, sein Studium der Volkswirtschaft abgeschlossen, im Januar 1998 war er bereits Assistent des Leiters der Stabsabteilung der landeseigenen schleswig-holsteinischen Investitionsbank. Qualifiziert für diesen Job hatte er sich bereits 1996: Als Vorsitzender der Grünen war er maßgeblich am Zustandekommen der Koalition mit der SPD beteiligt.

Ein Kollege hat schon drei Selbstmörder abgeschnitten. Glauben Sie, da hat mal einer »danke« gesagt?

Aus einem Interview der »Bild«-Zeitung mit einem Gefängnisaufseher des Lübecker Gefängnisses Lauerhof

Konkret 03/98, S. 12

Jürgen Elsässer

Die braune Zone

Nazi-Party statt Nazi-Partei: In Ostdeutschland erobert eine rechtsradikale Lifestyle-Guerilla die Schulen und Jugendclubs

Brandenburgs Justizminister Hans Otto Bräutigam: »Die Übergriffe haben eine Dimension erlangt, die zutiefst beunruhigend, ja unheimlich ist.« Sein Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg, ein West-Import: »Es wird geschlagen mit Vernichtungstendenz.« Dagegen müsse ein Solidaritätsbündnis aufgebaut werden, das - so Rautenberg - »vorn stramm Konservativen bis zum autonomen Spektrum reicht«. Was passiert im Osten, daß ein Generalstaatsanwalt die Autonomen als Bündnispartner entdeckt und »No pasaran« ruft?

Wer die These »Der Osten wird braun« erhebt, muß sich - gerade von gutmeinenden Antifaschisten - die Replik gefallen lassen: Und der Westen? Erzielen nicht Republikaner und DVU im Westen - zuletzt in der vermeintlich liberalen Handelsmetropole Hamburg - Traumergebnisse, während sie im Osten im Promillebereich vor sich hindümpeln? Geschahen die grauenvollsten Mordbrennereien der letzten Jahre - Solingen, Mölln, Lübeck - nicht in der alten Bundesrepublik? Ist nicht nach den turbulenten Jahren des Übergangs mit den Anti-Asyl-Krawallen in Hoyerswerda 1991 und Rostock-Lichtenhagen 1992 mittlerweile Ruhe im Osten eingekehrt? Schließlich: Findet dort nicht eher die linke als die rechte Renaissance Zuspruch, wie der Aufstieg der PDS zeigt?

Die jetzt von offizieller Seite wie von unabhängigen Experten veröffentlichten Statistiken und Übersichten stützen jedoch die These, daß sich eine neue »Ost-Zone« etabliert hat - und zwar eine braune:

· Im Jahre 1997 wurde fast jede zweite rechtsextrem motivierte Gewalttat in den neuen Bundesländern begangen.

· Bezogen auf tausend Einwohner werden auf dem ehemaligen DDR-Gebiet dreimal so viele rassistische Straftaten offiziell registriert wie in der ehemaligen BRD.

· Da der Ausländeranteil im Westen mehr als fünfmal so hoch ist, könnte man auch sagen: Ein Fremder ist in Guben fünfzehnmal so gefährdet wie in Gießen.

· Das Bundesamt für Verfassungsschutz weist für 1996 einen Anstieg der »Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund« von 10,5 Prozent (auf insgesamt 8.730) aus. Der Durchschnittswert verschleiert den explosionsartigen Anstieg in den Ost-Ländern: Sachsen plus 32,4 Prozent, Thüringen plus 28,1 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern plus 19,4 Prozent.

· Für 1997 liegen erst vorläufige Zahlen vor. Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht davon aus, daß die rechtsradikalen Straftaten im bundesweiten Durchschnitt 1997 wieder um zehn Prozent zugenommen haben; in Brandenburg waren es hingegen 18 Prozent (von 444 auf 524), in Sachsen-Anhalt 50 Prozent (von 310 auf 463 im Halbjahresvergleich 1997/1996).

· Für Hans-Jürgen Förster, Chef des brandenburgischen Verfassungsschutzes, entsprechen die statistischen Werte in seinem Bundesland dennoch dem Bundesdurchschnitt. Aber auch er weist darauf hin, daß sich die einzelnen Fälle durch extreme Brutalität und ein »viehisches Verhalten« auszeichnen.

· Zwanzig »national befreite Zonen« haben die Rechtsradikalen in den neuen Bundesländern errichtet. Das berichtete die Ausländerbeauftragte des Bundes Cornelia Schmaltz-Jacobsen auf ihrer Pressekonferenz im Dezember 1997. (In der schriftlichen Fassung ihres Jahresberichtes fehlt diese Angabe.)

· Allein für Brandenburg macht die Landesregierung folgende Angaben: »Nach Erkenntnissen des (Innen-)Ministeriums gibt es etwa 80 Orte, an denen gewaltbereite Jugendgruppen existieren, 40 Orte werden dem rechtsextremen Lager zugerechnet.«

· Wie es in diesen Orten zugeht, zeigt die Polizeistatistik von Fürstenwalde, einer Kleinstadt mit 35.000 Einwohnern östlich von Berlin: Dort ist im letzten Jahr die Anzahl der Körperverletzungen bei 14- bis 16jährigen von 100 auf 170 angestiegen: Jeden zweiten Tag eine böse Tat.

· Eine Studie der Universität Potsdam vom Mai 1997 stellt fest: »Ostdeutsche Jugendliche unterscheiden sich in ihren politischen Ansichten *signifikant* von westdeutschen Jugendlichen gleichen Alters. Rechtsextremismus und Antisemitismus sind erheblich weiter verbreitet. Rund ein Drittel aller Jugendlichen vertritt die Position: Deutschland braucht wieder einen Führer. «

· Eine Untersuchung der brandenburgischen Ausländerbeauftragten Almuth Berger vom Februar 1997 verdeutlicht, daß der im Westen verbreitete Euro-Rassismus im Osten längst durch den Anti-Euro-Rassismus überflügelt worden ist: »Die Gewalttaten richten sich nicht mehr gegen die Unterkünfte von Asylbewerbern, sondern gegen Unterkünfte von EU-

Arbeitnehmern und vor allem immer wieder gegen einzelne Personen. Unter ihnen sind zwar auch Asylbewerber, aber mehr und mehr sind es Briten, Italiener, Portugiesen.«

Und warum schlägt sich der rechtsradikale Trend nicht in Wahlergebnissen nieder? Burkhard Schröder, der für sein Buch *Im Griff der rechten Szene - Ostdeutsche Städte in Angst* (rororo aktuell, Oktober 1997) über Jahre hinweg vergleichende Studien im Jugendmilieu angestellt hat, erklärt es so: »Die ultrarechte Szene ist anders als im Westen - sie ist zu einer sozialen Bewegung geworden. Eine der wichtigsten Entwicklungen ist, daß die rechte Subkultur nicht mehr primär politisch organisiert ist, sich ihre Stärke also nicht am Wahlverhalten messen läßt, sondern daß sie als soziale Bewegung alle Bereiche der Alltagskultur dominiert. Sie ist ein Konglomerat aus Musik, Mode, Treffpunkten, gemeinsamen überregionalen Aktionen sowie Ideologiefragmenten.«

Mitarbeiter des Mobilen Beratungsteams (MBT), einer Sozialarbeitertruppe der brandenburgischen Ausländerbeauftragten für Einsätze in den rechten Hochburgen, verweisen auf die »Transformation der ehemaligen rechtsextrem orientierten Jugendbewegung in eine Lifestyle-Strömung nach dem Motto: Wir sind deutsch und rechts«. Es sei unsinnig, nur nach Skinheads und Hakenkreuzen Ausschau zu halten, denn die rechte Bewegung sei vielgestaltiger geworden. Ein MBT-Mitarbeiter spricht von einer »Bricolage der Durchschnitts- und Subkulturen, einer Mischung aus Jugendrevolte mit Gewaltkult, Alkoholexzessen, Haß auf die offizielle Gesellschaft und >revolutionären< Aufstehens - völkischer Nihilismus«.

Das Verbot der meisten Nazi-Organisationen hat die Ausbreitung der Bewegung nicht verhindert. Motor sind jetzt dezentrale Kameradschaften, die ihre Namen und Treffpunkte ständig wechseln - eine diffuse »Lifestyle-Guerilla«, die es geschafft hat, in den von Schröder untersuchten Städten ihre Hegemonie in der Jugendszene durchzusetzen. Von der Ostsee bis zum Erzgebirge führen die Nazi-Kader einen Kleinkrieg um die Kontrolle von Schulen und Jugendclubs, der von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird. Es ist ein Kulturkampf um Frisuren, Mode und Musik: Alles vermeintlich Undeutsche (wie Rastalocken, Kapuzenpullis, italienisches Essen oder englische Musik) muß verschwinden, wer das nicht kapiert, wird bedroht und mißhandelt. Insbesondere die von den braunen Kameraden propagierte »Aktion Notenschlüssel« hat Erfolg: Nazi-Bands wie »Störkraft« und »Noie Werte« oder der Barde Frank Rennicke bringen trotz Verbots im Osten mehr CDs und MCs unters Jungvolk als Michael Jackson oder »Take That«.

Wo Punks und Linke den Aufbau eigener Treffpunkte versuchten, setzten die Rechten ihr Kulturmonopol rabiat durch und zerstörten die alternativen Einrichtungen. Die Folge: Flunker, Rastas, Skater und Antifas wanderten nach Berlin und Leipzig ab, emigrierten sozusagen. In den eroberten Clubs wird getanzt, Nazi-Party statt Nazi-Partei heißt die Devise - wer wollte da so streng sein und nach den Texten fragen? Schröder bilanziert: »In einigen Städten kommt es deshalb nicht mehr zu öffentlich sichtbaren Gewalttaten, weil den Neonazis die Gegner ausgegangen sind.«

»National befreite Zonen« ließen sich sicherlich auch in den alten Bundesländern finden. Dort sind sie allerdings sehr viel seltener, da in der Regel unter Jugendlichen eine Art Kräftebalance herrscht: Den Rechten und Skinheads stehen im Westen nicht nur Linke und Punks gegenüber, sondern beispielsweise auch Türken-Gangs. Die haben meist mit Politik nichts am Hut, aber wissen sich zu wehren, wenn in einem Jugendzentrum nur noch Nazi-Rock und kein HipHop mehr gespielt wird. Dieses Gegengewicht fehlt im Osten: Der Ausländeranteil liegt in den neuen Bundesländern bei zwei, im ebenso bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen bei 12 Prozent.

Ein wesentlicher Katalysator für den rechtsradikalen »Aufschwung Ost« ist die vom Staat betriebene oder geförderte Sozialarbeit. Das von der Bundesregierung nach den Krawallen in Hoyerswerda eingerichtete »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG) hat sich zu einer Strukturhilfe für die Neonazis entwickelt. Mit dem von Kohl bis Bisky unterstützten Nonsens-Argument, das Fehlen von Jugendzentren sei schuld am Rechtsextremismus, wurden Millionen in den Osten gepumpt - mittlerweile gibt es allein in Brandenburg 1.000 Jugendeinrichtungen, das sind, in Relation zur Klientel, doppelt so viele wie im Westen. Wofür das gut ist, zeigen einige Beispiele:

· Schwedt konnte schon 1993 von der »Zeit« als »die erste nationalsozialistische Stadt Deutschlands« bezeichnet werden. »Richtig los ging es in Schwedt, als 1992 mit Mitteln des AgAG-Programms die ersten Jugendtreffs gegründet wurden«, berichtet Burkhard Schröder. Die Stadtverwaltung stellte den Rechten einen Kellerraum im Freizeittreff »Hit« zur Verfügung, das Jugendamt schickte mit städtischem Briefkopf ein Schreiben an die »Nationalistische Jugend Schwedt«, eine Filiale der mittlerweile verbotenen Nazi-Gruppe »Nationalistische Front« (NF). Birgit K., Sozialarbeiterin des Jugendamtes und dort auch »Mutti der Rechten« genannt, lud einen der Totschläger zum Essen ein und vernichtete ein Amateurvideo, das einen rechten Überfall dokumentierte. Originalton Birgit K.: »Wir stellen uns ganz bewußt an die Seite derer, die im Volksmund die Bösen sind, denn so böse sind sie nämlich gar nicht.« Frau K. wurde wegen »Förderung faschistischer Organisationen« aus der PDS ausgeschlossen, über Konsequenzen seitens ihres Arbeitgebers ist nichts bekannt.

· In Wurzen gilt Katharina K. als »Glatzenmutter«. Sie war Kreistagsmitglied der CDU und Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport und lange Zeit Leiterin eines Behindertenwohnheims. Dort durften Faschos und Skinheads Feten feiern

und, das ist aktenkundig, Diebesgut verstecken. Der größte Erfolg ihres Resozialisierungsprogramms war ein Hilfstransport, der Kleidung und Lebensmittel nach Rumänien brachte und für den Frau K. die Rechten als Helfer engagierte. Die örtliche Presse war begeistert, das sächsische Kultusministerium gab einen Zuschuß von 14.000 Mark. Zufällig war die Reisegruppe auch am 20. April, Hitlers Geburtstag, am Zielort. Die Skins zogen grölend durch das Dorf, dem sie angeblich helfen sollten, und bedauerten, daß sie keine Waffen dabeihatten. Aus Geldern des Heimes machte Katharina K. ihrer Klientel Geschenke und Zuwendungen in Höhe von mehreren zehntausend Mark. Erst als die Veruntreuung aufgedeckt wurde, verlor Frau K. ihren Posten - die Förderung der Rechten ging trotzdem weiter. Die Gemeinde richtete für die rechte Jugend Treffpunkte ein - zumindest in zwei Fällen unmittelbar nachdem diese gewalttätige Überfälle auf ausländische Arbeitskräfte und die Polizei verübt hatte. Bürgermeister Anton Pausch (CDU): »Bei uns gibt es keine Rechten.« Der sächsische Verfassungsschutz widerspricht: »Es gelang der rechtsextremistischen Szene, verschiedene allgemeine Jugendtreffpunkte zumindest teilweise zu dominieren. So entstanden >kontrollierte Bereiche<, aus denen Außenstehende - wenn nötig mit Gewalt - vertrieben wurden.«

· In Magdeburg proben im städtischen Jugendzentrum »Brunnenhof« Skin-Bands wie die vom Verfassungsschutz als »rechtsextremistisch« eingestufte Band »Elbsturm«. »Die Kommunen werden künftig gebeten, keine Räumlichkeiten für das Auftreten dieser Musikgruppen bereitzustellen«, hatte die rot-grüne Landesregierung Ende 1996 angekündigt. Dies hinderte sie allerdings nicht daran, die Subventionierung des »Brunnenhofs« im Jahr 1997 weiter aufzustocken: Aus der Landeskasse flossen 119.000 Mark, aus dem Stadtsäckel kam noch einmal derselbe Betrag.

· In Saalfeld/Thüringen besetzten 35 rechte Kids im September 1996 eine Lagerhalle, um dort einen »drogenfreien und nationalen Treffpunkt« zu errichten. Die Polizei räumte. Die Stadtverwaltung bot den Jugendlichen anschließend an, gemeinsam geeignete Räume zu suchen, wenn diese einen Streetworker als Betreuung akzeptieren. Bürgermeister Richard Beetz (CDU) begründet seine Entscheidung mit der Absicht, seine Verhandlungspartner »dem Kein der rechten Szene und dem Gewalteinfluß zu entziehen«.

· »Neonazis rule the east«, berichtete der englische »Guardian« mit großer Aufmachung am 21. Januar 1998, worauf Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe in der »Zeit« die Dinge zurechtrückte. Unter der Überschrift »Wie Brandenburg der Fremdenfeindlichkeit wehrt« schrieb er: »Eine von zahlreichen Initiativen für eine erfolgreiche Integration ist das Friedensdorf Storkow. Deutsche und ausländische Familien wohnen hier als Nachbarn.« Was Stolpe nicht schrieb: Bei der Errichtung des Vorzeigedorfes wurden gezielt Rechtsradikale beschäftigt. Eine Projektbetreuerin berichtet, »daß für 17 Jugendliche eine Beschäftigung gefunden wurde; viele von ihnen stammen aus dem Milieu der gewaltbereiten und -tätigen Mitläuferschaft rechtsextremistischer Gruppen, einige hatten bereits eine kriminelle Vergangenheit«. Der Versuch einer Resozialisierung scheiterte: Drei der Rechten schmissen die Arbeit hin. »Die übrigen sahen in erster Linie die Ausbildungschance und frönten im übrigen ihren alten, kruden Überzeugungen.«

Die liebevolle sozialarbeiterische Fürsorge wird durch eine laxe polizeiliche Prävention und Repression ergänzt. Noch die besten Ergebnisse zeigt die Soko Rex im CDU-regierten Sachsen, die eine Aufklärungsquote von 80 Prozent vorweisen kann und die von den Rechten wegen ihrer rüden Methoden gefürchtet wird - wenn bei Razzien nichts Prozeßverwertbares gefunden wird, werden auch mal die Springerstiefel der Anwesenden einkassiert. Im rot-grünen Sachsen-Anhalt gibt es eine vergleichbare Truppe, die KEG - Koordinierungsgruppe Extremismus und Gewalt -, von der jedoch Kenner der Szene nicht viel halten. »Anstatt direkte Kontakte zu den Polizeidirektionen in den Brennpunktgebieten zu halten, surfen die im Internet und versuchen übers Thule-Netz an Erkenntnisse zu kommen«, kritisiert Matthias Gärtner, Antifa-Experte der PDS im Magdeburger Landtag. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurden die Sokos im vergangenen Jahr sogar aufgelöst. Nach den alarmierenden Meldungen im Januar 1998 beeilte sich Stolpes Innenminister Alwin Ziel mit der Ankündigung, nun werde beim LKA eine zentrale Einsatzgruppe mit einer Personalstärke von 35 Mann eingerichtet.

Typisch auch das Mobbing gegen den vermutlich fähigsten, mit Sicherheit aber kundigsten Nazi-Jäger der Polizei der neuen Bundesländer: Bernd Wagner observiert die Neonazis östlich der Elbe seit über zehn Jahren. 1987 baute er für das DDR-Inneruninisterium eine Arbeitsgruppe Rechtsextremismus auf - wurde aber schon bald wieder kaltgestellt. Nach der Wiedervereinigung stieg der Kriminologe zunächst aufgrund seiner Sachkenntnis steil auf, wurde Leiter der Abteilung Staatsschutz im Gemeinsamen Landeskriminalamt (GLKA) der neuen Länden Doch die Zusammenarbeit mit der Polizeiführung war konfliktreich: »Für die Wessis war der Osten Rotland, die Gefahr von rechts wurde ähnlich heruntergespielt wie zuvor von der SED.« Wagners unkonventionelle Strategien wurden argwöhnisch beäugt: 1990 initiierte er in Ostberlin eine Sicherheitspartnerschaft zwischen autonomen Hausbesetzern und der Polizei. Nach den Krawallen in Hoyerswerda 1991, vor denen Wagner im Vorfeld öffentlich gewarnt und dafür eine dienstliche Rüge erhalten hatte, war das Vertrauensverhältnis beiderseits zerstört. Wagner quittierte den Dienst.

Und doch griffe zu kurz, wer die Ursache des Nazi-Booms im Osten nur im Westen sehen wollte, das heißt in der Unfähigkeit oder Kollaborationsbereitschaft der BRD-Staatsmacht. Gerade Bernd Wagner wird nicht müde zu betonen, daß die braunen Gewächse ihre Wurzeln auch in der DDR haben und daß die Rechten in ihrem Selbstverständnis nicht

Gefolgsleute, sondern Gegner des kapitalistischen Systems sind. »Es sind im Wortsinne Nationalsozialisten. Sie wollen, etwa im Verhältnis von 60:40, die guten Seiten sowohl des Dritten Reiches wie der DDR bewahren.«

Schon Ende der siebziger Jahre hatten sich die braunen Kameraden in der DDR formiert, zunächst ohne West-Unterstützung. Ihnen gefiel die autoritäre Struktur des »Arbeiter- und Bauernstaates«, der minimale Anteil an nicht-deutscher Bevölkerung die Stigmatisierung dissidenten Verhaltens. Kennzeichnend für die im Osten hegemoniale Variante des Rechtsradikalismus ist eine sozialistische Phraseologie, die an die NSDAP erinnert. Wagner faßt die Kapitalismuskritik der Ost-Nazis so zusammen: »Deutschland wird trotz des Sozialstaates von einem wilden Raubkapitalismus beherrscht, der sich besonders in Mitteldeutschland austobt. Massenweise werden Deutsche von Deutschen in die Arbeitslosigkeit getrieben, was ein volksfeindliches Handeln ist.« Dem entspricht das politische Feindbild der Rechten: Die Linken, die von ihnen bekämpft werden, sind nicht unbedingt die ostdeutschen Sozialisten - denn deren Agitation gegen »volksfeindliche« Westkonzerne und »Raubkapitalismus« im allgemeinen, gegen Globalisierung und Euro-Währung im besonderen ist oft von der ihrigen nicht zu unterscheiden. Ihre Aggressivität richtet sich vielmehr gegen »Werte, die traditionell als humanistisch oder demokratisch-liberal gelten« (Wagner), wobei im Osten non-konformistische Jugendliche vielleicht nicht die einzigen, wohl aber die sichtbarsten Vertreter dieser Liberalität sind und deswegen als »Zecken« besonders gehaßt werden.

Dem flüchtigen Beobachter erschließen sich die Faschisierungsprozesse in der Ost-Jugend oft deswegen nicht, weil sich die meisten Kader der dezentralen Kameradschaften vom Hitlerismus absetzen und sich auf den nationalrevolutionären Flügel der NSDAP, also insbesondere die Strasser-Brüder, beziehen. Für sie sind DVU und Republikaner »bürgerliche Organisationen« - so etwa die Meinung Steffen Hupkas, seit Januar 1998 im NPD-Bundesvorstand und schon seit Jahren im sachsen-anhaltinischen Quedlinburg aktiv. Schröder berichtet über die Erfolge von Hupkas Basisarbeit: »Selbst PDS-Politiker Volker Wachholz gibt zu, daß dessen Propaganda weder leicht zu durchschauen ist noch seine eigenen Parteifreunde dagegen gefeit sind. Er habe denen eines der >nationalrevolutionären< Flugblätter vorgelesen, >und alle haben fleißig genickt<, bis er ihnen eröffnete, von wem das Traktat stammte. Hupka sei sogar schon auf einer PDS-Parteiversammlung aufgetaucht, >und alle freuten sich, daß da ein junges Gesicht zu sehen war<.«

So erklärt sich, warum die Wahlerfolge der PDS - trotz der fleißigen Antifa-Arbeit der PDS-Jugend - der wachsenden Faschisierung in den neuen Bundesländern nicht zuwiderlaufen. »Lummer und Gysi sind gut« - mit diesem Zitat eines Gesprächspartners betitelte der Jugendexperte Eberhard Seidel-Pielen ein Interview mit Kids in der rechten Hochburg Fürstenwalde. Daß das keine isolierten Stimmen sind, untermauerte eine Erhebung, die sein Kollege Klaus Farin 1996/97 unter Skinheads durchführte. Von 8.000 an Privatadressen verteilte oder verschickte Fragebögen kamen über 400 zurück - nie gab es eine Umfrage, bei der mehr Glatzen Auskunft gaben. Bei der knappen Mehrheit, die sich überhaupt an Wahlen beteiligen will, war die PDS mit 23,9 Prozent die beliebteste Partei.

Konkret 03/98, S. 14

Jürgen Elsässer

Für Punks tödlich

»Ich will nur noch weg aus Magdeburg Ich habe Angst, daß ich sonst totgeschlagen werde wie mein Bruder Oder wie Torsten Lamprecht 1992. Punks leben hier gefährlich. « Peter Böttcher hat den Kapuzenpullifest um sein Gesicht gezerrt, nur noch ein schmaler Ausschnitt rund um Augen und Nase ist zu sehen. »Mein altes Foto können Sie ruhig veröffentlichen, ich sehe jetzt ganz anders aus - ein neues gibt es nicht, ich liefere doch nicht meinen eigenen Steckbrief«, sagt der 19jährige.

Peters Mißtrauen ist begründet. Am 8. Februar 1997 wurde sein 17jähriger Bruder Frank von Skinheads zu Tode getrampelt, am 3. Januar dieses Jahres sein Freund Gordon Gafert mit Springerstiefeln traktiert, bis die Schädelknochen splitterten. Sein Leben hing tagelang an einem seidenen Faden. Der Überfall fand in Böttchers Wohnung statt, er selbst war an diesem Abend nicht da. »Das galt mir. Die haben Gordon und die anderen immer wieder nach mir gefragt. Außerdem habe ich letztes Jahr ungefähr zwanzig Drohbriefe bekommen. « Schon vor Silvester habe ihm eine Gruppe Neonazis vor einem Einkaufszentrum aufgelauert, er habe gerade noch in ein Schuhgeschäft flüchten können.

Neu-Olvenstedt: Hier wohnte der inzwischen verurteilte Mörder von Frank, von hier startete Anfang Januar das Überfallkommando auf Peter. 200 der 600 »gewaltbereiten Skinheads« des Bundeslandes Sachsen-Anhalt kommen laut Verfassungsschutz aus Magdeburg, fast alle aus diesem Stadtteil. Bei 30.000 Einwohnern ist das nur ein kleiner Teil, aber das diffuse Sympathisanten-Umfeld muß beträchtlich sein. »Nach 18 Uhr gehen wir nicht mehr vor die Tür« erklärt eine Passantin. Die etwa vierzigjährige Deutsche - sie will aus Vorsicht ihren Namen nicht nennen - lebt mit ihrem pakistanischen Ehemann und dessen Bruder seit knapp zwei Jahren in einem der Hochhäuser. Wenn das Ehepaar abends von der Arbeit kommt, lümmeln die Jugendlichen auf dem Rasen. »Am Anfang haben wir gegrüßt, aber die haben ausgespuckt. « Die Kids pöbeln im Treppenhaus, werfen mit Kieseln gegen die Scheiben, stopfen Bananenschalen und Dreck in den Briefkasten. Der Psychoterror hat Erfolg: Von den vietnamesischen Vertragsarbeitern, die bis vor ein paar Jahren in zwei Hochhäusern wohnten, lebt keiner mehr hier

Wer die Plattenbauten als Treibhaus für Neonazis sieht, stößt bei Thomas Heinrich, dem evangelischen Vikar des Stadtteils, auf Widerspruch: »In der DDR war es noch ein Privileg, in Olvenstedt zu wohnen. Die Siedlung hat viele Grünflächen, und in den letzten Jahren hat der Stadtrat soviel Strukturhilfe rübergeschoben, daß man andernorts schon neidisch ist. « Für Heinrich sind die Rechten nicht wegen der Architektur sondern wegen der Sozialpolitik stark geworden, vor allem wegen der »akzeptierenden Jugendarbeit«, wie er sie im Fachjargon nennt.

Tatsächlich sind rechte Kids die »wichtigste Zielgruppe« des Jugendzentrums »Brunnenhof«- so steht es jedenfalls in einem Konzeptionspapier des Magdeburger Sozialministeriums. Für diese Klientel werden »erlebnispädagogische Maßnahmen wie Sportveranstaltungen mit wöchentlichem Training, Gestaltung der Ferienfreizeiten einschließlich Reiseveranstaltungen« durchgeführt. Skinhead-Musiker wie die vom Verfassungsschutz als »rechtsextremistisch« eingestufte Band »Elbsturm« dürfen in dem städtischen Jugendzentrum proben, obwohl die Konzerte regelmäßig wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit aufgelöst werden müssen. »Man will die Skins von Gewalt abhalten, indem man sie verwöhnt. Wie prima das klappt, hat sich jetzt wieder erwiesen«, urteilt Heinrich bitter.

Ganz anders wird das in der »Bürgerinitiative Neu-Olvenstedt« gesehen. Die 20 Mitglieder der Gruppe, großteils sozial oder links engagiert, sind ein repräsentativer Querschnitt der Olvenstedter Bevölkerung. Bei den letzten Bundestagswahlen bekam die PDS fast 40 Prozent, SPD-Ministerpräsident Reinhard Höppner eroberte im Wahlkreis das Direktmandat. Auf ihrer jüngsten Sitzung bekunden sie »Abscheu vor dem brutalen Anschlag rechter Schläger« und diskutieren die Ursachen, der PDS-Mann macht die Gewaltdarstellung in den Medien verantwortlich. Schließlich debattieren alle darüber. ob nicht ein weiterer Treffpunkt für die rechten Kids eingerichtet werden müsse, »damit wir nicht den Kontakt zu ihnen verlieren«. Das wird schließlich dem zuständigen Polizeihauptkommissar Peter Bullert, der als Gast an dem Treffen teilnimmt, zu bunt: »Die Bürgerinitiative kann doch keine Organisationsstrukturen für die Rechten aufbauen wollen. «

Das Verständnis, das Stadt und Bürger für die Olvenstedter Jugendlichen zeigen, vermissen deren Altersgenossen im benachbarten Stadtfeldt. Dort hat die Verwaltung zwar in den vergangenen Jahren viele Punks in städtischen Wohnprojekten untergebracht. »Doch seit August machen CDU-Fraktion und Oberbürgermeister eine Kampagne gegen uns«, klagt Tobias Schrader mit 25 Jahren einer der Ältesten in der Szene. Tatsächlich hatte die CDU im Stadtrat »Sofortmaßnahmen gegen den Straßenterror in Stadtfeldt« verlangt, nachdem immer wieder Graffiti an den teuer renovierten Fassaden des Wohngebiets aufgetaucht waren; OB Willi Polte hatte später sogar eine Art Kopfgeld für die Ergreifung von Sprayern vorgeschlagen.

Bei der Magdeburger Polizei verweist man darauf daß erst im Dezember eine kriminelle Gang aus dem rechten Milieu Olvenstedts ausgehoben worden sei. Insgesamt habe man in der Landeshauptstadt im letzten Jahr einen Rückgang der Straßenkriminalität um 23 Prozent, der Diebstahlsdelikte um 18 Prozent und der Autodiebstahlsdelikte um 33 Prozent erreicht. Polizeipräsident Winfried Wendt bilanziert selbstbewußt: »Bundesinnenminister Kanther fordert amerikanische Methoden - wir haben hier handfeste Erfolge, und das unter Einhaltung bestehender Gesetze. «

Leider hat die Statistik einen Schönheitsfehler: Während die Kriminalität insgesamt stark eingedämmt wurde, explodierte die rechte Gewalt: Im ersten Halbjahr 1997 wurden in Sachsen-Anhalt 50 Prozent mehr rechtsextreme Straftaten verübt als im Jahr davor Für Matthias Gärtner steckt selbst in dieser Zahl noch ei . ne Dunkelziffer Dem PDS-Landtagsabgeordneten ist aufgefallen, daß in der offiziellen Statistik der Mord an Frank Böttcher nicht als »Straftat mit rechtsextremistischer Motivation« aufgeführt wurde, für Gärtner eine »versuchte Fälschung«. Das Magdeburger Innenministerium weist diese Anschuldigung zurück: Rechtsextremismus sei eine »Bestrebung zur Systembeseitigung«, diese sei bei dem Mörder nicht erkennbar gewesen, erklärt Sprecher Matthias Schuppe.

Peter Böttcher muß noch bis zum Abschluß seiner Kochlehre im Sommer in der Stadt bleiben. Zwei Tage nach dem Nazi-Überfall hat die Wohnungsbaugesellschaft ihm gekündigt. Nach einigem Pressewirbel wurde die Kündigung wieder zurückgezogen, Peter hat es dennoch vorgezogen, die Wohnung zu wechseln und sich bei Freunden zu verstecken. Verständlich: Von den 13 festgenommenen Schlägern sind mittlerweile neun wieder auf freiem Fuß, darunter auch Marcel D., einer der Rädelsführer der Krawalle am »Herrentag« 1994, und Steffen K., der damals schon als Neunjähriger mit von der Partie war. Die meisten von ihnen waren am 8. Februar wieder zur Stelle, als die Linken zum Jahrestag der Ermordung von Frank Böttcher an dessen Grab demonstrieren wollten - also eigens nicht in Olvenstedt, damit es nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen käme. Das blieb ein frommer Wunsch: 60 Rechte attackierten die Demo bereits am Sammelpunkt mit Steinen, die Polizei griff zu spät ein. In die Medien ging das Ereignis als »Krawalle linksautonomer Jugendlicher« ein.

Konkret 03/98, S. 17

Joachim Rohloff

Beinah wie Bonhoeffer

Roter Gummiadler auf braunem Grund: Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe ist ein Landesvater, der seinen Kindern alles vergibt - vom Antisemitismus bis zum Totschlag von Ausländern

Ob er sich den Orden vom Staatssekretär Seigewasser oder von den 3 Stasioffizieren Wiegand und Roßberg anheften ließ, ob er also Schild und Schwert der Synode war oder ein Lamm Mielkes, welches der Welt Sünde trug, werden der »Spiegel« und die Gauck-Behörde noch herausbringen oder auch nicht - seine eigenen diesbezüglichen Einlassungen jedenfalls sind wenig hilfreich: *Mielke bin ich nur ein einziges Mal bei einem Staatsempfang... ganz kurz begegnet. Ich wollte mich vorstellen. »Was wollen Sie, Herr Stolpe?« kam er mir zuvor. Dann ging er weiter. Zu gern hätte ich versucht, ihm sein aufwendiges Sicherheitssystem auszureden. **

Welcher ehemalige Mitarbeiter behauptete das heute nicht? Dem Kern des Mannes Stolpe näher kommt vermutlich sein Lob der *Überlebenskunst durch Anpassung.* Ganz zweifellos aber ist er immer ein aufrechter Sohn Brandenburgs gewesen, und mit dem großen brandenburgischen Verdienstorden belohnte er sich selbst und andere Getreue schon zu einer Zeit, als es das gleichnamige Land noch gar nicht gab. Anfang der achtziger Jahre entdeckte er einen Aufkleber des »Ruderclubs Brandenburg, Sitz Berlin« mit rotem Adler auf weißem Grund. Sein Herz tat einen Hüpfer. *Ich bat Freunde, mir ein Exemplar zu besorgen, schnitt den Text rundum ab und klebte den brandenburgischen Roten Adler an den Wagen. Später habe ich mir noch zwanzig oder dreißig Stück davon besorgt, zurechtgeschnitten und feierlich an Leute verliehen, von denen ich meinte, daß sie es verdienten.* Er ahnte wohl schon damals, daß sein flaches Land Großes mit ihm vorhatte.

Inzwischen darf er wirkliche Orden aus veritablem Blech spendieren. Er hängt an seinem Amt, weil nur Stolpe weiß, was die Brandenburger wollen und was ihnen frommt. Seine Selbstüberhebung, daß ohne ihn nichts geht, nennen sie Treue. Wer nicht von klein auf in märkischem Sand gebuddelt hat, muß seine landesväterliche Attitüde albern finden, doch sie trägt ihm absolute Mehrheiten ein. *Gott braucht die Christen in der DDR,* hieß es einst, nun steht er ohne DDR da und hat allein Stolpe in Brandenburg zum Trost. Ein Rücktritt wegen schuldhafter Verstrickung, wäre er nicht obendrein Fahnenflucht, verböte sich schon deshalb. Die SPD schätzt in Stolpe den pfiffigen Laienbruder, denn ohne einen guten Schuß Bergpredigt ist sozialdemokratische Politik längst nicht mehr zu vermitteln.

An Lokalpatriotismus läßt er sich von niemandem übertreffen. Die Geschichte ist jedoch in deutscher Heimat eine Beschwernis und muß zu fast allen historischen Anlässen zurechtgelogen werden. Von ihren unrühmlichen Nachtseiten redet Stolpe nicht gern. Lieber gibt er, wenn er an Preußen denkt, solche Sätze von sich: *Toleranz aus Vernunft und Loyalität ohne Willfährigkeit schärfen den Blick des einzelnen für die Mitverantwortung am Ganzen.* Die Herrschaft der adligen Gutsbesitzer *beruhte nicht auf Zwang, war vielmehr eine aus Erfahrung akzeptierte, eine freiwillig anerkannte Autorität.* Friedrich hieß der erste Diener, die Gazetten wurden nicht geniert, aber jeder nach seiner Fasson selig. Preußen bedeute *Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Dienst an der Gemeinschaft* - nun, was soll man sagen, in der Tat, sie waren doch alle Gottes Kinder, und deshalb bildete der Tagelöhner eine wenn auch prekäre Gemeinschaft mit dem Gutsherrn und dem König. Bevor die Nazis kamen, hat es einen Antisemitismus nicht gegeben, statt dessen eine *glückliche deutsch-jüdische Symbiose in Preußen.* Und die *faschistischen Mordbrenner trafen mit ihrer Judenverfolgung* zwar auch die Juden, vor allem aber *ein Wesenselement unseres Landes, zerstörten einen guten und wichtigen Teil von uns selbst.*

Am 7. November 1989, *nach vielen Gesprächen mit Menschen in unserem Lande,* das noch nicht Brandenburg war, gewann Stolpe *die Überzeugung, daß die Zielvorstellung einer antifaschistischen, demokratischen, rechtsstaatlichen, freiheitlichen und sozialistischen DDR mehrheitsfähig ist,* anderthalb Jahre später hatte er sich die nötige Rhetorik angeeignet, in Plötzensee des bürgerlichen Widerstands zu gedenken: *Der 20. Juli hat den Deutschen die Ehre gerettet und gibt die moralische Berechtigung, wieder in einem Deutschland zusammenzuleben ... Die Frauen und Männer des deutschen Widerstandes gegen Hitler haben uns ein Anrecht auf die Deutsche Einheit erhalten. Vom 20. Juli,* der in Deutschland ganze Bibliotheken, Mytho- und Pathologien hervorbrachte, wissen im Ausland nur Historiker, und sie widmen ihm allenfalls eine Fußnote zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Fragen Sie mal einen Engländer, was der *20. Juli* war. The day after the night before, wird er antworten. Hätte Helmut Kohl, als er die deutsche Vereinigung aushandelte, sich mit nichts als Stolpes Argument bewaffnet, niemand hätte ihn verstanden, und wir wären noch immer zweigeteilt.

Von Dietrich Bonhoeffer, mit dem Klaus von Dohnanyi ihn verglich, unterscheidet sich der Widerständler Stolpe nur, weil er es am *bewußten Opfertod für die Nachgeborenen* fehlen ließ. Allerdings wollten auch Stauffenberg und die Seinen nicht sterben, sondern die Staatsmacht erobern und Deutschland retten - womöglich durch ein anti-sowjetisches Bündnis mit den westlichen Alliierten. Trotzdem soll das Wort vom Opfer andeuten, in der Sühneabteilung sei Beachtliches geleistet worden. Zumal die Brandenburger dürfen stolz sein auf den Widerstand, denn *fast jede zweite märkische Adelsfamilie war*

irgendwie in die gescheiterte Verschwörung gegen Hitler verwickelt. Was macht es da noch aus, daß jede dieser Familien, sofern sie über wehrfähigen Nachwuchs verfügte, an Hitlers Angriffskrieg beteiligt war?

Als die Sieger des Zweiten Weltkriegs sich ein Land Preußen fürderhin verbaten, begingen sie schweres Unrecht, denn, man ahnt es schon, *Preußen war ein frühes Opfer der Hitler-Bewegung.* Und *Preußens Traditionen wurden dann auf das Schlimmste mißbraucht.* Der Satz gibt zu denken. Daß die Nazis die preußische Tradition von Toleranz, Rechtsstaatlichkeit etc. mißbraucht hätten, kann man nicht eigentlich sagen. Sollte hier ausnahmsweise die militaristische Tradition gemeint sein? Aber auch sie wurde nicht mißbraucht, sondern kreativ fortentwickelt, ist doch der Expansionskrieg, wovon die preußische Geschichte zahlreiche Beispiele liefert, der vornehmste Zweck des Militärstaats.

Als Vertreter der »Kirche im Sozialismus« hielt Stolpe 1987 einen Vortrag an der Universität Tübingen. Dem SED-Regime bürgerliche Freiheitsrechte abzuringen, sei seine Mission. Gewisse Freiheiten aber würde die Kirche, ginge es nach ihr, lieber wieder abschaffen: *Konsumorientierung, ... leichtfertiges Sexualverhalten mit steigender Scheidungsrate und Tötung ungeborenen Lebens sind Gefährdungen, denen Menschen in der DDR ausgesetzt sind.* Leider gebe sich die organisierte Christenheit in der Diaspora *sehr zurückhaltend ... Die wichtige Rolle der christlichen Familie wird hervorgehoben, die Rekord-Scheidungsraten werden beklagt, der legalen Homosexualität wird hilflos zugesehen.* Daß er die Schwulen einsperrte, konnte man allerdings von einem Unrechtsstaat nicht gut verlangen. Doch immerhin, *die neue Herausforderung Aids macht bisher an der gesicherten Staatsgrenze halt.* In diesem letzten Satz sprach der ganze Stolpe jener Zeit sich aus, und er klang wie später Ulbricht, verfeinert von mittlerem Weizsäcker - denn dieser hätte die Mauer schwerlich eine gesicherte Staatsgrenze genannt und jener Aids nicht eine Herausforderung. Stolpes Wortwahl verriet den Dissidenten nicht - immer wieder sprach er, zur Verstörung seiner westlichen Glaubensbrüder, von Antifaschismus und Friedenssicherung. Ulbricht, der Pol *Pot mit Samthandschuhen,* hätte sich nie träumen lassen, wozu die Mauer einmal gut sein könnte.

Heute, da er einem anderen Staat, aber derselben Kirche dient, versucht er sich, um ganz neue Gefährdungen abzuwehren, an einer theologischen Begründung des Rechts auf Arbeit und ignoriert dabei souverän die letzten zweihundert Jahre europäischer Geistesgeschichte. *Arbeit gehört zu dem von Gott geschaffenen Menschsein, selbst da, wo sie rein ökonomisch gesehen nicht sinnvoll wäre. Arbeit ist - christlich gesprochen - die tätige Bejahung der von Gott gegebenen Geschöpflichkeit.* Jenseits aller Entfremdung auch an der Registrierkasse von Aldi. Oder ist entfremdete Arbeit sündhaft und damit beichtpflichtig? *Keine Gesellschaft hat das Recht, diese spezifische Art, Menschsein zu verwirklichen, jemandem zu verwehren. Wo arbeitswilligen und -fähigen Menschen der Zugang zur Arbeit versperrt wird, geschieht elementares Unrecht und wird der Wille des Schöpfers mißachtet ... Hier müssen Christen dringend warnen.* Unsereins aber möchte verzweifeln: »Ihr seid das Salz der Erde. Wo nun das Salz dumm wird, womit soll man's salzen?« (Mt. 5,13).

Stolpe mag den Brandenburgern nichts Böses zutrauen. Um so schwerer treffen ihn die Untaten der Nazis in seinem Land. Doch *nur ein kleiner rechtsradikaler Kern verbündet sich mit Gruppen gewaltbereiter junger Menschen - als* richte sich die sogenannte Gewaltbereitschaft nicht von allem Anfang an ganz spezifisch gegen Ausländer und Linke. Häufig, verplappert sich Stolpe, *vollziehen die Jugendlichen nur das, was zu Hause gedacht und ausgesprochen wird. So* klein also kann der rechtsradikale Kein nicht sein, und er steckt, wie jeder Kein, in der Mitte.

Die *Mordbrenner* werden rhetorisch kompetent verurteilt. Es gebe keine Entschuldigung, sagt Stolpe, bevor er die Entschuldigungsgründe aufzählt. Als da sind: das abgelegte *ideologische Korsett mit seinen Bevormundungen* und daß es *Löcher* hinterlasse, *die erst einmal wieder gefüllt sein* wollten; das von der FDJ *verordnete Angebot an Freizeitobjekten* und daß es *entfallen* sei. *Orientierungslosigkeit im Elternhaus, Verlust gewohnter sozialer Sicherheit, das Gefühl der Demütigung - all das verletzt den Stolz und führt zu Minderwertigkeitskomplexen.* Doch trotz besagter Orientierungslosigkeit im Elternhaus findet der verstörte Jugendliche, wenn die Kameraden rufen, den Baseballschläger auch im Dunkeln. *Auf diese Situation trifft eine ständig wachsende Zahl von Ausländern, die in unserem Land Asyl suchen* und, als Stolpe für die Abschaffung des Asylrechts plädiert, ein ganzes Prozent der brandenburgischen Bevölkerung ausmachen.

Zwei Millionen ostdeutsche Arbeitsplätze, ahnte Stolpe 1990, würden wohl *aus Effektivitätsgründen* abgeschafft. Dafür versprach er drei Millionen neue Arbeitsplätze für die allernächste Zukunft und westlichen Lebensstandard für 1993 *oder früher.* Heute sind die Brandenburger *durch hohe Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch ganzer Regionen zutiefst verunsichert.* Stolpes Popularität hat unter seiner Fehlprognose nicht gelitten, aber die soziale Misere verursache Ausländerhaß. Ein für allemal: Wirtschaftlicher Mangel wird ab sofort nur noch als Rechtfertigungsgrund für solche Arten von Kriminalität anerkannt, die geeignet sind, ihn zu beheben. Wer für einen profitablen Bruch offenbar zu dumm ist und ersatzweise seine übelsten Instinkte austobt, darf sich nicht auf die Verletzung eines Stolzes herausreden, den er nie besessen hat. Halbwegs zivilisiertes Benehmen gilt als obligat und wird nicht vergütet.

Was ist zu tun? *Die massenweise soziale Demütigung muß schleunigst beendet werden,* denn gedemütigt sind natürlich nicht die Opfer der Pogrome, sondern die Täter. *Sodann muß der durch jahrzehntelange Gefangenschaft erzwungene Mangel an multikulturellen Begegnungen berücksichtigt und abgebaut werden.* Nun kann man aber die Glatzen nicht zur

Sommerfrische an den Gardasee schicken, und keinem Vertreter einer fremden Kultur möchte man empfehlen, als Missionar nach Brandenburg zu gehen. Eine bewaffnete Besatzungsmacht, die Kaugummi und Swingplatten verteilte, ist leider nicht in Sicht. Allerdings geht es gar nicht um Kultur, sondern um die einfachsten Grundlagen der Zivilisation. Wer keine Totschlaghemmung kennt, dem wird sie auch mit exotischer Musik und Kochkunst nicht beizubringen sein.

Die Feuerwehr von Dolgenbrodt, die im Jahr zuvor unfähig oder, wie die Justiz vermutet, unwillig war, den Brand im örtlichen Asylbewerberheim zu löschen, darf sich zu ihrem sechzigsten Geburtstag über ein Glückwunschtelegramm ihres Ministerpräsidenten freuen: *Mit diesem Fest helfen Sie mit, den unrühmlichen Bekanntheitsgrad von Dolgenbrodt durch gute Meldungen aufzubessern. Die freiwillige Feuerwehr hat Vorbildcharakter für das Dorf als menschliche Gemeinschaft* selbst dann, wenn zehn von fünfzehn ehrenamtlichen Feuerlöschern gewisse Einsätze selig verschlafen. Und auch für die Bürger von Gollwitz legt Stolpe jederzeit *die Hand ins Feuer:* Von Antisemitismus könne keine Rede sein, schließlich kennt er *unsere Leute besser als die Herrschaften in London oder sonstwo;* und läßt, um die glückliche Symbiose in dem märkischen Dorf nicht zu gefährden, sechzig jüdische Einwanderer sonstwo unterbringen.

Am 2. September 1992 gibt Stolpe vor dem brandenburgischen Landtag eine Regierungserklärung ab. Der Sturm auf das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen liegt eine Woche zurück, seitdem tobt der Mob in 35 (zumeist ost-)deutschen Städten. Das Asylbewerberheim von Cottbus-Sachsendorf wird von 200 Rechtsradikalen mit Steinen und Brandflaschen angegriffen und drei Nächte lang belagert. Der brandenburgische Verfassungsschutz äußert den Verdacht, die Krawalle würden von der »Deutschen Alternative« gesteuert. In Eisenhüttenstadt setzen 80 Jugendliche ein Gebäude der zentralen Asylbewerberstelle in Brand. Stolpe bedankt sich: *Die Landesregierung dankt auch den Einwohnern von Eisenhüttenstadt und Cottbus stellvertretend für die vielen Bürgerinnen und Bürger in anderen Städten und Gemeinden für die große Bereitschaft und Toleranz in schwierigen Zeiten und bittet sie, diese Tradition fortzusetzen.*

Tags darauf besucht Stolpe eine Bürgerversammlung in Cottbus-Sachsendorf. Die Nachbarschaft des Asylbewerberheims ist empört: Kinder würden belästigt, Fahrräder gestohlen, Mülltonnen geplündert, einige Heimbewohner seien sogar beim Schwarzfahren in der Straßenbahn erwischt worden. Da aber solch fadenscheinige Vorwände den Terror der vergangenen Nächte kaum entschuldigen, vielmehr den Verdacht wecken, die Anwesenheit Fremder sei grundsätzlich unerwünscht, muß Stolpe den Vorwurf des Ausländerhasses zurückweisen und den Bürgern sagen, was sie leiden: Die Übergriffe, die eine *Verletzung der Menschenwürde und eine Schande für das Land* darstellten, zitiert ihn die »Lausitzer Rundschau«, seien *Barometer der Unzufriedenheit, Verzweiflung, des wirtschaftlichen und sozialen Niedergangs im Osten.* Der Reporter wundert sich allerdings, daß Stolpe den Vorsitzenden der »Deutschen Alternative«, Frank Hübner, allen übrigen Anwesenden »als Stargast« vorzieht. Stolpe verspreche, »die Argumente der DA sehr ernst zu nehmen«, und »mahnt in Richtung Bonn endlich konkrete Lösungen des Asylproblems an«. Das Hauptargument der DA wird am Rande der Veranstaltung laut: Man dulde »in Mitteldeutschland keine Ausländer«. Stolpe habe »den Stadtgewaltigen gezeigt, wie sensibel er Bürgern zuhört«, meint die »Cottbusser Rundschau« und lobt den Polizeipräsidenten, der nach Stolpes Auftritt »die martialisch-provozierenden Polizeitruppen am Heimtor verringern« läßt.

Unterdessen brennt in Ketzin bei Potsdam das Asylbewerberheim. Neonazis haben Brandflaschen in ein Kinderzimmer geworfen. Einen *Mordversuch,* aber auch eine *letzte Warnung an die Politik* nennt Stolpe den Anschlag am nächsten Tag. Was er damit meint, ob etwa auch die Brandstifter konkrete Lösungen des Asylproblems anmahnen wollen, ist dem Zeitungsbericht leider nicht zu entnehmen. Von einer polizeilichen Überwachung der brandenburgischen Heime hält Stolpe wenig. »Statt *Schutzhaft für Asylbewerber* plädiert er für das *Modell Gastfreundschaft.* Das klingt gut«, kommentiert die »Märkische Allgemeine«, »und wurde bislang in Ketzin ja auch praktiziert.« Als im folgenden Monat, ausgerechnet während eines Staatsbesuches der britischen Königin, ein Brandanschlag auf die Gedenkstätte Ravensbrück verübt wird, setzt man in Potsdam die Politik der Beschwichtigung fort: Der Vorfall wird zunächst verheimlicht, und so kann Stolpe der Queen versichern, es gebe in Deutschland kein Neonazi-Problem.

Man habe *konsequent und sehr erfolgreich rechtsextremistische Ausschreitungen und Aktivitäten unterbunden,* erklärt Stolpe 1993. Von Brandenburg als einer Hochburg der Neonazis könne überhaupt keine Rede sein. 1997 registriert das Potsdamer Innenministerium 552 »rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Straftaten«. Diese Zahl entspreche zwar dem Bundesdurchschnitt, der Leiter des Verfassungsschutzes aber bescheinigt den brandenburgischen Nazis ihre extreme Brutalität und ein besonders »viehisches Verhalten«: »Die Leute hören nicht auf zu treten und zu schlagen.«

---

*Alle kursiven Passagen stammen von M. Stolpe

Konkret 03/98, S. 20

Katina Schubert

Nicht rein, aber raus!

In Kürze will der Bundestag sämtlichen zur Ausreise verpflichteten Ausländern die Leistungen noch dem Asylbewerberleistungsgesetz streichen. Was ihnen dann bleibt ist eine Fahrkarte noch Hause

»Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell!« Der niedersächsische Ministerpräsident Schröder (»BamS«, 20.7.97) wollte mit dieser Forderung nicht nur die Lufthoheit über den Stammtischen erobern. Er weiß sich auch mit der Mehrheit seiner Partei, der SPD, und der CDU/CSU einig. Ausländer/innen werden in diesem Land auch mehr als 40 Jahre nach Beginn der Einwanderung als »Gäste« ohne Rechte betrachtet. Entsprechend haben sie eine Form des Wohlverhaltens und der Anpassung an den Tag zu legen, die keinem deutschstämmigen deutschen Staatsbürger abverlangt wird. Von diesen wiederum wird nur ein lediglich geringes Anpassungs- und Toleranzvermögen erwartet, Integrationsbereitschaft wird ihnen jedenfalls nicht abverlangt. »Die Integration von Millionen Ausländern in die deutschen Lebensverhältnisse kann nur gelingen, wenn ihre Zahl nicht ständig zunimmt, die damit verbundenen Probleme die Deutschen nicht verstören und sich ohnehin unvermeidliche Spannungen nicht noch weiter verschärfen«, schrieb Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) am 26. November 1997 in der »Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch«. Dabei steht Kanther in vorderster Linie derjenigen, die alles daransetzen, sowohl seit langem in der BRD lebende als auch neu eingewanderte Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und deren Kinder auszugrenzen, zu desintegrieren und rassistische Ressentiments in der Bevölkerung zu stimulieren. Diese nutzt Kanther dann wieder, um seine Weigerung, die Bundesrepublik als Einwanderungsland anzuerkennen, ideologisch zu begründen. Mit der Einführung der Visumspflicht für Kinder türkischer, (ex-)jugoslawischer, tunesischer und marokkanischer Migrantinnen und Migranten bedeutete die Regierung beispielsweise rund 800.000 hier geborenen und aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen, sie seien hier nur zu Besuch und eigentlich unerwünscht.

Die Debatte um das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht geht in den kommenden Wochen in die nächste Runde. Jeder Versuch, eine Doppelstaatsbürgerschaft einzuführen und die Anspruchseinbürgerungen auszuweiten, ist bislang an der Union gescheitert. Die hält an ihrem völkischen Verständnis von Deutschtum fest. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist zur Zeit die einzige Möglichkeit für Ausländer/innen, in der BRD rechtlich vollständig gleichgestellt und vor Abschiebung geschützt zu werden. Wohl auch deshalb meiden und verhindern CDU/CSU die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Denn im herrschenden »Ausländer-raus«-Diskurs von Union und Teilen der SPD wird eifrig das Bild vom »kriminellen Ausländer«, von der Bedrohung der Inneren Sicherheit durch illegale Einwanderung und organisierte Kriminalität entworfen. Damit werden insbesondere Flüchtlinge als neuer »innerer Feind« in die Nachfolge der ehemaligen bundesdeutschen Hauptbedrohungen »Kommunismus« und »Terrorismus« gezwungen.

Seit dem Asylkompromiß vom 6. Dezember 1992, der in einer raschen Abfolge neue, schärfere Gesetze und Verordnungen auf den Weg brachte, schreiten Kanther und seine Gesinnungsfreunde Seit' an Seit' mit den Sozialdemokraten. Am 26. Mai 1993 änderte der Bundestag mit einer Zweidrittel-Mehrheit das Grundgesetz. Politisch Verfolgte haben danach nur dann ein Recht auf Asyl, wenn sie weder über einen sogenannten sicheren Drittstaat noch aus einem vermeintlich verfolgungsfreien Herkunftsstaat eingereist sind. Asyl bekommt nur zugestanden, wer über den Luftweg gekommen ist und den rigiden Bürokraten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl) politische Verfolgung durch staatliche Stellen glaubhaft machen kann. Die Zahl der Asylgesuche sank drastisch: Waren es 1992 noch 438.191 Anträge, zählte das Innenministerium 1997 nur noch 104.353 Personen, die in der BRD um Asyl nachgesucht haben. Nur 4,9 Prozent der Menschen konnten vor dem BAFl bestehen und erhielten Asyl, 5,7 Prozent wenigstens einen Abschiebeschutz (»kleines Asyl«), die Mehrheit der Asylanträge wurde abgelehnt. Für die Demagogen der Union, allen voran Kanther, ist dies Grund genug, über den anhaltenden »Mißbrauch des Asylrechts« zu schwadronieren, der nur durch weitere drakonische Maßnahmen und die Abschottung der BRD zu unterbinden sei. Mit der Gleichsetzung von Flucht, illegaler Einwanderung und Kriminalität gelingt es Kanther, organisierte Fluchthilfe durch Schlepper in der öffentlichen Diskussion als tragenden Bestandteil organisierter Kriminalität zu definieren und diese Nicht-Deutschen zuzuschreiben. Durch die Grundgesetzänderung ist es kaum mehr möglich, ohne Schlepper über den Landweg in die BRD zu kommen. Die Politik hat demnach den Markt für Fluchthilfe, den sie jetzt bekämpft, selbst geschaffen. Organisierte Kriminalität gleich Ausländerkriminalität lautet die einfache Formel, die Kanther als Begründung für die Forderung nach weiteren Gesetzesverschärfungen heranzieht.

Dabei hat er es mit der am 1. November 1997 in Kraft getretenen Novellierung des Ausländergesetzes im Verein mit der SPD schon geschafft, die Voraussetzungen für die schnelle Abschiebung von straffällig gewordenen Migranten und Flüchtlingen deutlich zu lockern. Nun reicht die Verurteilung zu einer dreijährigen Haftstrafe für die sofortige Ausweisung. Dies gilt auch für hier geborene und aufgewachsene Kinder von Migranten, selbst wenn sie nicht die Sprache des Heimatlandes ihrer Eltern beherrschen. Die Teilnahme an verbotenen Demonstrationen ist alleine ein Ausweisungsgrund, eine Verurteilung ist nicht mehr nötig.

Auch das bereits 1994 in Kraft getretene Ausländerzentralregistergesetz (AZRG) hält Kanther für unzureichend, obwohl es bereits Nicht-Deutsche zur ersten voll erfaßten Bevölkerungsgruppe in der BRD degradiert »Für den Datenaustausch der beteiligten deutschen Behörden im In- und Ausland (darf es) also keine toten Winkel geben«, forderte Kanther Ende 1997. Auch der Datenaustausch mit dem Schengener Informationssystem, dem Fahndungssystem der Schengener Vertragsstaaten, soll weiter verbessert werden, um unerwünschte oder bereits einmal abgeschobene Menschen aus der BRD bzw. dem Schengener Kerneuropa fernhalten zu können.

Auf die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl folgte noch 1993 die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Diese legte fest, daß das gesetzlich verbriefte Existenzminimum in Höhe des Sozialhilfesatzes nicht für Asylbewerber im ersten Jahr ihrer bundesdeutschen Existenz gilt. Sie bekommen nur noch 80 Prozent des üblichen Satzes und zwar überwiegend in Form von Sachleistungen plus einem Taschengeld von 80 (!) Mark im Monat für Telefon, Fahrtkosten, Anwaltsgebühren etc. Im vergangenen Jahr hat die große Ausländerraus-Koalition den Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgeweitet: Jetzt erhalten alle Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts nur noch abgesenkte Leistungen - und auch das nicht mehr lange. In Kürze wird sich der Bundestag mit einem am 6. Februar 1998 beschlossenen Gesetzentwurf des Bundesrats befassen. Der will sämtlichen zur Ausreise verpflichteten Ausländern die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz streichen. Was ihnen dann bleibt, sind ein Butterbrot und eine Fahrkarte ins Herkunftland. Betroffen davon werden u. a. rund 200.000 Bürgerkriegsflüchtlinge sein, überwiegend Frauen und Kinder. »Anreizminderung« nennt sich diese Strategie der Abschreckung. Es steht zu erwarten, daß sich die große Koalition im Bundesrat auch im Bundestag wieder zusammenfindet und dieses Gesetz verabschieden wird - in einem Wahlkampf, der bereits jetzt einen Ausblick auf die zu erwartenden rassistischen Kampagnen liefert.

Katina Schubert ist AuslanderInnenbeauftragte der PDS-Bundestagsgruppe

Konkret 03/98, S. 22

Otto Köhler

Deutscher Anstand

Klaus v. Dohnanyi durfte in der Paulskirche eine Rede auf die gescheiterten Putschisten des 20. Juli 1944 halten. Daraus ist ein Modelltext des Revisionismus geworden - und ein Plädoyer für den antidemokratischen Staat

Der Mann, der am 25. Januar am Rednerpult in der Paulskirche steht, hat es so gewollt. Nichts konnte ihn abhalten. Er wird im Laufe seiner Rede »ein letztes« sagen, nämlich: »Die Wissenschaft sollte doch auch einmal dem politischen Weg der wenigen Überlebenden aus dem Kreis des 20. Juli in den Jahren nach 1945 nachgehen, vielleicht auch dem ihrer Söhne und Töchter.«

Er ist der Sohn. Sein Vater ist Hans von Dohnanyi, der Hoch- und Landesverräter. Das heißt: Er war einer bis zum 30. Juli 1997. An diesem Tag endlich - nach 49jährigem Bestehen des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland - hob das Berliner Landgericht das noch im April 1945 im KZ Flossenbürg vollstreckte Todesurteil eines SS-Standgerichtes auf, das Hans von Dohnanyi als des Hoch- und Landesverrates überführt erklärt hatte. Er war schuldig, als Mitarbeiter des Amtes Ausland/Abwehr Juden - als Agenten getarnt - in die Schweiz geschmuggelt und so gerettet zu haben.

Der Sohn Klaus von Dohnanyi kann froh sein, wenn die Wissenschaft sich doch nicht dazu entschließen sollte, seinem politischen Weg nachzugehen. Das Todesurteil gegen den Vater bestand in der Bundesrepublik Deutschland fort, als der Sohn 1968 als Staatssekretär unter dem NSDAP-Mitglied und Propagandaspezialisten Kurt Georg Kiesinger in das Regierungskabinett eintrat und 1972 als Bundesminister für Bildung und Forschung den Amtseid leistete, sich dem Wohl jenes deutschen Volkes zu widmen, in dessen Namen das Urteil gegen seinen Vater gültig blieb.

1988 nahm er als Erster Bürgermeister von Hamburg eine Medaille in Empfang, die nach jenem Theodor Heuss benannt ist, der mit seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz für Hitler auch die Ermordung des Vaters Dohnanyi ermöglichte, die noch immer als legal galt. Nach der Wende diente der Sohn gewissenhaft der Treuhandanstalt zur Plünderung des ostdeutschen Volksvermögens und ist jetzt Aufsichtsratsvorsitzender des Maschinenbaukonzerns Takraf AG in Leipzig. Und schon gleich nach dem Anschluß der Ostzone an den Staat, der in seinem Vater immer noch den Verbrecher sah, sagte der Sohn, ein neues deutsches Nationalgefühl sei jetzt unabdingbar. Das alte sei den Deutschen abhanden gekommen durch die Ereignisse von 1945 und das, was diesen an Schrecklichem vorausgegangen war. Heute sei den Deutschen ein neues Selbstvertrauen »dringender denn je«, damit die Nation der veränderten Lage gewachsen sei. Es war übrigens Arnulf Baring - er hatte den Ossis klargemacht, sie seien eigentlich Polen -, der den Sohn des von der SS ermordeten Vaters im Mai 1992 vor der Gedenk-Stiftung für den SS-Führer Hanns Martin Schleyer zum krönenden Abschluß seiner Rede über die »neue deutsche Interessenlage« so zitierte. Saubere Gesinnung findet in diesem Land bei den richtigen Leuten stets Anerkennung.

Der Vater galt dem Neuen Großen Deutschland noch immer als todeswürdiger Hoch- und Landesverräter, als der Sohn vor einem Jahr, am 27. Januar 1997, im Deutschen Bundestag die Hauptrede zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus hielt. In dieser Rede warf der Sohn die Frage auf, ob die Menschen von heute noch »fühlen«, was die Verbrechen der Nazis bedeuteten, auch wenn sich viele mit dem »Kopf« erinnerten. Doch er blieb - loyal zu dem Staat, der das Todesurteil eines SS-Standgerichts gegen seinen Vater noch immer für rechtens hielt - in den ihm vorgezeichneten politischen Grenzen und mahnte mit keinem Wort an, daß nun endlich Renten oder individuelle Entschädigungen für die ost- und mitteleuropäischen Opfer des deutschen Faschismus zu bewilligen seien, da doch die SS-Täter im Osten nach der Befreiung unverzüglich ihre Rentenzahlungen aus Bonn erhielten.

Wie aber kam dieser Klaus von Dohnanyi im Januar 98 in die Frankfurter Paulskirche, die vielen als Geburtsstätte deutscher Demokratie gilt? Da gibt es eine Vorgeschichte. Weil Ernst Nolte sich damals für ausgeladen erklärt hatte, wurde vor elfeinhalb Jahren unter Beihilfe der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« der Historikerstreit ausgelöst. Nolte war eingeladen worden, sich an den Frankfurter Römerberggesprächen mit einem Vortrag unter dem Titel »Vergangenheit, die nicht vergehen will - Auseinandersetzung oder Schlußstrich« zu beteiligen. Der Titel mißfiel Nolte so, daß er schließlich an Wolfgang Mommsen vergeben und Nolte aufgefordert wurde, den Titel für seinen Vortrag selbst zu formulieren. Doch Nolte behauptete plötzlich, nur für diesen Titel habe er seine Zusage gegeben, spielte den Beleidigten und veröffentlichte seine Grundthese, daß Auschwitz letztlich ein Werk Stalins sei, im Frankfurter Zentralorgan für die Gebildeten aller Stände. Der damalige CDU-Oberbürgermeister Walter Wallmann hatte zuvor vergebens versucht, Nolte doch noch zur Teilnahme an der Veranstaltung zu bewegen.

Inzwischen ist Petra Roth, ebenfalls CDU, Oberbürgermeisterin von Frankfurt. Schon acht Monate vor den Kommunalwahlen vom März 1993 hatte sie sich für ein Zusammengehen der CDU mit der Rechtsextremistentruppe der Republikaner ausgesprochen. Mehrheiten zur Abwahl des damals amtierenden Oberbürgermeisters Andreas von Schoeler würden gebraucht, erklärte sie. Doch Intrigen der eigenen Genossen gegen seine rotgrüne Koalition zwangen Schoeler zum

Rücktritt und verhalfen Frau Roth auch ohne Unterstützung der Reps zu seiner Nachfolge. Nachdem sie der sozialdemokratischen Kulturreferentin Linda Reisch wichtige Zuständigkeiten - etwa für die Städtischen Bühnen, Theater machen kann Petra Roth selbst - entrissen hatte, inszenierte sie sich als Trampel im Kulturladen.

Die Oberbürgermeisterin hatte hinnehmen müssen, daß in ihrer eigenen Stadt die ungeliebte Hamburger Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht gezeigt, und auch nicht verhindern können, daß diese von über hunderttausend Frankfurtern besucht wurde. Als Vergeltungsschlag verpflichtete Petra Roth den »Aufstand des Gewissens«, eine Wanderausstellung des Verteidigungsministeriums zum Thema »Militärischer Widerstand gegen Hitler«.

Die zumindest damals noch zuständige Kulturreferentin Reisch lud im vergangenen Herbst zum wissenschaftlichen Begleitprogramm renommierte Historiker ein und für den Eröffnungsvortrag Hans Mommsen. Da muß irgend jemand der Oberbürgermeisterin einiges gesteckt haben. Erstens nämlich, daß Hans Mommsen der Zwillingsbruder von Wolfgang Mommsen ist, dessentwegen sich Ernst Nolte 1986 in Frankfurt ausgeladen wähnte. Und zweitens, daß Hans Mommsen 1984 einer der Hauptorganisatoren jener internationalen Berliner Historikerkonferenz zum 40. Jahrestag des 20. Juli war, bei der herauskam, daß eine ganze Anzahl von Teilnehmern am fehlgeschlagenen Aufstand gegen Hitler sich selbst an Verbrechen der Wehrmacht und am Vernichtungsprogramm gegen die Juden beteiligt hatte.

Politische Gründe gebe es dafür nicht, erklärte die Oberbürgermeisterin, aber Hans Mommsen werde die Eröffnungsrede nicht halten. So umstritten Mommsen aus ganz anderen Gründen (Auftragsforschung für VW - s. KONKRET 12/96) auch sein mag - hier konnte es tatsächlich nur eine Antwort der seriösen deutschen Historiker geben. Die Kollegen zeigten sich solidarisch mit dem nun tatsächlich schriftlich ausgeladenen Kollegen. Ihre Teilnahme am wissenschaftlichen Begleitprogramm sagten ab: Wolfgang Benz vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung, Peter Steinbach und seine Mitarbeiter von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die Zeithistoriker Christian Dipper und Norbert Frei und auch Hans Erich Volkmann vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, das die Widerstandsausstellung organisiert hatte.

Doch als Ersatz für Mommsen hat sich dann doch einer gefunden. Kein Historiker, kein Wissenschaftler, sondern der eingangs erwähnte mißratene Sohn eines von der SS ermordeten Widerstandskämpfers.

Mit Klaus von Dohnanyis eilfertiger Hilfe konnte so die Stadt Frankfurt ihre Antwort auf die Hamburger Wehrmachtsausstellung vorbringen. Und der so vielfach bewährte Politiker übertraf mit seiner Rede Petra Roths kühnste Erwartungen. Er polemisierte gegen den Versailler Vertrag, weil der »die Kriegsschuld Deutschland einseitig zuschob«- ja, wem denn sonst? Für ihn war es - und das konnte er ausgerechnet in der Frankfurter Paulskirche von Zwischenrufen ungestört vortragen - »eher ein Wunder, wie geduldig große Teile der Gesellschaft der Weimarer Republik diese Veränderungen und Belastungen trugen und ertrugen - und dennoch mehrheitlich demokratisch wählten«. Für Friedrich Ebert, den Mann, der die deutsche Sozialdemokratie in den Krieg hineingetrieben hatte und der im Januar 1918 die Führung des Berliner Munitionsarbeiterstreiks übernahm, um ihn zu beenden und zu verraten, für diesen grauenhaften Patrioten erheischte Dohnanyi Verständnis, wenn der sich 1918, als die Quittung ausgestellt wurde, erregte: »Als anständige Menschen können wir einen solchen Frieden einfach nicht unterschreiben.« Das Wort »anständig« wurde nun zum Leitmotiv der Dohnanyischen Rede.

Den wohl urdeutschen Witz vom Sohn, der seine Eltern erschlug und um mildernde Umstände bittet, weil er Vollwaise sei, führte Dohnanyi in neuer Form auf. Wenn man die Haltung der Wehrmachtsoffiziere nach 1933 beurteilen wolle, müsse man doch die Erinnerung an 1918 »in Rechnung stellen«. Wie meinen? Hätte man von den Offizieren nur dann erwarten dürfen, daß sie nicht Nazis werden, wenn sie 1918 ihren Krieg siegreich beendet hätten? Sibyllinisch fügt der Sohn in diesem Zusammenhang hinzu, die »großen demokratischen Parteien« der Weimarer Zeit hätten sich »als unfähig erwiesen, die Fragen der Zeit offen anzusprechen und sich ihnen zu stellen«. Welche Fragen? Die, die nur die Nazis offen ansprachen? Dohnanyi antwortete nicht. Oder doch gleich für die Zukunft des Neuen Großen Deutschlands. Nämlich: »Ein Menetekel übrigens für unsere Tage und für die Tage, die da kommen werden.« So menetekelte er die Paulskirche voll - ohne Widerspruch. Der kam auch nicht auf, als er die Offizierskaste von Weimar, hervorgegangen aus den Killertruppen der Freikorps, freisprach. Das »System dieser Republik« - Hitler hatte einfach nur gesagt: das System - war schuld.

Dohnanyis Rede zum militärischen Widerstand, zum »Aufstand des Gewissens«, gedieh zum ungenierten Plädoyer für die Große Koalition als Dauereinrichtung für Bonn. Die Militärs waren Monarchisten? Warum nicht. Als Aufsichtsratsvorsitzender aus der Zone konnte er nicht anders, er mußte die Frage stellen, ob nicht das »>Konflikt<-Modell« der Demokratie gescheitert sei. Dohnanyi: »Und ist es nicht richtig, daß sich gerade heute, angesichts wachsenden sozialen Konfliktstoffes, demokratische Regierungen aller Nationen bemühen, die politische Entscheidungsfähigkeit ihrer Gesellschaften durch Konsens zu stärken, zum Beispiel in dauerhaften großen Koalitionen wie in den Niederlanden und in der Schweiz?«

Einmal bei der Monarchie, gab sich Dohnanyi ganz offen. Er könne sich nicht, verkündete er, »dem Urteil anschließen, Ludwig Erhards Bemühungen um ein deutsches >Gemeinschaftswerk(, also seine Überlegungen zur >formierten Gesellschaft< 1965, seien eine Art Fortsetzung deutscher vor-demokratischer Denkweisen«. Gewiß nicht, es handelte sich

vielmehr um postfaschistisches Denken, das sich die positiven Elemente eines deutschen Faschismus - wenn's geht ohne Hitler - erhalten wollte. Dohnanyi: »Da lohnt es doch, die Quellen zu studieren: Sie verraten gerade hier bei Erhard eine höchst moderne und liberale Denkweise.«

Die Quelle, die offenbart, was ein gehobener Sozialdemokrat freudig als »modern und liberal« erkennt, sprudelt in den »Gesellschaftspolitischen Kommentaren« der CDU vom Juli 1965 so: Die »Formierte Gesellschaft« bestehe »nicht aus Gruppen, die in ihren Handlungen einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen - was, längere Zeit betrieben, zur Desintegration der Gesellschaft führen muß, sondern beruht auf dem freien Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen in Unterordnung unter gesamtgesellschaftliche Ziele«. Die »Formierte Gesellschaft« soll »nicht mehr von sozialen Kämpfen geschüttelt und von kulturellen Konflikten zerrissen« sein. Ein postfaschistisches Zwangsharmonisierungsmodell, wie es in Francos Spanien und in Salazars Portugal unter der Kontrolle der Geheimpolizei für den Zustand einer scheinbaren Konfliktlosigkeit sorgte. Ein Exportmodell, auf das auch Dohnanyi wieder setzt. Erhard in seiner Rede auf dem 13. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union am 3. März 1965 in Düsseldorf: »Die Formierte Gesellschaft ... kann ... das Bild eines geeinigten Europa prägen. Sie ist darüber hinaus geeignet, eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdteils wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein. Wenn uns dieser Schritt gelingt, dann wird sich die Anziehungskraft einer so gegliederten Gesellschaft anderen Formen gegenüber als weit überlegen erweisen.«

Schon aber ist Dohnanyi wieder beim »militärischen Widerstand« - man müsse die Menschen aus ihrer Zeit verstehen, sagt er. Ja, »mangelnde Sensibilität in der Judenfrage« habe es bei einigen Männern des militärischen Widerstandes gegeben. Mangelnde Sensibilität? Und Judenfrage? Hat der wegen seiner Beteiligung am 20 Juli aufgehängte Arthur Nebe nur mangelnde Sensibilität bewiesen, als er mit seiner Einsatzgruppe nach eigener Zählung 45.467 Personen, meist Juden, liquidierte? Hat nicht auch ein ganz anderer Mann des 20. Juli, nämlich Henning von Tresckow, der mit dem Chef des Kommandostabs Reichsführer SS den Einsatz der Todesschwadronen hinter der Front besprach, nicht vielfach die Großaktionen »gegen Juden und andere kommunistische Elemente und Plünderer« abgezeichnet? Mangelnde Sensibilität? Von all dem hat auch Dohnanyi gehört, aber: »Aber aus meiner Sicht berechtigt das nicht, den Fähigkeiten und Absichten dieser Männer zu mißtrauen, nach einem gelungenen Putsch eine wirkliche demokratische Gesellschaft aufzubauen.«

Dohnanyi, der in seiner Ansprache mit maliziösen Bemerkungen nicht sparte - Goldhagen solle doch mal erklären , »warum sein Manuskript von der Havard University Press nicht zum Druck angenommen wurde« - fällt über den Berliner Historiker Christian Gerlach ebenso her wie über den »in Ton und Gemeinheit vergleichbaren Artikel«, den der Historiker David Morley in der »Süddeutschen Zeitung« veröffentlicht hatte - im beiden Fällen handele es sich »schlicht um perfide Diffamierungen« des besseren Deutschland. Gegen die er seine Argumente setzt: »Es ist sicher wichtig zu wissen, daß sich auch Signaturen von Treskow (sic!) auf verbrecherischen Befehlen finden; es wäre aber dann auch wichtig, darauf hinzuweisen, daß ein erfolgreicher Putsch nur aus dem aktiven Militär und nicht aus der Emigration möglich war.«

Es ist bezeichnend für das neue Klima im Großen Deutschland, daß kein Zuruf laut wurde, als es so hundsföttisch vom Rednerpult heruntertönte. Wußte Dohnanyi, was er sagte? Denn erstens bleibt historisch wahr, daß ein *erfolgreicher* Putsch aus dem aktiven Militär ganz offensichtlich doch nicht möglich, jedenfalls nicht wirklich gewesen ist, zweitens, daß die Emigranten auch deshalb emigrieren mußten, weil die Militärs ihren Eid auf die Republik gebrochen und in einen persönlichen Eid auf Hitler umgewidmet hatten und weil sie froh zuschauten, wie Linke ins KZ geworfen oder umgebracht wurden, wenn sie nicht in die Emigration entkommen konnten, viertens, daß sie erst dann einen ernsthaften, aber - wegen der Unfähigkeit der Generale - erfolglosen Versuch machten, Hitler zu beseitigen, als der Krieg schon verloren war. Während doch andererseits deutsche Emigranten bei den alliierten Armeen immerhin ein wenig dazu beitrugen, Nazideutschland zu besiegen.

Aber Dohnanyi kann noch mehr: »Es ist auch richtig, daß jeder Offizier - auch ein Mann im Widerstand - im Krieg Schutzmaßnahmen gegen Partisanen ergreifen mußte und daß diese überall von großer Härte waren.« Das müsse - anstelle von »ehrabschneidenden Schlußfolgerungen« eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Fakten« berücksichtigen.

Die Wissenschaft hat längst aufgearbeitet. Auch das Militärgeschichtliche Forschungsamt läßt keinen Zweifel daran, daß Wehrmacht und SS ihre Massenmordaktionen an jüdischen Kindern, Frauen und Männern als »Schutzmaßnahmen gegen Partisanen« tarnten.

Doch mit Argumenten darf man dem Festredner nicht kommen: »Denn«, so Dohnanyi, »die verläßlichste Quelle, auch der Solidarität des Widerstandes, war niemals irgendein theoretisches Gebäude, sondern immer menschlicher Anstand. Wenn es sein mußte, bis in den Tod. Diese Eigenschaft des menschlichen Anstandes, diesen >reinen Heroismus< ehren wir durch die Ausstellung, die wir heute eröffnen.«

Der Herr, der da so eifrig mit dem Wort »Anstand« jonglierte, sollte, auch wenn er sonst wenig weiß, das eine Zitat doch wenigstens kennen, das zeigt, was in Deutschland aus diesem Begriff geworden ist - eine Primärtugend für Mörder. Himmler am 4. Oktober 1943 vor SS und Polizei: »Von euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen

beisammen liegen, wenn 500 daliegen, oder wenn 1.000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei - abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwäche - anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Das ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte.«

Konkret 03/98, S. 24

Peter Hacks

Jetztzeit

1990

Nun erleb ich schon die dritte Woche
Die finale Niedergangsepoche.

Pfarrer reden in den Parlamenten.
Leipzig glaubt an einen Dirigenten.

Die Fabriken alle sind zuschanden.
Das Proletariat ist einverstanden.

Rings nur westkaschubische Gesichter.
Botho Strauß passiert für einen Dichter.

Auch die Freundin zeigt sich beinah prüde.
Von Erwerbs- und Nahrungssorgen müde,

Kann sie sich nur eingeschränkt entschließen,
Mit dem Freund den Abend zu genießen.

Freilich ich, von Schwachheit keine Rede,
Bin nicht jeder, und sie ist nicht jede,

Und so folgen dem, was ich ihr tue,
Höhepunkte, und in großer Ruhe

Sehn wir nachher beim Glenfiddichtrinken
Hinterm Dachfirst die Epoche sinken.

Konkret 03/98, S. 26

Frank Behr, Matthias Küntzel

Ropetz

Entgegnung auf Hermann L. Gremlizas Kolumne »Das Falsche im Richtigen« (KONKRET 2/98)

Es ist schon wahr: In einer »Jungle world« nimmt die Verzweiflungsrhetorik zu. Gremliza will den Laden zusammenhalten und retten, was noch zu retten ist. Seine Kolumne »Das Falsche im Richtigen« (KONKRET 2/98) geriet aber zu dem, was Hanns Eisler als »Ropetz« zu bezeichnen pflegte: Im Überschwang der Gefühle wird der Ton unrettbar verfehlt. Wenn ein Erzeugnis »Ropetz« ist, »werden weder Fragen aufgegriffen, noch wird irgend etwas verarbeitet. Als Fresko aber hat es den Zug, irgend etwas zu sagen. Solch ein Stück hält sich nicht, die Geschichte beweist es« (Eisler, 1958). Viele Kolumnen Gremlizas haben sich noch Jahre später als wahr erwiesen, dieses Fresko aber hält sich nicht.

Die ersten Worte der Kolumne sorgen für die emotionale Einstimmung, indem unverfroren Jürgen Elsässer (ein Hauptschreiber für KONKRET!) und die Autorinnen und Autoren von *Goldhagen und die deutsche Linke oder .Die Gegenwart des Holocaust* in eine Verbindung mit dem Geschichtsrevisionismus von Ernst Nolte gebracht werden: Vergeblich habe Nolte einst das Projekt gestartet, für Auschwitz Marx und die Linke verantwortlich zu machen. Jetzt aber - aufgepaßt! - »gibt es ein Projekt Linker und ehemaliger Linker, sich von ihrer Vergangenheit zu emanzipieren, indem sie entdecken, daß die eigentlichen Antisemiten >die Linken< seien.«

Mit Verlaub, Euer Ehren: Die Unterstellung, die AutorInnen von *Goldhagen und die deutsche Linke* wollten sich mit diesem Buch von ihrem bisherigen Selbstverständnis »emanzipieren«, was ja wohl nichts anderes meint als »verabschieden«, ist zu absurd, um dementierfähig zu sein. In der Absurdität steckt jedoch Tradition: Schon immer wurden Linke, die auf Fehler von Kommunistinnen und SozialistInnen aufmerksam machten, reflexhaft des Verrats bezichtigt, um der Diskussion jener Kritik enthoben zu sein.

Unser Buch geht davon aus, daß auf Marx sich nur berufen kann, wer die gesellschaftliche Wirklichkeit, die mit dem Holocaust und der massenhaften Zustimmung der Deutschen zum Holocaust in neuer Form sich manifestierte, vorbehaltlos in die eigene Analyse aufzunehmen bereit ist. Es beweist am Beispiel der Reaktion auf die Goldhagen-Studie (die wir differenziert beurteilen), daß ein Großteil der deutschen Linken diesen Ausgangspunkt ablehnt: Auf Goldhagens Thesen wurde nicht mit einer kritischen Reflexion der gängigen Erklärungsansätze für den Holocaust, sondern hauptsächlich stumm oder allergisch reagiert.

Dieses Defizit haben wir nicht mit dem Antisemitismus in der Linken erklärt, wie Gremliza suggeriert (HLG würde »in ziemlichen Schweiß geraten«, wenn er einen Antisemitismus-Vorwurf gegen KONKRET anhand unseres Buches verifizieren wollte ...), sondern mit der unerschütterlichen Parteinahme für das eigene Volk, die in den Träumen der deutschen ExilpolitikerInnen der 40er Jahre vom »anderen Deutschland« ihren Ursprung hat, und mit den familiären Beziehungen, die auch die Nachkommen mit den ExekutorInnen des Holocaust verbindet oder verband. Mit einer Linken, die der Konfrontation mit Hitlers willigen VollstreckerInnen, wie sie als erster Goldhagen im Detail porträtierte, weiterhin auszuweichen sucht, gehen wir, in der Tat, scharf ins Gericht.

Nun ist auch der KONKRET-Herausgeber nicht eben für Zimperlichkeit bekannt. Warum also sah sich Gremliza zu dem überaus erstaunlichen Ausruf veranlaßt, ausgerechnet mit *Goldhagen und die deutsche Linke* »mißbrauchten« wir die Diskussion? Der Schlußabsatz seiner Kolumne beantwortet diese Frage außerordentlich klar: Grund ist unserer Weigerung, am Antifaschismus der Sozis, der Revis und der DDR das »Richtige« herauszustreichen, für das der Autor emphatisch eine Lanze bricht: Allein »die >traditionalistisch< gescholtene Linke«, also »Kommunisten, linke Gewerkschafter und Sozialdemokraten« sowie, »mit ihren Braunbüchern und ihrem Geld, die DDR« habe in »fünfzig Nachkriegsjahren ... die >Konfrontation mit der nationalsozialistischen Vergangenheit< gesucht«. Dieser Antifaschismus sei zwar nicht ohne Makel gewesen. Wer jedoch »in der Kritik an dessen Fehlern seine Verdienste verleugnet, mißbraucht die Diskussion«.

Der schroffe Ton verweist auf das Substantielle der Differenz. Daß der Antifaschismus der genannten Formationen temporäre Verdienste bei der strafrechtlichen Verfolgung von Nazi-Tätern oder in Enthüllungen über Bonner Kontinuitäten aufweisen kann, ist der Streitpunkt nicht. Die individuelle und gesellschaftliche »Konfrontation mit der NS-Vergangenheit« hat dieser Antifaschismus jedoch nicht nur nicht befördert, sondern zielgerichtet und wirkungsvoll blockiert: Der Holocaust wurde als Fußnote, die Juden und Kommunisten als identische Opfer, der Antisemitismus als »Rassismus« und die Masse der willigen VollstreckerInnen und deren konkret-grausames Handeln nicht einmal phänomenologisch in das Blickfeld gerückt. Daß eine marxistische Antisemitismusforschung nicht stattgefunden hat, war nicht Versäumnis, sondern subjektiv gewollt und objektiv Ausdruck der Tatsache, daß derartige Forschung mit bestimmen Prämissen des Arbeiterbewegungsmarxismus nicht zu vereinbaren war.

Die Selbsterkenntnis und Konsequenz, die Tucholsky 1935 von der deutschen Linken forderte, steht hinsichtlich dieses Antifaschismus bis heute aus: »Man hat eine Niederlage erlitten. Man ist verprügelt worden, wie seit langer Zeit keine

Partei ... Nun muß, auf die lächerliche Gefahr hin, daß das ausgebeutet wird, eine Selbstkritik vorgenommen werden, gegen die Schwefellauge Seifenwasser ist.«

Selbstverständlich haben der falsche Blick auf den NS und ein mangelndes Gespür für das Ausmaß des Verbrechens sich auch politisch niedergeschlagen, wofür unser Buch Beispiele liefert. 1985 z. B. Bitburg: Als damals Helmut Kohl die Ehrung der SS-Gräber und die Teilnahme Ronald Reagans an dieser Zeremonie gegen weltweite Proteste durchgesetzt hatte, »blieb man bei der Pershing II und überließ es den über 1.200 aus allen Teilen Europas angereisten Jüdinnen und Juden, in Bitburg zu demonstrieren. Die deutsche Linke ... übte sich in Zurückhaltung, wenn die Konfrontation mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auf der Tagesordnung stand,« Gremliza, der diese Passage unseres Buches zitiert, sieht uns damit endgültig überführt: »Hier nun wird die neue Wahrheit zur blanken Lüge«, so der triumphierende Trompetenstoß, »es sei denn, es wären als >deutsche Linke< immer nur jene trotzkistischen und maoistischen Fraktionen gemeint«.

Und wie hatten 1985 die von Gremliza gelobten, in Gewerkschaft und Partei verwurzelten Nicht-Maoisten die »Konfrontation mit der NS-Vergangenheit« geführt? Jedenfalls nicht besser als der Rest: KONKRET hatte zu Bitburg (s. Heft 5/85) mit »The New Führer« aufgemacht und trendbewußt diesem Slogan einer Großaufnahme des damaligen US-Präsidenten unterlegt, da Ronald Reagan, so das Editorial, als neuer Anführer der deutschen Politik zu kritisieren sei. Weder die SED noch die Redaktion des »Neuen Deutschland« sahen sich wegen Bitburg zu einer Stellungnahme veranlaßt. Die Sozialdemokraten hatten der SS-Ehrung geschlossen zugestimmt, parteiinterne Proteste, Austritte gar, wurden nicht bekannt.

Halt, stopp. Wir »mißbrauchen« mal wieder die Diskussion. »Zu welchem Zweck«, schreibt Gremliza, »darüber braucht nicht spekuliert zu werden«, denn dies versteht sich, wie schon im Kalten Krieg so auch noch heute, von selbst. Wer die traditionelle Linke unsolidarisch kritisiert, ist Zutreiber für den Klassenfeind. Diese Rhetorik hatte zwar vor 1989 Denkprozesse in der Linken noch erfolgreich behindern können. Wer sie jedoch im Kontext einer Goldhagen-Diskussion wieder aufleben lassen will, erinnert nicht nur an den Schaffner, der im ausrangierten Eisenbahnwaggon die Notbremse zieht, sondern gibt auch zu erkennen, daß er gegen bestimmte Erkenntnisgewinne grundsätzliche Vorbehalte hat.

Die an Marx orientierte Publizistik oder Geschichtswissenschaft hat eine adäquate Analyse und Erklärung des Holocaust bis heute nicht vorgelegt. Erkenntnisfeindlichkeit ist deshalb das Merkmal, das hinter der KONKRET-Titelzeile »Die Goldhagen-Linke« steht, denn die von dem Label ausgehende Botschaft ist klar: Wer davon tunlichst die Finger nicht läßt, gehört früher oder später selbst zum (Aussteiger-)»Projekt«.

Auch »ein hoch begabter Mensch«, sagt Eisler, bringt zuweilen »Ropetz« aufs Papier. Wenn es noch eines Anlasses bedurft hätte, die Notwendigkeit einer Goldhagen-Debatte in der Linken zu begründen: Gremliza lieferte ihn.

Frank Behr ist Mitautor von »Goldhagen und die deutsche Linke« und war von 1979-1989 Mitglied der DKP. Matthias Küntzel schrieb in KONKRET 6/96 Über den Atommeiler Garching II

Anmerkung: Ich hatte mir vorgenommen, die »Antwort auf Gremliza« nicht zu kommentieren. In einem Punkt will ich es nun doch tun: Die »Zurückhaltung«, der sich KONKRET anläßlich der Ehrung von SS-Gräbern in Bitburg befleißigt haben soll, bestand außer in der zitierten (und »trendmäßig« referierten) Kolumne (in deren Mitte die Warnung der »FAZ« an »die amerikanischen Juden« stand, sich von der deutschen Linken fernzuhalten, »die ihnen da zu Hilfe eilt« und also als einzige genau das getan hat, was unterlassen zu haben ihr Küntzel et. al., unbelehrbar. immer noch einmal vorwerfen) in 30 KONKRET-Beiträgen, in denen sich Wolfgang Pohrt, Oliver Tolmein, Otto Köhler Eike Geisel, Wolfgang Schneider Philip Lopate und (in einem Interview) Ignatz Bubis mit »Bitburg« beschäftigten. Soll die beharrliche Wiederholung eines derart gezinkten Vorwurfs keinen Verdacht wecken dürfen? »Viele Kolumnen G.s haben sich noch Jahre später als wahr erwiesen. « Ob sich das Warten auch in diesem Fall noch lohnen wird?

H. L. Gremliza

Konkret 03/98, S. 27

Gegendarstellung

1. In KONKRET 2/98 wird in dem Artikel von Carola Sommer »Staatsanwälte auf Schnitzeljagd« behauptet, ich sei ein »Ex-Maoist«. Das ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß ich kein »Ex-Maoist« bin wie ich auch nie »Maoist« gewesen bin.

2. Des weiteren wird behauptet, ich habe im Forschungsverbund SED-Staat eine »Stelle auf Lebenszeit bekommen«. Das ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß ich bereits 1986 am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin eine »Stelle auf Lebenszeit« bekommen habe.

PD Dr. Klaus Schroeder

Forschungsverbund SED-Staat, FU Berlin

Der Vorschrift des Hamburger Pressegesetzes, Gegendarstellungen ohne Ansehen ihres Wahrheitsgehalts zu veröffentlichen, kommt die Redaktion hier besonders gerne nach, gibt uns dies doch die Möglichkeit, die beiden eher kursorischen Mitteilungen Carola Sommers, die Klaus Schroeder moniert, zu präzisieren.

Zu 1: Richtig ist, daß Klaus Schroeder nach eigenen Angaben nicht »Maoist«, sondern ein »Sponti-Linker« gewesen ist, der versuchte, »marxistische Erkenntnisse mit anarchistischen Gefühlen zu verbinden«. Richtig ist aber auch, daß er im Februar 1995 der »Frankfurter Rundschau« erklärte, da noch unterscheiden zu wollen, sei lächerlich: »Für uns war ein Revolutionär, wer die Revolution machte, ganz im Sinne von Che Guevara. Im nachhinein kommen mir jedoch die Nuancen zwischen Trotzkisten, Maoisten, Anarchisten etc. und ihre Auseinandersetzungen geradezu gespenstisch oder einfach lächerlich vor «

Zu 2: In der Zeitschrift »Berliner Debatte INITIAL«, Heft 4197 (S. 115), hat der Leiter der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Peter Steinbach, folgende Frage gestellt: »Warum verzichtet Staadt bei der so akribisch anmutenden Auflistung von Namen der Mitarbeiter der FU-Dokumentation ... ausgerechnet auf die Nennung von Klaus Schroeder als Mitautor dieser Dokumentensammlung, der als einer der Leiter des >Forschungsverbundes SED-Staat< im Herbst 1996 eine nun wirklich für seine Verhältnisse und Voraussetzungen vergleichsweise fürstlich dotierte >BAT-Ia< (vergleichbar C 3 mit wesentlich geringerer Lehrverpflichtung) Lebenszeitstelle erhalten hat, übrigens rückwirkend zum 1.1.1992?« Der Redaktion ist nicht bekannt, daß Klaus Schroeder darauf mit einer Gegendarstellung reagiert hätte.

Konkret 03/98, S. 28

Ralf Blendowske

Terror der Normalität
Tabu Lohnarbeit

Ralf Blendowske und Clemens Knoblach haben Viviane Forresters Bestseller »Der Terror der Ökonomie« gelesen und sind zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen gekommen

»Arbeit für Alle - schade eigentlich.«

Jürgen Becker

Auch Gespenster haben Vorfahren. Deutlich älter als der Kommunismus ist die Lohnarbeit. Sie scheint zur Zeit wieder einmal in Agonie zu liegen. Es versorgen den Pflegefall etwa J. Rifkin, der schlicht *Das Ende der Arbeit* behandelt, oder R. Kurz, bei dem es mit mehr Wertgefühl zugeht. Doch fehlte bislang eine elegantere Variante der Sterbehilfe. Die französische Autorin Viviane Forrester wollte da mittun und wurde für ihre Arbeit glänzend entlohnt. Ihre Schrift *Der Terror der Ökonomie* überrundete in Frankreich die Bestseller von Brigitte Bardot oder Johannes Paul II. Der Regisseur Marcel Ophüls überlegt sogar, Forresters Werk zu verfilmen. Ein Dia wäre da allerdings schon ausreichend. Denn in ihrem Buch findet sich nichts, was nicht schon in seinem ersten Absatz stünde: »Wir leben im Zeichen einer meisterhaften Täuschung: des Trugbildes einer untergegangenen Welt, deren Verschwinden wir mit aller Kraft zu ignorieren suchen, die eine artifizielle Politik aber zu erhalten vorgibt. Millionen Schicksale werden von einem Anachronismus zugrunde gerichtet, nur weil wir beharrlich versuchen, unser heiligstes Tabu für immer zu bewahren: das Tabu der Arbeit.«

Unter einem ökonomischen Blickwinkel schnurrt die inhaltliche Substanz ihrer weiteren Ausführungen auf wenige Thesen zusammen. Erstens: Die Ursache der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist technologischer Natur. Bei Forrester liest sich das vornehmer: »Die Kybernetik hat sich als Faktor von unabsehbarer Reichweite erwiesen, der maßgeblich verantwortlich für eine Revolution (gemeint ist das Verschwinden der Arbeit, R.B.) von weltweiten Ausmaßen ist.« Zweitens: Arbeit als wertschöpfender Faktor ist im völligen Verschwinden begriffen, ihre Träger werden nutzlos und überflüssig. Ein neuer Zivilisationstypus kündigt sich an, »dessen Fundament bereits gelegt ist, in dessen innerer Logik es liegt, daß der Lohnarbeit der Garaus gemacht, das Erwerbsleben abgeschafft und die Mehrheit der Menschen marginalisiert wird«. Drittens: Dieser Prozeß findet global statt. Eine Internationale lautloser Verschwörer führt ihn an und hat die Waffen klug gewählt: »die Macht des Geldes und nicht die Staatsgewalt«. Viertens: Der Reichtum der Gesellschaften, in denen der Kasino-Kapitalismus herrscht, erscheint als eine ungeheure Ansammlung von Derivaten und Werten.

Außerdem: Wenn die parlamentarischen Demokratien in eine ernsthafte Krise geraten, dann kommt es richtig schlimm, siehe Auschwitz. »Niemand würde es in einer Demokratie wagen zu erklären, das Leben sei kein Recht an sich, und eine Vielzahl Menschen sei einfach überflüssig. Aber wäre das in einem totalitären Regime genauso?

Hat man es nicht bereits gewagt?« Oder für die Freunde von Menschheitsfragen formuliert: »Nie war das Überleben der gesamten Menschheit derart bedroht. «

Anders als es der Titel des Buches vermuten läßt, sieht Forrester die Ursache der Misere nicht in ökonomischen Verhältnissen, sondern in der technologischen Entwicklung. Dabei bezieht sie sich auf den Begriff der technologischen Arbeitslosigkeit, ohne ihn jedoch direkt zu nennen. Der Terminus entstand wahrscheinlich in der Krise 1920/21 in den USA und wurde während der Depression 1929ff. wieder aufgegriffen. Auch heute gehört er - neben dem Mantra der überhöhten Löhne - wieder zum allgemeinen Repertoire.

Die Unterbeschäftigung führt dieser Deutungsversuch auf die Rationalisierung zurück, die in drei Varianten zu beobachten ist: a) Rationalisierung von alten Produktionsverfahren, b) neue Verfahren in alten Produktionsgebieten und c) die betriebswirtschaftliche (früher: kaufmännische) Rationalisierung. Wird angenommen, daß durch den vermehrten Einsatz von Maschinen in der Produktion der Einsatz menschlicher Arbeitskraft reduziert bzw. entbehrlich wird, so sinkt erwartungsgemäß die Nachfrage nach Arbeitskräften. Das treibende Motiv ist seit Beginn der Industrialisierung sattsam bekannt: Kostensenkung im Wettbewerb oder, für die Freunde der Mathematik: Maximierung der skalaren Größe Profit. Marxisten ist dieser Vorgang als Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals vertraut.

Daraus jedoch einen Erklärungsgrund für das vollständige Verschwinden der Arbeit abzuleiten, wirkt wenig überzeugend. Erstens gibt es auch kapital- bzw. materialsparende Rationalisierungen, und zweitens führt die Einführung neuer Produkte in der Regel zu einer Ausweitung von Beschäftigungsverhältnissen. Welche Effekte netto überwiegen, ist nicht von vornherein klar.

Unplausibel erscheint die Vermutung vom Absterben der Arbeit aber auch in historischer Perspektive. Früher war die Mechanisierung des Webens und Spinnens schuld, dann war es die Dampfmaschine, später die Automation, und heute muß der Computer herhalten, um nachzuweisen, daß die Lohnarbeit abtritt. Die empirischen Sachverhalte allerdings sehen anders aus. Trotz - oder vielleicht sogar wegen - der technologischen Entwicklungen hat die absolute Anzahl der Lohnarbeitenden wie auch der geleisteten Arbeitsstunden weltweit zugenommen. Dies gilt auch für die BRD bis Anfang der 90er Jahre. Von einem Ende der Arbeit kann bislang daher gar nicht die Rede sein, wohl aber von einem Beginn der Abwertung der Arbeitskraft, also von Lohndrückerei.

Daß das Phänomen Arbeitslosigkeit dennoch immer wieder auftritt, zeigt nur, daß die Ursachen anderswo gesucht werden müssen, weil eine Anbindung an technische Prozesse als Begründung wenig hergibt. Eine lesbare Wiedergabe der aktuellen Ansätze zur Erklärung von Unterbeschäftigung gibt etwa A. Heise in seinem Buch *Arbeit für Alle?* (Marburg 1996). Anzumerken bleibt, daß sich bei Marx außer dem hydraulischen Konzept der industriellen Reservearmee nicht viel zu diesem Thema findet. Das mag daran liegen, daß ihm der Begriff der Vollbeschäftigung fremd war.

Verweist nicht das permanente Ansteigen der Arbeitslosenquoten aber darauf, daß zumindest am zukünftigen Verschwinden der Arbeit etwas dran sein kann? Zunächst gilt die Feststellung von Niels Bohr, daß Prognosen schwierig sind - besonders für die Zukunft. Dann sollte, wer Trends exponentiell in die Katastrophe extrapoliert, dafür gute Gründe angeben können. Fehlen diese, wie in Forresters Abhandlung, so werden Prophezeiungen zu einer Frage des persönlichen Naturells. Mir gefällt Erich Kästners Variante in *Der* 35. Mai besser.

Wer zudem Arbeitslosigkeit nur noch als globales Desaster erwägen kann, verliert ihre polit-ökonomische Funktion aus dem Blick. Diese hat 1943, also in einer Zeit der Vollbeschäftigung, der polnische Ökonom Kalecki in dem Essay »Der politische Konjunkturzyklus« beschrieben: »Der Klasseninstinkt sagt den Mächtigen der Wirtschaft, daß permanente Vollbeschäftigung von ihrem Standpunkt aus >ungesund(ist und daß Arbeitslosigkeit einen integralen Bestandteil der normalen kapitalistischen Wirtschaft darstellt.« Arbeitslosigkeit als Normalfall eignet sich jedoch schlecht als Gegenstand des Literaturbetriebs.

Die häufig geäußerte Kritik, daß Forrester nichts von Ökonomie verstehe, ist bestenfalls unpräzise. Auch wenn Forrester der irrigen Meinung ist, daß der Liberalismus »sein Denksystem durchsetzen konnte, ohne es je wirklich formulieren, als Doktrin erarbeiten zu müssen«, reproduziert sie dessen grundlegende Annahmen doch recht genau. In ihrer Vision verschwindet die Arbeit und damit ihr Anteil an der Wertschöpfung. Werte werden dennoch erzeugt und zwar in den Sphären der Spekulation. Mit dieser Wertvorstellung befindet Forrester sich in guter neoklassischer Gesellschaft, die den exklusiven Anspruch des Faktors Arbeit auf Wertschöpfung stets bestritten hat. Weiterhin verliert der zentrale Begriff der klassischen Ökonomie, das Mehrprodukt, bei Forrester jeden Sinn. Mit ihm kommen die ökonomischen Interessen und das Politische der Ökonomie abhanden. Auch dieses Anliegen moderner Ökonomik wird so von Forrester bedient.

Gleichzeitig nimmt sie damit auch den systematischen Ort der Entstehung des Mehrprodukts, die Produktion, aus der Kritik; der erscheint so erneut als Privatsache. Das Zwangsverhältnis der privaten Produktion, das heute als Mobbing psychologisiert wird, kann mit jedem Arbeitslosen mehr verschärft werden. Dieses Verhältnis taucht bei Forrester noch nicht einmal oberflächlich auf Das muß der literarischen Qualität des Buches nicht schaden. Ein politisches Anliegen, das Forrester angeblich nicht hat, wird allerdings ohne das »heilige Tabu der Arbeit« nicht nachhaltig formuliert werden können.

Von Friedrich Engels stammt der Hinweis, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse in letzter Instanz durch die Ökonomie bestimmt sind. Diese eher triviale Einsicht war vielen schon immer ein Horror. Möglicherweise ist es diese Befindlichkeit, die die breite Resonanz auf ein Buch erklärt, das in seiner moralischen Empörung natürlich unanfechtbar ist.

Konkret 03/98, S. 29

Clemens Knobloch

Terror der Normalität
Optische Täuschungen

Rolf Blendowske und Clemens Knoblach haben Viviane Forresters Bestseller »Der Terror der Ökonomie« gelesen und sind zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen gekommen

Als Viviane Forresters Manifest gegen den Durchmarsch des Neoliberalismus aus Frankreich nach Deutschland kam, da vergaßen die Rezensenten, daß mit dem Buch nicht auch gleichzeitig die französischen Lebensverhältnisse nach Deutschland eingewandert waren. Der Text verlor alle unmittelbar praktische Bedeutung und nahm ein rein literarisches Aussehen an. Von einer »eloquenten Empörungsschrift« war die Rede. Man bescheinigte der alten Dame gern, sie sei im Grunde konservativ und verstehe nichts von Ökonomie, obwohl die doch im Titel des Buches vorkommt. In der grämlichen Stille der deutschen Linken fragten sich die Leser, was das Buch zu ihren jeweiligen Obsessionen beitragen könnte, und sie fanden naturgemäß nichts. Es war weder der fünfte Band des Kapital, noch wies es Antworten auf die Frage »Was tun?«. *L'horreur économique* ist das Pamphlet einer politisch-sozialen Bewegung. Es artikuliert Wut, Empörung und Selbstverständnis der Ausgeschlossenen in der französischen Gesellschaft. Zieht man die politisch-soziale Bewegung ab, deren Ausdruck das Buch ist, so scheinen nur Rhetorik, guter Wille und falsche Analyse zurückzubleiben. Aber der Schein trügt. Die deutsche Rezeption belehrt nur über das, was inzwischen hierzulande als »konservativ« gilt: das Vertrauen auf die mobilisierende Kraft empörender Tatsachen gegenüber offizieller Heuchelei.

Der größte Sieg eines politisch-sozialen Systems, so Forrester, ist die Durchsetzung öffentlicher Indifferenz. In diesem Punkt sind wir unseren Nachbarn um wenigstens eine Nasenspitze voraus. Die Masse der Exkludierten - das ist eine Begleiterscheinung der durchgesetzten Indifferenz - hat keine Stimme und keine Symbole, sie ist auch semantisch enteignet. Sie gehört nicht dazu und nirgends hin.

Thema des Buches ist die stillschweigende Übereinkunft einer (bis weit in die Endmoränen der organisierten Arbeiterbewegung hineinreichenden) Koalition, die lautlose Transformation des Kapitalismus öffentlich so zu prozessieren, als ob das Goldene Zeitalter mit Vollbeschäftigung und wachsendem Massenwohlstand durch ein paar (mehr oder weniger »schmerzhafte«) Anpassungen wiederhergestellt werden könnte. Tatsächlich war jedoch die ökonomisch-soziale »Eroberung« breiter Schichten für den kapitalistischen Massenkonsum der Motor, der die Profitmaschine des Goldenen Zeitalters am Laufen hielt. Dagegen ist die korrelative Produktion von Überfluß und Überflüssigen der neue Algorithmus, mit dem die neoliberale Profitmaschine programmiert ist. Die wachsende Zahl der (national und international) kalt Ausgesperrten wird dann im zweiten Schritt mit normalisierenden Maßnahmen überzogen, die allesamt auf die Herstellung von »Marktfähigkeit« bzw. »Wettbewerbsfähigkeit« zielen. Forrester prophezeit in diesem Zusammenhang dem Ausdruck »employabilité« eine große Zukunft. Er codiert den Zwang, profitabel für den Profit zu sein, als persönliche Verantwortung der Überflüssigen. Der Sarkasmus, mit dem Forrester darlegt, daß es die Entlassungen sind, welche die Kurse steigen lassen, und daß man doch die Entlassenen an dem Reichtum teilnehmen lassen möge, der dadurch entsteht, daß sie nicht mehr arbeiten, kommt offenbar hier nicht recht an (der deutschen Übersetzung fehlt nicht nur die politisch-soziale Bewegung als Kontext, ihr fehlt es auch an Sinn für diskursive Äquivalenz; wer sie liest, der liest ein anderes Buch!).

Demgegenüber erscheint der Aufbau eines sozialen Netzes für steuer- und risikomüde Investoren, Spekulanten und Finanzjongleure bloß als eine sozialpolitische Akzentverschiebung: Die Absicherung privater Investitions- und Spekulationsrisiken durch die »Staatengemeinschaft« (das eine erkennbar Praxis des IWF in der asiatischen Krise und das andere demnächst, mit dem MAI, auch geltendes Recht) verschiebt die »Subventionen« dahin, wo sie wirklich gebraucht werden. Weil die Zahl der notleidenden Spekulanten und Investoren insgesamt niedriger ist, fällt es nicht so ins Gewicht, wenn der Einzelfall eventuell etwas teurer kommt als in der klassischen Sozialhilfe. Schließlich handelt es sich durchweg um »forces vives«, die bei uns »Leistungsträgern heißen. Nichts geht, was nicht profitabel für den Profit ist.

Was Forrester umtreibt, das sind die Sprechblasen, die im Dreieck von schrankenloser ökonomischer Macht, politischer Anpassung an deren Vorgaben und öffentlicher Ohnmacht aufsteigen. Natürlich sind es immer die anderen, die einem durch ihre schamlos günstigen Löhne und Steuern die ruinöse Konkurrenz aufzwingen. Am Ende wird man es als großen politischen Erfolg verkaufen, wenn man den Sozialstaat zertrümmert hat (natürlich nur, um ihn zu »erhalten«, zu »reformieren«, zu »verbessern«) und die zuvor Alimentierten als Working poor wiederauferstanden sind. Es ist eine süße und unbezahlbare Möglichkeit, die Arbeit (und zwar jede Arbeit) als Privileg darzustellen. Wer diese Möglichkeit nicht nutzt, ist selbst dran schuld. Wer den privilegierten Postboten, Grundschullehrern und Krankenschwestern ans Portemonnaie möchte, der kann auf allgemeine Zustimmung rechnen. Wer sich dagegen an den »Leistungsträgern« vergreift, der gefährdet unser aller Arbeitsplätze. Das Kapital hat völlig recht mit seiner arroganten Anmaßung. Keine

Theorie, keine Gruppierung, keine ernstzunehmende Aktion stellt sich ihm irgendwo auf dem Globus entgegen. Wer wird schon Steuern auf Gewinne zahlen, wenn die Verhältnisse so sind, daß er es nicht wirklich muß?

Wen wundert es da, daß die Karten auf den Tisch kommen, wenn man unter sich ist? Und während die Nationen (und ihre »politische Klasse«) sich vor Kummer über die Arbeitslosigkeit verzehren und vor lauter Mobilisierung gegen sie nicht ein noch aus wissen, wird zwischen Staat und Privatwirtschaft ganz schnörkellos business geredet. Die Staaten wissen, bei wem sie sich schadlos halten müssen, wenn das längst steuermüde Kapital dazu übergeht, sie selbst für sich tributpflichtig zu machen. Da sie um das Wohlwollen der Investoren konkurrieren müssen, um selbst nicht auszutrocknen, werden sie gerne bereit sein, das Wohlergehen ihrer Untertanen gegen weitreichende Garantien für das Wohlergehen der Investoren einzutauschen. In einem von Forrester mehrfach zitierten OECD-Bericht heißt es, für eine langfristige »Anpassung« der Löhne sei ein höheres Niveau der konjunkturellen Arbeitslosigkeit erforderlich. Nur wo das Niveau der öffentlichen Unterstützung so niedrig ist, daß ein Arbeitsloser jede Beschäftigung annehmen muß, sind die Verhältnisse wirklich profitabel für den Profit. Offenbar fehlt es den Millionen noch immer nur am rechten Anreiz, eine sinnvolle Beschäftigung aufzunehmen.

Grämlich scheint nicht allein der große Erfolg des Buches zu stimmen. Eine Quelle der Irritation für deutsche Linke liegt auch darin, daß der ideologische »Impuls« Forresters in den faden und trostlosen Topos vom »Ende der Arbeit« zu münden scheint. Auf den folgt hierzulande reflexartig die Replik, daß doch »eigentlich« genug Arbeit da sei, sie müsse nur aufgewertet und reputierlich gemacht werden, als subventionierte Aktion Gemeinsinn gewissermaßen, worauf dann alsbald eine neue Runde beginnen kann. Aber auch das ist bloß eine Pawlowsche Reaktion und belegt, daß der schönste Satz des Buches offenbar überlesen wird. Er steht auf S. 117 und lautet: »Und grüßen wir im Vorübergehen das Projekt der >Gemeinwohlunternehmen< - kein Surrealist hätte gewagt, es zu erfinden.« Die kindliche Vorstellung, man brauche die »Arbeit« nur umzutaufen und als »Bürgerarbeit« aus dem Profitsystem herauszunehmen (mit der Ulrich Beck die »Zeit«-Leserschaft beglückt; vgl. J. Rohloff in KONKRET 2/98), gehört zum verlogenen Spiel der Politik mit den Erwartungen und Hoffnungen des Publikums. Forrester ist sie jedenfalls völlig fremd.

Das Buch handelt von den Paradoxien einer Gesellschaft, die eine florierende Ökonomie hat und ein allgemein anerkanntes Weltbild, das Ansehen und Rang nach dem Beitrag bemißt, den der einzelne zu dieser florierenden Okonomie zu leisten glaubt. Es ist dieses Weltbild, das die politischen Akteure pflegen und ausbeuten, obwohl es die wachsende Zahl der für Produktion und Realisation des Profits Überflüssigen in ein sozial-ökonomisches Niemandsland abschiebt. Die abgestufte Normalität des Wartestandes (zwischen »vermittelbar« und »schwer vermittelbar«) verliert in den Banlieus rasch an sozialer Bindekraft. In den Favelas hat sie nie welche gehabt. Ausbildung und Sozialpolitik konditionieren die Ausgeschlossenen auf die Werte der Gesellschaft, die sie ausschließt, und verlieren rasch Glaubwürdigkeit. Jeder Versuch, »Arbeit« unter diesen Bedingungen vom kapitalistischen Erwerbsmechanismus abzukoppeln, wird auf der einen Seite Zwangsarbeit sein, auf der anderen Seite ein Mittel, den Lohn weiter zu drücken, ein Mittel zur »Flexibilisierung« des Arbeitsmarktes.

Wer jede Arbeit nehmen muß, der wird die billigste bekommen. Für ein Kapital, das reisen kann, ist die Arbeit schon jetzt praktisch umsonst. Die Auswahl zwischen den Armen hier und den Armen dort macht's möglich. In Polen und Tschechien bekommt man heute einen akademisch ausgebildeten Ingenieur zu einem Preis, von dem man in Polen und Tschechien allein nicht leben kann. Aus der Indifferenz gegenüber den Marginalisierten läßt sich leicht kalter Haß auf die Überflüssigen gewinnen, zumal wenn die gezwungen werden, in den Rollen derjenigen aufzutreten, die nichts mehr zu verlieren haben.

Die Wahrheit aber kann man nicht eben schreiben, man muß sie durchaus jemandem schreiben, der damit etwas anzufangen weiß. Das ist das Problem.

Viviane Forrester: *Der Terror der Ökonomie.* Paul Zsolnay Verlag, Wien 1997, 216 Seiten, 34 Mark

---

Clemens Knobloch ist Sprachwissenschaftler an der Universität Siegen

Konkret 03/98, S. 32

Oliver Tolmein

Der Lästigkeitsfaktor

Das ins Grundgesetz aufgenommene Benachteiligungsverbot für Behinderte ist das Papier wert, auf dem es steht

Es war ein harter Kampf - aber: No pasaran und venceremos! Die Behindertenbewegung hat es schließlich, zuletzt mit der überraschenden Unterstützung des Bundeskanzlers, geschafft. Artikel 3 Absatz 3, der Gleichheitsgrundsatz der Verfassung, wurde ergänzt: »Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.« Ein Triumph der radikalen Behinderten, die es nach der Vertreibung von Bundespräsident Karl Carstens von der Eröffnungsveranstaltung für das Uno-Jahr der Behinderten 1981 schließlich doch bis zur staatlich anerkannten diskriminierten Minderheit gebracht hatten - in einer Reihe mit Frauen, Gläubigen und anderen »Rassen«. Das ließ sich auch als kleines Stück einer erfreulichen Amerikanisierung dieses Landes deuten, dem die USA in der Vergangenheit eben doch viel zu wenig wie »kolonialistische Eroberer der autochthonen Bevölkerung eines besetzten Landes« (RAF: »Erklärung zur Sache«, 1976; Friedensbewegung, Bonner Hofgarten 1983) gegenübergetreten sind.

Allerdings gilt der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes nicht zufällig als besonders komplizierte Rechtsmaterie. Und wenn deutsche Richter an Gleichheit und Benachteiligung denken, fällt ihnen dazu zunächst einmal »Willkür« ein und nicht etwa »Emanzipation«. »Willkürlich« darf eine Benachteiligung nämlich nicht sein, aber was ungleich ist, soll im Zweifelsfall auch ungleich behandelt werden. Mit dem, was die US-amerikanische Rechtsprechung, die ja auch nicht gerade den Weg zum Sozialismus ebnet, an Grundsätzen zu Benachteiligungsverboten entwickelt hat, haben die feinsinnigen Grundsätze deutscher Richter wenig zu tun. Das haben Gerichtsentscheidungen aller Instanzen in den letzten Monaten eindrucksvoll vorgeführt.

An der Spitze der Bewegung stand diesmal das Bundesverfassungsgericht, das seit seiner Kruzifix-Entscheidung ängstlich darauf bedacht scheint, keinen Unwillen mehr zu erregen. Wie es im Sommer 1997 »im Namen des Volkes« begründet hat, daß die Sonderbeschulung einer körperbehinderten Schülerin gegen ihren eigenen Willen und gegen den Wunsch der Eltern nicht nur zulässig ist, sondern auch keinerlei Benachteiligung darstellt, zeugt von der argumentativen Phantasie deutscher Juristen. Das Oberlandesgericht Köln hat die Karlsruher Richter allerdings klar ausgestochen: Weltoffen und einfühlsam, wie es sich für den postnazistischen Deutschen vor dem Eintritt ins nächste Jahrtausend gehört, stellte es zwar fest, »daß von dem >verständigen< Durchschnittsmenschen, auf dessen Empfinden es (bei Streitigkeiten um Duldungspflichten) maßgeblich ankommt, im nachbarschaftlichen Zusammenleben mit behinderten Menschen eine erhöhte Toleranzbereitschaft eingefordert werden (muß)«. Aber: »Das Toleranzgebot muß - spätestens - dort enden, wo die Unzumutbarkeit beginnt.«

Und weil die Bewohner dieses Landes empfindsame Menschen sind, was sich schon daran zeigt, daß sogar die deutschen Verbrecher sich vornehm zurückhalten, Angst, Schrecken und Unsicherheit erst mit den chinesischen Triaden, tschetschenischen Clans, der Cosa Nostra und der russischen Mafia über uns gekommen sind, sind die Grenzen der Zumutbarkeit rasch erreicht. Zu viele Flüchtlinge - unzumutbar. Zu viele Juden aus Osteuropa - nicht auszuhalten. Und erst die lauten Geräusche von Behinderten ... : »In der warmen Jahreszeit halten sie sich bei schönem Wetter regelmäßig mehrere Stunden im Freien auf. Dann geben sie auch, zwar nicht ständig, aber doch während eines nicht unerheblichen Teils der Zeit Laute von sich, die in der Nachbarschaft deutlich zu hören sind. Diese Lauteinwirkungen braucht der Kläger nicht zu dulden, da sie die Nutzung seines Grundstücks so sehr beeinträchtigen, daß sie unzumutbar sind.« Dabei sind die Laute, wie das Gericht einräumt, gar nicht besonders laut. »Bei den Lauten, die die geistig schwer behinderten Heimbewohner von sich geben, ist der Lästigkeitsfaktor besonders hoch. So empfindet auch der verständige Bürger, dessen Haltung gegenüber Behinderten nicht von falschem Wertigkeitsdenken, sondern von Mitmenschlichkeit und Toleranz geprägt ist.« Also müssen die Behinderten nicht nur leise sein, sondern auch aufhören, lästig zu sein, was sich am besten dadurch erreichen läßt, daß sie verschwinden. Nicht aus dieser Welt (dazu kommen wir später), aber doch immerhin ins Haus, und dort wird geschwiegen: »a) an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen ab 12:30 Uhr; b) mittwochs und samstags ab 15:30 Uhr, c) an den übrigen Werktagen ab 18:30.«

So schön kann Rechtsprechung sein: Während in der Öffentlichkeit (zu Recht) über Monate gestritten wird, ob es einen Verstoß gegen die Menschenwürde darstellt, Straftäter mit einer elektronischen Fußfessel in den Hausarrest zu schicken, statt fußfessellos in den Knast, wird hier wie selbstverständlich einer Gruppe erwachsener Menschen, denen nichts anderes zur Last zu legen ist, als daß sie sich anders verständigen, als es den Richtern lieb ist, nicht nur der Gang ins Freie verwehrt. Ihnen wird aufgetragen, alles zu tun, daß »verständige Durchschnittsmenschen« sich nicht mehr von ihnen belästigt fühlen: »Die Wahl der dazu geeigneten Mittel bleibt dem Betreuungspersonal überlassen.« Und die Richter attestieren sich und denen, die die Zwangsmaßnahmen veranlaßt haben, »Toleranz« und »Mitmenschlichkeit«.

Hierzulande wird eben nicht nur effizient und voller Engagement gegen »andere« vorgegangen - die Aggression soll auch noch als humanistischer Akt, als tätiges Mitleid verstanden werden. Das ist der deutschenrechtlich zu schützende

Rassismus mit menschlichem Antlitz. Die zugrundeliegende Überlegung hat, wenngleich nicht ganz so deutlich in Worte gefaßt, auch die Abschaffung des Asylrechts bewirkt: Die Flüchtlinge hatten wegen Lästigwerdens ihr Grundrecht verwirkt. Und Tag für Tag wird der Rechtsgedanke der Kölner Richter nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch auf der Straße praktisch: Ausländer nerven, Ausländer raus! Oder wenigstens ins Krankenhaus.

Daß diese Haltung allen beschwörenden Worten zum Trotz als Rassismus gedeutet werden muß, ist trotzdem manchen aufgegangen. Und einige haben sich sogar empört. Am Stammtisch. In den Kommentarspalten. Sonstwo. Ein ganzes Bier lang. Manche über 200 Zeilen. Und nicht wenige sogar noch am übernächsten Tag. Und dann gab es wieder Wichtigeres als Laute von Behinderten und deren Unzumutbarkeit. Die Kostendämpfung im Gesundheitswesen z. B.: 200.000 DM Behandlungskosten muß die Solidargemeinschaft aufbringen, wenn ein Kind mit Behinderungen geboren wird. Kosten, die wir lieber sparen würden. Nicht weil wir was gegen Behinderte hätten, aber daß Kinder mit Behinderungen einen »Schaden« darstellen können, der hätte vermieden werden sollen, hat schließlich auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt (siehe KONKRET 2/98). Außerdem: »Pfuscharbeit« darf sich nicht länger lohnen (»Taz«).

Also begeben sich die Krankenkassen unter allgemeinem Beifall auf die Suche: Wo ein behindertes Kind ist, ist auch ein Schuldiger, der zur Kasse gebeten werden kann. Ein Gedanke, der schließlich auch im Asylrecht erfolgreich umgesetzt wird: Dort sind es die Fluggesellschaften, die Flüchtlinge abtransportiert haben und dafür zahlen müssen. Hier ist es der Arzt. Es ist die zivile Form der Konfliktlösung. Sie schafft keine national befreiten Zonen. Menschlichen Ballast will sie aber gleichwohl beseitigen. Wenn wir schon nicht ganz unter uns sein können, sollen »die anderen« sich wenigstens bemühen, uns nicht aufzufallen. Allein ihr Dasein ist lästig. Im Namen des Volkes. Und im Vertrauen darauf, daß das Volk es auch weiterhin schon richten wird.

Konkret 03/98, S. 33

Horst Pankow

Mehrerlei Wahrheiten

Daniel Cohn-Bendit, der Sonderberichterstatter einer nach Algerien gereisten Delegation des Europäischen Parlaments, will die algerische Regierung für die Massaker der islamistischen Terroristen verantwortlich machen

»Wir alle haben erfahren, daß es nicht nur eine Wahrheit gibt«, sprach Daniel Cohn-Bendit im Dezember 97 vor dem Menschenrechtsausschuß des Europäischen Parlaments. Der frischgebackene »Sonderberichterstatter« einer EP-Delegation, die im Februar vier Tage in Algerien weilte, um Empfehlungen für geplante Assoziationsverhandlungen der EU zu erarbeiten, wollte damit nicht zum wiederholten Male seine Erleichterung über das Ende der »großen Erzählungen« oder ähnlicher, einst den Drang der Ehrgeizigen hemmenden »Gewißheiten« bekunden. Längst ging es darum, die neuen Freiheiten als selbstverständliche vorzuführen. Cohn-Bendit erlaubte es sich denn auch, eilends aus dem Habit des Stammtisch-Politikers (»wir alle«) in die Rolle des Sonderstaatsanwalts zu schlüpfen: »Es gibt Beweise, daß die algerischen Machthaber gegen den Terrorismus kämpfen«, erläuterte er den versammelten Menschenrechtlern und stellte damit klar, wer der eigentliche Delinquent in dieser Untersuchung sein sollte. »Aber« fuhr er fort, »es gibt keinen Rechtsstaat.« Da werden wohl alle einverständig genickt haben.

Wo es nicht nur eine Wahrheit gibt, kann man sich die nützlichste aussuchen und sie anderen zur Weiterverwendung empfehlen. Kaum hatte die europäische Delegation algerischen Boden betreten, offerierte sie schon »eine Liste mit den Namen von mehr als 30 Verschwundenen und bat um Aufklärung ihres Schicksals« (»FAZ«). Unnötig zu erwähnen, daß es sich bei dieser Liste nicht um von Islamisten Ermordete - deren Zahl inzwischen auf 80.000 bis 100.000 geschätzt wird - handelt, sondern um der Beteiligung an ebensolchen Morden Verdächtige. Unnötig auch zu erwähnen, daß jedes einzelne *Verschwinden* ein nicht zu rechtfertigendes Staats-Verbrechen darstellt. Es ist allerdings keineswegs zynisch, wenn man die Verbrechen des Staates angesichts der fortwährenden Massaker der Islamisten nicht für das derzeit dringendste Problem der algerischen Gesellschaft hält.

Doch der Besuch der EP-Delegation sollte nun mal - zumindest nach dem Willen ihres »Sonderberichterstatters« - in erster Linie der Denunziation des noch zu großen Teilen laizistischen Staates dienen. Dafür spricht, daß die Liste der Verschwundenen Vertretern des algerischen Parlaments überreicht wurde und nicht der für das Schicksal Verhafteter verantwortlichen Exekutive. So sollte der Eindruck erweckt werden, die Regierungskoalition sei selbst treibende Kraft bei dem permanenten Blutbad. Dieser Eindruck wurde zur gleichen Zeit durch Berichte in deutschen Medien über Menschenrechtsverletzungen durch Organe des algerischen Staates unterstützt, die sich auf Veröffentlichungen der US-amerikanischen Human Rights Watch beriefen.

Ebenso gut getimet wie diese Berichte war auch der Beginn der Parlamentarierreise. Bewußt wurde er auf den 6. Jahrestag des Abbruchs der Wahlen, die 1992 der FIS einen erschreckenden Erfolg beschert hatten, gelegt. Auch dies ein Ausdruck der Freiheit, zwischen verschiedenen Wahrheiten wählen zu können. Die Wahrheit der mangelnden demokratischen Legitimation der - inzwischen allerdings mehrfach demokratisch bestätigten - algerischen Regierung verdeckte so die Wahrheit der Islamisten. Es war einfach nicht von Interesse, daß deren in den letzten Jahren praktizierte Umsetzung der Schariah bereits im Wahlkampf verkündet worden war. Um die Jahreswende 1991/92 proklamierte beispielsweise der ehemalige SS-Freiwillige, spätere Unabhängigkeitskämpfer und heutige FIS-Funktionär Mohammedi Said: »Wir sind bereit, um dieses Land zu gesunden, zwei Millionen seiner Einwohner zu liquidieren.« Schon im Januar 1990 hatte der von deutschen Medien als »gemäßigt« und »moderat« titulierte Islamist Abassi Madani einen wesentlich höheren Blutzoll angekündigt: »Wir sind bereit, zwei Drittel der algerischen Gesellschaft zu opfern, um dem übriggebliebenen Drittel zu erlauben, erfolgreich auf dem Weg Gottes zu schreiten.«

Eben diesen Madani, der im vergangenen Herbst aus dem Gefängnis entlassen, doch bald darauf unter »Hausarrest« gestellt worden war, hatte Cohn-Bendit sich zum Gesprächspartner auserkoren. Zu dem Treffen sollte es jedoch aufgrund der »von algerischen Behörden auferlegten Beschränkungen« (»Taz«) nicht kommen. Dafür kam eine Zusammenkunft mit Abdenour Ali Yahia, dem Vorsitzenden der »Algerischen Liga für Menschenrechte« (LADH), zustande, was als ein weiteres Dokument der Freiheit, zwischen verschiedenen Wahrheiten wählen zu können, gewertet werden muß. Denn seit 1989 verfolgt Yahias vier Jahre zuvor gegründete »Liga« einen islamistischen Kurs, der westlich-demokratisch orientierten Aktivisten die weitere Mitarbeit unmöglich machte und zur Gründung eigenständiger Menschenrechtsorganisationen führte. Der islamistische Rechtsanwalt gilt heute als legaler Strohmann der FIS und deren inoffizieller Emissär für Verhandlungen mit der Regierung. Yahia überreichte der Delegation vor laufenden Kameras eine Einladung der FIS. Zur Überraschung der versammelten Medienvertreter und vor allem zur Brüskierung Cohn-Bendits zerriß allerdings der Delegationsleiter André Soulier die Einladung sofort nach ihrer Entgegennahme.

Diese Reaktion des konservativen Soulier warf ein Schlaglicht auf die ganz und gar nicht einheitliche Haltung der Delegierten, die durchaus die widersprüchliche Haltung der westlichen Führungsmächte gegenüber dem islamistischen

Machtanspruch repräsentiert. Weitgehende Einigkeit bestand offenbar darin, die Delegationsreise informell in die Sitzung einer internationalen Untersuchungskommission umzufunktionieren und damit die algerische Souveränität zugunsten einer europäischen Zuständigkeit in Frage zu stellen. Doch während Soulier, der als Anwalt bereits in den frühen 60er Jahren FNL-Sympathisanten gegen die französische Kolonialjustiz verteidigt hatte, Kontakte zur FIS aufgrund ihres offenkundig barbarischen Charakters kategorisch ablehnt, fordert sein Stellvertreter, der österreichische Sozialdemokrat Hannes Swoboda, ebenso kategorisch den »Dialog mit der FIS«. Er befindet sich damit in Übereinstimmung mit einem gewichtigen - derzeit vor allem von Deutschland und Großbritannien repräsentierten - Teil der europäischen Meinungsbildner, die den Islam als Ordnungs- und Stabilitätsfaktor schätzen, aber noch Probleme haben, die islamistische Praxis als rechtsstaatlich korrekt zu definieren. Für dieses Unterfangen wird die Hilfe gleichermaßen erfahrener wie skrupelloser Zeitgenossen benötigt. Wer sollte dafür geeigneter sein als ehemalige Linke, zu deren Referenzen die Rechtfertigung auch der brutalsten politischen Projekte zählt?

Daniel Cohn-Bendit, »der offen für eine Beteiligung der verbotenen FIS am politischen Geschehen eintritt« (»FR«), ist dafür der richtige Mann. Wer in der Lage war, die moslemische Staatsgründung in Bosnien in ein »multikulturelles« Unternehmen umzulügen, vermag mit Blick auf Algerien auch, wovor deutsche Offizielle noch zurückschrecken: »Täter und Opfer zu verwechseln« (Außenamts-Staatssekretär Hoyer laut »Tagesspiegel«). Cohn-Bendit bevorzugt ebenso wie ein großer Teil des deutschen Meutenjournalismus die Interpretation der islamischen Schlächtereien als staatlich inszeniert und bezieht darin auch die von algerischen Linken initiierten Selbstverteidigungsgruppen mit ein. In der »Taz« trat ihm am 12. Februar der Ex-Pol-Pot-Fan Christian Semler zur Seite und setzte die Islamisten osteuropäischen Dissidenten der Vorwendezeit gleich. Den algerischen Hinweis auf die NS- bzw. Kolonialvergangenheit der europäischen FIS-Anhänger weist er als »nationale Sippenhaft« zurück. Mehr als eine Wahrheit? Deutsche Aufsteiger entscheiden sich stets für die Blut-und-Boden-Version.

Konkret 03/98, S. 34

Ralf Schröder

Falsche Vasallen

Zagreb im Rücken, Bagdad voraus: Die Einheitsfront gegen die amerikanische Irakpolitik fordert mehr Bonner Courage. Schon wieder zu Unrecht

Am 9. Februar erschienen zwei Berliner Tageszeitungen mit Schlagzeilen, die dokumentieren, daß die aktuelle Kritik an der Irak/Nahost-Politik der USA jenen alldeutschen Verstand aktiviert hat, der zu Zeiten der Operation »Wüstensturm« für eine pazifistisch-behutsame Eindämmung bzw. Hinnahme der israelfeindlichen Annexionspolitik Saddam Husseins warb: Die traditionskommunistische »Junge Welt« stellte erfreut fest, daß die »US-Boys allein am Golf aufmarschieren müssen, die linksliberale »Taz« kam zu einer anderen Einschätzung und beklagte ganz gleichgesinnt: »Der Kanzler will mitgolfen«.

Ob und in welcher Gesellschaft die USA marschieren, stand bei Redaktionsschluß dieses Heftes noch nicht fest, aber die Frage verliert an Belang, sobald man sich die Phalanx der Friedenskräfte vergegenwärtigt, die gegen eine militärische Intervention der USA opponieren: Boris Jelzin warnte, ein US-Angriff könne zu einem »Weltkrieg« führen; nach der Münchner Sicherheitstagung vom 7./8. Februar, auf der nervöse Amerikaner energisch die Solidarität der kontinentaleuropäischen Nato-Großmächte einforderten, stellte die Deutsche Presseagentur fest: »In München gerieten die Nato-Partner so deutlich wie wohl noch nie aneinander.«

Die verdeckte Sabotage an der amerikanischen Irak-Politik wird von einer Koalition betrieben, der neben Saddam Hussein zur Zeit mindestens Frankreich, Deutschland, China und Rußland angehören - eine beträchtliche Kumulation wirtschaftlicher, militärischer und politischer Stärke, die die Hegemonie der imperialistischen Führungsmacht ausgerechnet dort auf die Probe stellt, wo sie von besonderer Bedeutung ist: Die Staaten der Golfregion produzieren nichts, was auf dem Weltmarkt zur ernsten Konkurrenz werden könnte, kaufen aber viele Waffen, Stahlwerke, Lebensmittel, Chemiefabriken und Autos - bezahlt wird mit Öl. Die Regimes sind stabil, solange sie die Repression nicht übertreiben, den handwerkelnden Mittelstand am Leben lassen und die Bedürfnisse der Bevölkerung mit Einnahmen aus dem Ölgeschäft alimentieren. Rechnet man hinzu, daß Öl ein strategischer Rohstoff ist und daß auch die geographische Lage der betreffenden Staaten politische Auswirkungen haben kann, die beispielsweise die Errichtung von Militärstützpunkten erforderlich machen, ist die »geostrategische Bedeutung« fertig.

Staaten mit geostrategischer Bedeutung sind umworben. Nachdem die iranischen Islamisten seinerzeit der Feindschaft der USA sicher sein konnten, nahmen sie die von Bonn und Paris angebotene Freundschaft gerne an. Letztere litt auch nicht, als Deutschland und Frankreich im ersten Golfkrieg Irans Kriegsgegner Irak mit Kampfstoffen aller Art belieferten, genausowenig wie nun die Sympathie zwischen Saddam und den Diplomaten an Rhein und Seine Schaden nehmen würde, gelänge es den Amerikanern, Franzosen und Deutschen die Befürwortung oder Unterstützung militärischer Aktionen abzupressen. Jüngst hat die US-Regierung demonstrativ die historischen Leistungen der iranischen Nation gewürdigt: Das läßt womöglich auf die späte Einsicht schließen, daß eine gewaltbereite Blockadepolitik unter Bedingungen, die der entfesselten Konkurrenz zwischen den mächtigsten, einigen großen und vielen regionalen Imperialisten förderlich sind, dem flexibel agierenden Rivalen nutzen kann, der bei Bedarf auf Pazifismus macht. Genau das ist den USA im Irak passiert.

Nach Beendigung der »Operation Wüstensturm« hatte Washington auf eine Doppelstrategie zum Sturz Saddams gesetzt. Zum einen sollte die strikte Durchführung des Mitte 1991 begonnenen Embargos die innere Legitimation der Hussein-Mannschaft drastisch schwächen, gleichzeitig plante Washington, aus den Kreisen der irakischen Opposition eine US-hörige Elite zu rekrutieren, die nach Saddams Sturz die Präsidentenpaläste übernehmen sollte. Beides ging schief. Die Embargo-Politik ist gescheitert, und die Kurdengebiete, die den US-Behörden als Operationsbasen innerhalb des Iraks dienten, sind dem Einfluß der Amerikaner vollständig entzogen.

Das ging so: Mit Beendigung des 2. Golfkriegs wurden die nordirakischen Kurdengebiete als »Schutzzonen« dem Hoheitsgebiet Bagdads entzogen, in der Folge etablierte sich dort ein Netz - zunächst vorwiegend amerikanischer - Hilfsorganisationen, deren Mittel bis zu 80 Prozent des regionalen Wirtschaftsvolumens ausmachten und die deshalb als informelle Machthaber fungieren konnten. Die Verteilung der Hilfsmittel lief wesentlich über die großen kurdischen Interessenverbände KDP und PUK, die - obwohl als Parteien konstruiert - nichts weiter als die bandenförmige Vertretung reaktionärer Lokalfürsten darstellen, durch eine langerprobte wechselnde Anbindung an Bagdad, Teheran oder Ankara aber als regionale Machtfaktoren ins Kalkül gezogen werden müssen. Die Möglichkeit, angesichts der offenen Situation relativ preiswert politischen Einfluß zu akquirieren, rief von 1992 an auch europäische Hilfsorganisationen auf den Plan, wobei deutscherseits der KDP-Führer Barzani konsequent favorisiert wurde: Bonn half bei der Finanzierung der in St. Augustin residierenden KDP-Vertretung, und als - beispielsweise - in der ersten Hälfte des Jahres 1996 1,6 Millionen Mark des

Auswärtigen Amtes zur Verteilung anstanden, erhielten Rotkreuzorganisationen die Hälfte, während 688.000 DM direkt in die von Barzani kontrollierten Gebiete flossen.

1994 schlug die Konkurrenz um Ressourcen aus den Hilfsprogrammen in einen offenen Krieg zwischen Barzanis KDP und Talabanis PUK um. Das Embargo wurde zunehmend unterlaufen, u. a. durch einen schwunghaften illegalen Handel über die irakisch-türkische Grenze, bei dem beträchtliche Mengen irakischen Rohöls und Diesels exportiert wurden. Gleichzeitig begann in Europa und Rußland - mit dem öffentlichkeitswirksamen Verweis auf die Verelendung der irakischen Bevölkerung und unter Beteiligung erprobter Antiimperialisten - die Agitation für eine offizielle Lockerung des Embargos. In einer Pressemitteilung der NRW-Grünen über eine Reise des Anti-Golfkriegsaktivisten Sigfried Martsch nach Bagdad hieß es: »Martsch sprach sich in allen Treffen für die Aufhebung des Embargos aus, da dieses keinen positiven Zweck mehr erfülle. Es diene lediglich den wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA.«

Daß die Gegenspieler der USA auf eine Rehabilitierung des Saddam-Regimes setzen, wurde derweil immer deutlicher: Bereits 1993 präsentierten irakische Diplomaten Verträge über 4,5 Milliarden Dollar, die nach Aufhebung des Embargos in den Wiederaufbau von Wirtschaft und Infrastruktur fließen sollten. Seit 1994 handelten europäische und russische Konzernmanager in Bagdad reihenweise entsprechende Abmachungen aus, im März 1997 kaufte die Moskauer Regierung für 3,5 Milliarden US-Dollar die Förderrechte für ein Ölfeld bei Basra, im Juni bekam China den Zuschlag für das Ölfeld al-Ahdab.

Der endgültige Zusammenbruch der US-Strategie erfolgte im Sommer 1996. Im Juli stimmten die USA - auch unter dem Druck einheimischer Firmen - als letzter der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten einer Embargolockerung zu, die es dem Irak erlaubte, halbjährlich 01 im Wert von einer Milliarde US-Dollar zu veräußern. Das »food for oil«-Programm sollte der humanitären Versorgung der Bevölkerung dienen. Zwei Monate später marschierten überraschend irakische Regierungstruppen - als Bündnispartner Barzanis - in die bis dahin von Talabanis PUK-Verbänden gehaltene kurdische Stadt Arbil ein, Mitglieder der US-freundlichen Opposition wurden verschleppt oder gleich an Ort und Stelle erschossen. In einer Blitzaktion mußten die Amerikaner einige tausend Kurden und Araber - meist Mitarbeiter von US-Hilfsorganisationen - evakuieren, die von der hiesigen Presse sogleich rundweg als CIA-Leute identifiziert wurden. Als die US-Regierung den Coup Saddams militärisch beantworten wollte, verweigerten Saudi-Arabien, die Türkei und auch Kuwait die Erlaubnis zum Einsatz der dort stationierten US-Einheiten. Im UN-Sicherheitsrat stieß die Forderung von US-Außenminister Christopher, die Embargo-Lockerungen zu revidieren, auf taube Ohren, diplomatische Interventionen der US-Regierung fanden kein Gehör. Im Oktober mußte Clinton auf Druck der amerikanischen Öffentlichkeit weitere 4.000 gefährdete Kurden aus dem Nordirak evakuieren lassen.

Die neuen Verhältnisse beschrieb Thomas Uwer, Mitglied der Hilfsorganisation Wadi e. V, bereits im April 1997 in der Zeitschrift »ak«: »Beim Einmarsch irakischer Regierungstruppen in Arbil wurden nahezu sämtliche Operationsstrukturen der CIA und der US-nahen irakischen Opposition zerstört. Der Zusammenbruch der US-amerikanischen Irakpolitik hat den am stärksten involvierten Geberländern Frankreich und Deutschland die Hegemonie im Nordirak beschert. Erstmals besitzen sie die uneingeschränkte Option auf ein Gebiet, das strategisch für den gesamten Nahen Osten relevant ist, ohne an die Direktiven einer US-amerikanisch dominierten Politik gebunden zu sein. Ein Umschwenken Deutschlands und Frankreichs und damit die Zurücknahme ihrer Unterstützung für Hussein hätte dessen und Barzanis Coup im Nordirak vereitelt. Da dieser Coup aber zuallererst einer gegen die USA war, kann Hussein sich seiner Partner gewiß sein. Als Option bleibt den USA lediglich noch eine militärische Intervention ... « - und die treibt derzeit die deutschen Pazifisten auf die Palme.

Keine deutsche Zeitung, in der nicht genüßlich die »Trümmer« der amerikanischen Irak- bzw. Nahostpolitik besichtigt werden, in keiner Zeitung fehlt die verlogene Warnung, daß ein US-Militärschlag nur die Popularität Saddams steigern würde, keine Redaktion, die nicht vorsorglich die arabischen Massen entdeckt, die bei einem Angriff auf Bagdad revoltieren könnten. Daß Blätter wie die »Hamburger Morgenpost« und die »FAZ« in der Diskussion über völkerrechtliche Aspekte anführen, im Falle Israels hätten die USA noch jede Verletzung von UN-Resolutionen geduldet, tut zwar nichts zur Sache, trägt aber zur Erhellung der Situation bei: In der Forderung, den Giftgasmörder Saddam zu schonen, scheint jenes antisemitische Ressentiment auf, das immer schon die deutsch-arabische Freundschaft anfeuerte.

Die publizistische Front, die hinter dem Expansionskurs des deutschen Imperialismus steht, wird durch jene Blätter komplettiert, deren imperialismuskritische Reflexe - spätestens seit dem national begründeten Kampf gegen Pershing II - eine religiöse und zur Analyse weder gewillte noch fähige Wahnform annehmen, sobald die Hegemoniepolitik der USA zur Debatte steht. Die »Taz« prangert die »blinde Vasallentreue« der Kohlregierung an, die »junge Welt«, deren Insassen Clinton nur noch als »Billy the Kid« wahrnehmen, sieht die Interessen der amerikanischen »Weltenlenker« ausgerechnet in dem Augenblick zum »universellen Gebot« erhoben, in dem sie von einer rivalisierenden Allianz nachdrücklich in Frage gestellt werden. Die DKP-eigene »UZ« wirft Bonn vor, »in vorauseilendem Gehorsam den Kriegskurs des amerikanischen Präsidenten zu unterstützen«, der natürlich »abenteuerlich« ist - so nennt man in der DKP alles Unbegriffene. Das »Neue Deutschland« höhnt: »Ein hehrer Völkerkrieg wird's allerdings diesmal nicht werden, bloß ein isolierter Terrorakt.«

Der Verblendung, in der die eigene Herrschaft stets als Opfer oder - schlimmstenfalls - Mitläufer fremder Großverbrecher erscheint, hat Jochen Hippler im »Freitag« die Krone aufgesetzt: »Angesichts der heiklen Lage im Nahen Osten und des Leidens der irakischen Zivilbevölkerung läßt sich von der vielzitierten >Verantwortung< deutscher Außenpolitik ganz offensichtlich am leichtesten reden, wenn man auf eine eigene Außenpolitik vorsichtshalber verzichtet.« In Zagreb gibt's Leute, die können das bezeugen.

Konkret 03/98, S. 36

Daniel Dockerill

Volkstümelnde Ignoranz

Über das mißverstandene »Mißverständnis« des Herrn G. Eine Entgegnung auf Klaus Gietingers Beitrag zur Stalinismus-Debatte (»Das Mißverständnis«, KONKRET 10/97)

Der Möglichkeiten, Marx nicht zu verstehen, sind sicherlich viele. Der Stalinismus, der die vom Marxschen Materialismus aller bloß philosophischen Bearbeitung entrissene und damit wissenschaftlicher Erforschung erst zugänglich gemachte Geschichte in bequeme geschichtsphilosophische Raster zurückverbannte, ist nicht die einzige und längst nicht mehr die interessanteste. Lehrreicher sind da mittlerweile Betrachtungen wie die von Klaus Gietinger (im folgenden: Herr G.) in KONKRET 10/97, der in die Rolle des Anwalts einer undogmatischen Geschichtsschreibung schlüpft, um es den bösen Dogmatikern, die schon ausgemacht sind, bevor das erste geschichtliche Faktum zur Debatte steht, einmal richtig zu zeigen. Lernen können wir aus ihnen u. a., daß stalinistische Geschichtsphilosophie auf ihre Weise ein gewisses Bedürfnis bloß bedient, nicht etwa in die Welt gesetzt hat.

Die Bolschewiki, behauptet Herr G., seien, soweit sie sich auf Marx beriefen, einem Mißverständnis aufgesessen, weil Marx in bezug auf Rußlands Weg zum Sozialismus Volkstümler gewesen sei. Wie die Volkstümler, so habe auch Marx das in Rußland vorherrschende gemeinsame Eigentum am Boden, der unter den Mitgliedern der Dorfgemeinde in regelmäßigen Abständen zur individuellen Bebauung neu verteilt wurde, als Ausgangspunkt einer sozialistischen Erneuerung Rußlands angesehen. Zum Beweis führt Herr G. Marxens Antwort (sowie deren Entwürfe) auf eine Anfrage der Volkstümlerin (und späteren Marxistin) Vera Sassulitsch an, die um eine Erläuterung der Behauptung russischer »Marxisten« gebeten hatte, die Ablösung des Gemeineigentums am Boden durch kapitalistisches Privateigentum sei auch in Rußland unvermeidlich. Marx distanzierte sich von besagten »Marxisten« und verwies darauf, daß er zum einen die Unvermeidlichkeit der im *Kapital* beschriebenen sogenannten ursprünglichen Akkumulation ausdrücklich auf Westeuropa beschränkt, zum anderen diese die Verwandlung des auf eigener Arbeit beruhenden *Privateigentums* in kapitalistisches zum Inhalt habe. »Bei den russischen Bauern würde man im Gegenteil *ihr Gemeineigentum in Privateigentum umwandeln.«* Ohne weitere Erläuterungen erklärt sich Marx schließlich »davon überzeugt, daß diese Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands ist«.

An dem Brief fällt zuerst seine lakonische Kürze auf - besonders, wenn man ihn mit den drei Entwürfen vergleicht, die Marx dazu verfaßt hatte und worin das Für und Wider der Varianten des weiteren Schicksals der russischen Dorfgemeinde recht detailliert dargestellt und abgewogen wird. Es scheint fast so, als hätte sich Marx in dem schließlich abgesandten Brief dafür entschieden, sich lieber nicht allzusehr in die Karten schauen zu lassen. Wie dem aber auch sei - es gibt nichts zu deuteln an Marxens seinerzeitiger Parteinahme für die russischen Volkstümler gegen solche »Marxisten«, die den kapitalistischen Weg Rußlands in irgendwelchen angeblich von Marx entdeckten geschichtlichen Universalgesetzen beschlossen wähnten.

Im Jahre 1881, als Marx seinen Brief an Vera Sassulitsch schrieb, hatte in Rußland ein modernes Proletariat zwar wohl bereits in schwachen Ansätzen sich herauszubilden begonnen, aber noch kaum Anzeichen einer selbständigen Klassenbewegung gezeigt - nicht einmal theoretisch. Plechanows Gruppe »Befreiung der Arbeit«, die erste Vereinigung von russischen Revolutionären, die eine besondere Rolle der modernen Lohnarbeiterklasse in der sich ankündigenden Revolution anerkannte, bildete sich erst zwei Jahre später; Vera Sassulitsch gehörte zu ihren Gründungsmitgliedern. Der 1875 gebildete und noch im selben Jahr von der Polizei zerschlagene südrussische Arbeiterbund sowie der drei Jahre später gegründete Nordbund russischer Arbeiter begriffen die »arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land« noch als eine Schicksalsgemeinschaft und standen ganz unter dem theoretischen Einfluß der Volkstümler. Allerdings kündigte sich mit ihnen jene Wende an, die sich dann in den achtziger und mehr noch in den neunziger Jahren vollzog.

Das Erwachen des russischen Proletariats zum Selbstbewußtsein, das Hervortreten einer selbständigen Arbeiterbewegung als neuer sozialer und politischer Kraft auch in Rußland änderte die Dinge entscheidend. In zweifacher Hinsicht. Zum einen war damit ein nicht bloß allmählicher, sondern sprunghafter Aufschwung des Kapitalismus in Rußland manifest geworden - ohne die von Marx und Engels erwartete, von den Völkstümlern herbeigesehnte allgemeine Volkserhebung zum Sturz des Zarismus. Zum anderen hatte damit der Sozialismus in Rußland neben den passiven Resten seiner von Herrn G. geadelten »plebejisch-archaischen« Basis eine, wenn auch noch schwache, neue Basis in den sich entwickelnden modernen Produktionsverhältnissen selbst erhalten, die nicht mehr, wie jenes bereits schwer angeschlagene Rudiment eines ursprünglichen Kommunismus, völlig abhängig war von bestimmten äußeren Umständen.

Das Ausbleiben der Revolution und die zugleich rasant sich verändernden sozialen Bedingungen des revolutionären Kampfes in Rußland sind natürlich an dessen volkstümlicher Avantgarde nicht spurlos vorbeigegangen. Während deren einer Teil dahin tendierte, seinen Zielen die revolutionäre Spitze zu nehmen und sich stärker an den Liberalismus anzulehnen, suchten jetzt die Radikaleren unter den Volkstümlern (darunter die »besorgte Frau« Sassulitsch), Theorie und

Programm der weiterhin für unausweichlich angesehenen Revolution der offenkundigen Veränderung ihrer Voraussetzungen anzupassen. Es waren also nicht irgendwelche den »Volkstümler Marx« mißverstehende marxistische Aliens, »urbane Menschen ... mit null Verständnis für Dörfer«, die mit fremden Dogmen einer echt-russischen revolutionären Volkstümelei in die Quere gekommen wären, sondern diese selbst brachte an einem bestimmten Punkt ihrer Entwicklung das »Mißverständnis« hervor, daß die Arbeiterklasse und nicht eine von revolutionären Volkshelden angetriebene bäuerliche Plebs Rußland aus seinem Elend befreien und zum Sozialismus führen werde. Und nicht Lenin, Trotzki und die vielen anderen russischen Sozialdemokraten der späteren Jahre, sondern die russischen Arbeiter in ihrem blanken Dasein als proletarisierte industrielle Arbeiter, d.h. als kapitalistische Lohnarbeiter, und schlimmer noch: Mütterchen Rußland, indem es nämlich allzu entschieden die kapitalistische Richtung einschlug, hätten demnach die von Herrn G. kolportierte Marxsche Vorsehung mißverstanden.

Marx freilich, hätte er diese Wendung der Dinge noch erlebt, hätte sie mit Sicherheit als erhebliche Änderung der Geschäftsgrundlage seiner Uberlegungen in bezug auf Rußland gewürdigt, gerade weil er den empirisch feststellbaren Tatsachen für seine Beurteilung geschichtlicher Prozesse und Konstellationen vor aller Geschichtsphilosophie immer den Vorrang eingeräumt hat. Herr G., umgekehrt, reklamiert gegen die russischen Revolutionäre von 1917 die geschichtliche Besonderheit Rußlands in den siebziger und frühen achtziger Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts, indem er von der empirisch konstatierbaren geschichtlichen Entwicklung abstrahiert, die Rußland in der Zeit danach bis zur Oktoberrevolution durchlaufen hat. Damit hat er aber nicht nur die zeitbedingte Marxsche Beurteilung der Aussichten Rußlands im Jahre 1881 - die sie bedingenden konkreten Umstände unterschlagend - in eine biblische Prophezeiung verwandelt, sondern sie in ihrem Charakter insgesamt gründlich verfälscht.

Der Witz des Marxschen Gedankens bestand darin, daß ein Weg Rußlands in den Sozialismus, der zwecks Abkürzung der kapitalistischen Entwicklung von der Landverteilungsgemeinde des russischen Dorfes seinen Ausgang nähme, die Revolution des westeuropäischen Proletariats (darunter sicher nicht zuletzt des deutschen) an seiner Seite zur Bedingung hatte. Marx durchdachte die Möglichkeiten revolutionärer Veränderungen im internationalen Maßstab. Der sogenannte »Sozialismus« eines einzelnen Landes hat ihn vernünftigerweise nicht interessiert. Die russische Revolution, die Marx und Engels auf der Tagesordnung wähnten, bedeutete für diese beiden zuallererst die Beseitigung des mächtigsten Bollwerks der europäischen Reaktion: der zaristischen Autokratie. Wie verschieden daher die inneren Verhältnisse und ihre geschichtlichen Voraussetzungen einerseits in Rußland und andererseits in den westeuropäischen Ländern auch immer sein mochten, eine Revolution hier oder dort mußte so oder so beide Seiten ineinander verwickeln.

Eine Revolution in Rußland konnte keinen proletarisch-sozialistischen Charakter tragen, weil es ein sozialistisches Proletariat noch nicht einmal in Ansätzen gab und der Kapitalismus in Rußland sich bis dahin auf die Adaption jener »Zweige des westlichen kapitalistischen Systems« beschränkt hatte, die, »ohne irgendwie die Produktivkräfte der Landwirtschaft zu entwickeln, am geeignetsten sind, den Diebstahl ihrer Früchte durch die unproduktiven Mittelsmänner zu erleichtern und zu beschleunigen« (Marx im ersten Entwurf seines Briefes an V S.; Marx-Engels-Werke 19, S. 393). Die Revolution konnte aber aus demselben Grund, daß mit seinem buchstäblich »letzten Schrei« (»Börse, Spekulation, Banken, Aktiengesellschaften und Eisenbahnen«; Marx ebd.) der westliche Kapitalismus sich in Rußland bereits auszubreiten begonnen hatte, ohne dort seine geschichtliche Voraussetzungen genügend entwickelt zu haben, erst recht keine klassisch bürgerliche mehr sein. Noch weniger als ein sozialistisches Proletariat besaß Rußland eine liberale Bourgeoisie, die mit der Verfolgung ihrer eigenen Entwicklung der des ganzen Landes oder gar mit dessen kapitalistischer Entwicklung derjenigen Europas hätte Impulse geben können. Wie hätten da Marx und Engels den russischen Revolutionären raten sollen, auf eine irreale »normale« Entwicklung nach westeuropäischem Muster zu setzen? Und was sonst konnten sie ihnen raten?

Tatsächlich nehmen die Marxschen Uberlegungen im Kein Trotzkis Theorie der *permanenten Revolution* vorweg; modifiziert hauptsächlich durch die damals gegebenen Voraussetzungen, die eben noch keine selbständige russische Arbeiterbewegung kannten. Das wird insbesondere dann klar, wenn man Ausführungen (von Marx *und* Engels) in anderen Kontexten aus demselben Zeitraum zu derselben Frage hinzu nimmt, z. B. die Anfang 1882 gemeinsam verfaßte Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des *Kommunistischen Manifests.* Das Schicksal der russischen Revolution - und mit ihr das der Obschtschina - wird darin ganz und gar davon abhängig gemacht, ob sie sich verbinden kann mit einer sie ergänzenden und dann wiederum durch sie ergänzten »proletarischen Revolution im Westen«. Allein von einer solchen Konstellation versprachen sich Marx und Engels die Möglichkeit, daß jene »stark untergrabene Form des uralten Gemeinbesitzes am Boden ... unmittelbar in die höhere des kommunistischen Gemeinbesitzes übergehn« könne. Andernfalls dagegen sei sie dazu verurteilt, »vorher denselben Auflösungsprozeß [zu] durchlaufen, der die geschichtliche Entwicklung des Westens ausmacht« (MEW 19, S. 296). - Wer, wenn nicht Trotzki und Lenin, hätte den hier ausgesprochenen Gedanken richtig und schließlich vor allem in die revolutionäre Tat umzusetzen verstanden?

Die Geschichte hat, wie gesagt, einen anderen Verlauf genommen. Die russische Revolution, das von Marx und Engels schon seit Mitte der siebziger Jahre erwartete »Signal« (ebd.) jener »proletarischen Revolution im Westen«, hat sich verspätet und damit natürlich veränderte Bedingungen vorgefunden. Darüber, wie zutreffend Analysen und Urteile dieser Bedingungen, insbesondere der Verhältnisse des russischen Dorfes, durch die Bolschewiki vor allem in Hinblick auf ihre

spätere Politik des Kriegskommunismus und dann der NEP gewesen sind, darf selbstverständlich gehörig gestritten werden. Dazu hätte man sie aber zunächst zur Kenntnis zu nehmen. Herr G. indes bringt umgekehrt der Mitwelt seine diesbezüglich komplette Ahnungslosigkeit zur Kenntnis.

Daß die Bolschewiki im Oktober 1917 auf die »parteiprogrammatische Forderung nach sofortiger Nationalisierung des Großgrundbesitzes« verzichtet hätten, kann nur jemand schreiben, der von der »Parteiprogrammatik« der Bolschewiki niemals eine Zeile gelesen, geschweige denn sich für die Debatten darüber interessiert hat. Weder nämlich ist da (ich beziehe mich hier auf Lenins Werke, Bd. 24, S. 282ff.) von »sofortiger« Nationalisierung die Rede, noch gar von einer »Nationalisierung des Großgrundbesitzes«. Vielmehr verfochten die Bolschewiki seit Ende April 1917 (als es die Partei der Linken Sozialrevolutionäre noch gar nicht gab, die Sozialrevolutionäre spalteten sich erst am Tage nach dem Oktoberaufstand in den Fraktionsberatungen zu Beginn des zweiten allrussischen Sowjetkongresses in zwei Parteien) einerseits die »sofortige und vollständige Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien in Rußland« sowie »den sofortigen Übergang aller Ländereien in die Hände der Bauernschaft, die in den Sowjets der Bauerndeputierten oder in anderen, wirklich demokratisch gewählten ... Organen der örtlichen Selbstverwaltung organisiert ist« (ebd., S. 284). Die Nationalisierung andererseits forderten die Bolschewiki nicht »sofort«, dafür aber ausdrücklich »die Nationalisierung aller Ländereien im Staat« (ebd., S. 282, Hervorhebung im Original) und nicht etwa nur die des Großgrundbesitzes.

Das Problem des Herrn G. ist unter anderem, daß er in völliger Unkenntnis des wirklichen Inhalts der bolschewistischen Forderung einer *Nationalisierung des* Bo*dens* diese mit einem Programm zur Kollektivierung der Landwirtschaft verwechselt. Herr G. weiß nicht, daß der Wegfall des Privateigentums am Boden theoretisch die ideale Bedingung *kapitalistischer* Produktionsverhältnisse darstellt, weil dieses besondere Privateigentum am Boden, obwohl einerseits Bedingung der vollständigen Loslösung des Produzenten von den sachlichen Voraussetzungen seiner Produktion, andererseits dem Kapital eine äußere Schranke setzt, die seinen freien Zu- und Abfluß für bestimmte Produktionszweige hemmt und den darin produzierten Mehrwert in Gestalt der Grundrente teilweise oder ganz dessen allgemeiner ausgleichender Verteilung gemäß der jeweiligen Größe des vorgeschossenen Kapitals, d.h. der Bildung einer durchschnittlichen Profitrate entzieht. (Das Nötigste dazu, einschließlich zahlreicher Verweise auf einschlägige Ausführungen bei Marx, findet sich in Lenins Buch aus dem Jahre 1908 über das Agrarprogramm der Sozialdemokratie; in: Lenin, Werke 13, s. dort insbesondere S. 292ff.). Herr G. weiß nicht, daß jene Nationalisierung daher keine sozialistische, sondern eine radikal bürgerliche Losung war, daß also die Bolschewiki mit ihr die gründlichste Vollendung der bürgerlichen Aufgaben der Revolution, nämlich die restlose Beseitigung des Gestrüpps feudaler und halbfeudaler Fesseln, die das russische Dorf noch gefangen hielten, anstrebten.

Herr G. weiß darum auch vielleicht wirklich nicht, kann jedenfalls nicht begreifen, daß in der Frage der Nationalisierung des Bodens die Bolschewiki Differenzen nicht mit den von ihm verehrten linken Sozialrevolutionären, sondern mit den - von Herrn G. mit freundlichem Stillschweigen übergangenen - Menschewiki hatten, die hier dem Liberalismus Zugeständnisse machten, und muß folglich die Tatsachen glatt auf den Kopf stellen. Die Nationalisierung des Bodens vertrug sich tatsächlich nicht nur bestens mit der ursprünglich von allen Sozialrevolutionären vertretenen, später von ihren rechten Führern im Bündnis mit den Menschewiki praktisch verratenen Forderung nach der sogenannten »ausgleichenden Bodennutzung«, sie war die unabdingbare Voraussetzung für deren Verwirklichung. (Das von Lenin verfaßte und vom zweiten Sowjetkongreß am Tage nach dem Aufstand beschlossene Dekret zur Bodenfrage ließ das Problem der Eigentumsform offen, dagegen wurde in den dem Dekret beigefügten »Instruktionen«, die bereits längere Zeit vorher der erste Kongreß der Bauernsowjets beschlossen hatte und die die Handschrift der Sozialrevolutionäre trugen, aller Grund und Boden vom Privateigentum ausdrücklich ausgeschlossen und zu »Volkseigentum« erklärt) Die Menschewiki lehnten beides ab: die Nationalisierung des Bodens, weil sie zu weit gehe, die Bauern überfordere (ganz wie Herrn G. war ihnen der bürgerliche Charakter der Forderung nicht klar), die ausgleichende Bodennutzung, weil sie »utopisch« sei und »kleinbürgerlich-reaktionäre« Illusionen transportiere. Gleichfalls für illusionär hielt Lenin nur die sozialrevolutionäre Vorstellung, mit Nationalisierung und ausgleichender Nutzung des Bodens werde der Sozialismus, die sogenannte »Sozialisierung«, ins russische Dorf Einzug halten - ein Urteil übrigens, das von Herrn G.s vermutlich ganz unfreiwilligem Kronzeugen, dem Agrarwissenschaftler Stephan Merl, bestätigt wird, wenn dieser schreibt: »Die Annahme, daß die russischen Bauern durch die Form der obcina-Landnutzung aufgeschlossener gegenüber gemeinschaftlichen Produktionsformen waren, ist allerdings wenig begründet« (Merl: *Sowjetmacht und Bauern,* Berlin 1993). Als »Unsinn«, wie Herr G. behauptet, hat Lenin sie dennoch niemals abgetan. Im Gegenteil. Gegen ihre menschewistische Ablehnung hat Lenin die Losung der »ausgleichenden Bodennutzung« bereits in seiner Bilanzierung der ersten russischen Revolution der Jahre 1905 bis 1907 als *bürgerlich-revo*lutionär entschieden verteidigt und die Unterstützung der Sozialrevolutionäre in dieser Frage für die Pflicht der Sozialdemokraten gehalten.

Die Differenzen mit den linken Sozialrevolutionären am Beginn der Oktoberrevolution drehten sich also weder um die Nationalisierung des Bodens noch um seine »ausgleichende Nutzung«. Sie drehten sich einerseits um die allgemeine, zunächst alles beherrschende Frage, ob die revolutionären Sowjets ihren Sieg über die Paktiererparteien der Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre ohne Rücksicht auf diese nutzen sollten oder mit den Besiegten einen Ausgleich

anzustreben hätten, der - wie auch die linken Sozialrevolutionäre schließlich einsahen - nur zu haben gewesen wäre als nachträgliche Kapitulation vor den Paktierern, die davon überzeugt waren, daß die Bolschewiki sich sowieso nicht lange halten würden. Im besonderen andererseits waren die linken Sozialrevolutionäre darüber beunruhigt, daß die Bolschewiki die Bauern bei ihrer »>wilde(n)< Landnahme«, von der Herr G. behauptet, die Bolschewiki (bzw. Lenin) hätten sie - allein der Not gehorchend offenbar - »nachträglich zu legitimieren« versucht, vielmehr ausdrücklich ermutigten. »Das aber ist«, wie (nach dem Bericht John Reeds) Ende November 1917 zu Beginn des außerordentlichen Kongresses der Bauernsowjets ein Sprecher der linken Sozialrevolutionäre erklärte: »Anarchie«! Dem Rat der Volkskommissare sei es darauf angekommen, »die Regelung der Landfrage zu überstürzen, damit für die Konstituierende Versammlung nichts mehr übrigblieb« (vgl. John Reed: *Zehn Tage, die die Welt erschütterten).* »Anarchie« statt »Regelung durch die Konstituierende Versammlung« - das war es, was die dem »plebejisch-archaischen« Leben des Dorfes verbundenen linken Sozialrevolutionäre an den »vom preußischen Militarismus« faszinierten »Industriefetischisten« Lenin und Trotzki auszusetzen hatten. Freilich mußten sich die linken Sozialrevolutionäre davon überzeugen, daß eine ordentlich demokratische Revolution nicht mehr ging, und entschieden sich dann doch gegen die vollkommen verschlissenen Sachwalter des demokratisch geordneten Kompromisses mit den Reichen und Besitzenden zum erfolgreichen Ende des Kongresses für die »Anarchie«. Das neugewählte Exekutivkomitee des von ihnen dominierten Kongresses der Bauernsowjets vereinigte sich mit dem des Sowjetkongresses der Arbeiter und Soldaten, und die gerade gegründete Partei der linken Sozialrevolutionäre trat offiziell der neuen revolutionären Regierung, dem Rat der Volkskommissare, bei, der bald darauf in herzlichem Einvernehmen zwischen linken Sozialrevolutionären und Bolschewiki die Konstituierende Versammlung auseinanderjagte. [1]

Die hier und anderswo angebliche »Mißverständnisse«, Entstellungen oder Vergewaltigungen der sozialistischen Idee durch den Bolschewismus und die Folgen seiner siegreichen Revolution denunzieren zu sollen glauben, Anwälte diverser Sozialismen, die nicht zum Zuge kamen und auf deren vermeintliche Authentizität sie sich um so leichter etwas einbilden können, eint allesamt ein als bloß besonders konsequenter Antistalinismus präsentierter Antibolschewismus. Darin sind sie aber die legitimen Erben genau jener zweifelhaften historischen Tugenden früherer westlicher Revolutionäre, deren praktisches Versagen im Moment, als es darauf ankam, erst die stalinistische Entartung des Bolschewismus provozierte. *Sie* sind die wahren Dogmatiker, die nicht aus der Geschichte lernen wollen; die lieber der Geschichte der wirklichen Revolution stumpfsinnige Prinzipien und dünnflüssige Moral irgendeiner idealen »Revolution« entgegensetzen; die »die verratene Revolution« noch einmal und gründlicher verraten, indem sie mit idiotischem Fleiß gegen die eine wahrhaft große Revolution dieses Jahrhunderts sämtliche Ausflüchte wieder zusammentragen, die jemals, zu den verschiedensten Gelegenheiten ihrer unendlich vielen Wendepunkte, gegen ihre Verteidigung und Fortsetzung in Anschlag gebracht wurden. Herr G. ist da Exempel. Mehr nicht, aber auch nicht weniger. Das Exempel könnte dazu dienen, in der Kritik des Stalinismus bzw. Realsozialismus von links vielleicht endlich einmal wenigstens die Proportionen ein wenig zurechtzurücken.

Aller Antibolschewismus mündet auf irgendeine Weise in die Rechtfertigung des Stalinismus, der nachträglichen praktischen Zusammenfassung aller Einwände gegen die Oktoberrevolution, der schlau-verschämten Kapitulation vor den Schwierigkeiten der Fortführung der im Oktober 1917 begonnenen Weltrevolution des Proletariats; nicht zufällig nahm Stalins Usurpation der Partei, nachdem der erste Kopf dieser Revolution den Geist aufgegeben hatte, den Weg über das Bündnis mit den Kapitulanten des Oktober gegen ihren zweiten kongenialen Kopf Wie alle antibolschewistischen Kritiker der Oktoberrevolution sucht Herr G. mehr oder weniger verborgene Gründe, die den äußeren Verlauf des Weges in die stalinistische Katastrophe, indem sie ihm den Charakter purer Zufälligkeit nehmen, begreiflich machen. Und wie alle Antibolschewisten wird er auf kürzestem Wege fündig unter den historischen Kritikern des Oktober. Alle späteren Schwierigkeiten, alle Irrtümer der Beurteilung der Interessenlagen und Kräfteverhältnisse der Klassen etc., worauf die Bolschewiki ihr Wagnis des Aufstands und der Sicherung seines Resultates gründeten, waren vorhersagbar und fanden im Vorfeld und während des Umsturzes wie unmittelbar danach ihre Propheten, die allesamt von heute aus gesehen gegen die Bolschewiki in irgendeiner Weise recht behalten haben - so sehr, daß es völlig gleichgültig ist, auf welchen Propheten man zum Zwecke der Kritik der Oktoberrevolution heute zurückgreift. Und in dieser ihrer Beliebigkeit erweist sich die Kritik dann doch als gründlich falsch und verlogen.

Unser Exempel liefert nun (unfreiwillig) den Beweis, wo der Fehler, die Lüge aller linken Kritiker des Oktober 1917 entspringt In Lenins »falscher Theorie« findet es den Punkt, an dem der rote Faden festzumachen sei, der die Oktoberrevolution mit der Katastrophe der stalinistischen Kollektivierung verknüpft. »Falsch« sei die Theorie (die unser Exempel, s.o., so wenig kennt wie die dazu gehörige revolutionäre Praxis), weil sie den Charakter der Dorfgemeinde als Ausgangspunkt des besonderen russischen Weges zum Sozialismus nicht verstanden habe. Was bei Marx die Abwägung bestimmter konkret-historischer Möglichkeiten der europäischen Revolution gewesen war, das gerät unserem Exempel zum armseligen Dogma eines nationalen, russischen Sozialismus. Wo Marx bestimmte praktisch zu lösende Aufgaben der Revolution in Rußland und im Westen formuliert hatte, da sieht unser Exempel ein Problem zeitloser Erkenntnis oder lieber noch der - richtigen: »plebejisch-archaischen« - Gesinnung. Und das alles, um sich über den entscheidenden Irrtum, der

den Kampf des Bolschewismus um die Macht angetrieben hatte, betreten gründlich auszuschweigen: daß nämlich auch der Westen in absehbarer Zeit an die Lösung seiner revolutionären Aufgaben energisch herangehen werde. Darin aber haben die Bolschewiki so katastrophal geirrt nicht etwa, weil sie Tiefe und Ausmaß der revolutionären Krise überschätzt hätten, die sich auch im Westen und namentlich in Deutschland zusammenbraute, sondern weil sie wohl eine allgemeine Vorstellung von der Tiefe und dem Ausmaß des Opportunismus hatten, der die mächtige westliche Arbeiterbewegung ergriffen hatte, nicht aber davon, wie weit dieser auch in die relativ schmalen Reihen ihres revolutionären Flügels hinein bereits lähmend wirkte. Noch in den aufrichtigsten Bedenken beispielsweise einer Rosa Luxemburg gegen die Rigorosität, mit der die Bolschewiki bei jedem ihrer ersten Schritte an der Macht alles dem unbedingten Erhalt dieser Macht unterordneten, schwingt die geheime Ahnung mit vom drohenden künftigen Versagen beim noch ausstehenden eigenen Beitrag zur gemeinsamen revolutionären Sache.

Um so sicherer läßt sich Herrn G. und seinesgleichen, wenn sie solche wie beliebige andere Bedenken ausbeuten für ihre grundsätzliche Abrechnung mit der Oktoberrevolution, die interessierte Absicht eines Ablenkungsmanövers attestieren. Nur wer längst beschlossen hat, im Falle künftiger revolutionärer Zuspitzungen politischer und sozialer Konflikte einmal mehr lieber Bedenken zu tragen und abzuwarten, bis sich die Dinge »spontan« irgendwie wieder zu ordnen beginnen, fällt heute, da jedermann und -frau alle Möglichkeiten offenstehen, die Fakten in Ruhe zu prüfen, mit einer derart gehässigen Ignoranz über den Bolschewismus her. Rosa Luxemburg war revolutionäre Internationalistin, und ihre Kritik der russischen Revolution behielt ein starkes solidarisches Verständnis für die anmaßende Kühnheit der Bolschewiki - wenn sie ihr auch nicht ganz geheuer war -, für die Kühnheit, jenes »Signal« zu geben, von dem Marx und Engels einst hofften, es werde der russischen Revolution dann schon rechtzeitige Hilfe in Gestalt einer ergänzenden Revolution des Westens verschaffen. Rosa Luxemburg kreidete den Bolschewiki an, den linken Sozialrevolutionären in der Agrarfrage zu große Zugeständnisse gemacht zu haben. Sie ging, wie die Bolschewiki, vom wesentlich international-sozialistischen Charakter der russischen Revolution aus. Die romantisch verbrämte Idee eines aparten russischen Bauernsozialismus, mit der heute nachträglich die Verantwortung des Westens für das Schicksal der Revolution im Osten aus der Welt komplimentiert wird, war ihr selbstverständlich vollkommen fremd, weshalb Herr G. auch sie nicht recht leiden kann.

1) » ... Ich wiederhole, wir, die LSR wie Rechte, sind allein an der Bewußtseinstrübung der Volksmassen schuld, indem wir das Volk gezwungen haben, in der Konstituante den Retter zu sehen. Und erst in der letzten Zeit ... begannen alle unsere parlamentarischen Illusionen, sich zu zerstreuen«, erklärte Maria Spiridonova, eine der bekanntesten Figuren der linken Sozialrevolutionäre im Januar 1918 auf dem dritten Allrussischen Sowjetkongreß (zitiert nach Lutz Häfner: *Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre in der Russischen Revolution von* 1917118; Köln/Weimar/Wien 1994, *S.282).*

Daniel Dockerill ist Mitarbeiter des Zirkulars »Übergänge« und lebt in Kiel

Konkret 03/98, S. 41

Carsten Otte

In diesem Sinne - Hand in Hand

» Wären Sie auch gegen den Lauschangriff, wenn er Journalisten nicht träfe«, fragte der »Taz«-Medienredakteur Lutz Meier den »Spiegel«-Chefredakteur Stefan Aust, und auf die falsche Frage folgte die falsche Antwort: »Der Eingriff in das Redaktionsgeheimnis ist so eklatant, daß es richtig ist, in diesem Fall das Eigeninteresse zu betonen.«

Das Eigeninteresse besteht in einer »Spiegel«- Titelgeschichte. Die Legalisierung jener Staatsattacke, die gemeinhin »großer Lauschangriff« genannt wird, ist keineswegs ein eklatanter Eingriff, vor allem nicht in das Redaktionsgeheimnis des Hamburger oder irgendeines anderen Nachrichtenmagazins. Der investigative Journalismus dieser Blätter basiert gerade auf einer guten Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern von BKA und BND, das Abhören der Redaktionen ist da also völlig überflüssig. Ein organisierter Verbrecher, der dem »Spiegel« tatsächlich eine Moritat verrät, von der die offiziellen Ermittler keinen blassen Schimmer haben, wird nach dem Presseplausch sowieso zur nächsten Polizeidienststelle gehen. Ein Gangster braucht nach dem Verrat keine Spesen, sondern Schutz vor den ehemaligen Kollegen, und im Gefängnis ist man unter Umständen noch am sichersten aufgehoben. Die Identität des Informanten bleibt nie ein Geheimnis, so daß man von einem Vertrauensverhältnis zwischen Ganove und Reporter überhaupt nicht sprechen kann.

Der Staatsschutz verteilte seine Wanzen auch bisher schon ohne gesetzliche Genehmigung: Seit je werden solche Redaktionen abgehört und observiert, die nicht für, sondern gegen BKA und BND arbeiten. Die Pressefreiheit ist in der Bundesrepublik Deutschland immer eine Freiheit der staatlichen Exekutivorgane gewesen, das störte die Journalistenzunft nie, denn sie verstand sich ja ohnehin als vierte Staatsgewalt, und damit als Teil des vorhandenen Abhörapparates. Kein Wunder, daß die Pressevertreter sich erst rührten, nachdem die Gesetzesänderung vom Bundestag schon abgesegnet worden war Da hätten die Storydealer doch beinahe ein heißes Thema verschlafen. Heiß aber ist das Thema nur geworden, weil Ärzte und Anwälte, die ebenfalls im Visier der Lauscher sind, gegen die Grundgesetzänderung protestierten.

» Wenn alles nichts hilft«, kündigt der »Spiegel« an, werde man vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Jahrelang lieferten die politischen Magazine die Propaganda für den Überwachungsstaat. Wenn dieser nun für sein Vorgehen Rechtssicherheit verlangt, soll plötzlich die Demokratie bedroht sein. Die Karlsruher Richter werden gerührt sein. Oder auch nicht.

Konkret 03/98, S. 41

Jürgen Roth

In diesem Sinne - Bayerns Brecht

Man kann es nicht mehr hören: Daß Brecht dies und gewiß auch das und vor allem dies intendiert oder nach sich gezogen habe, veraltet, aktuell wie eh und je, ein Klassiker oder ein Schuft, ein Rabauke und Stalinist und Trotzkist gewesen sei. Wir möchten das alles weder hören noch lesen. Und das allfällig brummende Jubiläumsfeuilleton doch, wenn auch vergeblich, mahnen, beim nächsten Supergeburtstag sich wenigstens sacht am Riemen zu reißen, speziell einen völlig außer Rand und Band geratenen Uwe Schmitt, den die »FAZ« am 11.2. ungestraft daherschmarren ließ, Brecht, der »von Hitler zum subversiven Humanisten genötigte Lebenskünstler«, der sowohl - und zwar in einem Satz - »Parteiopportunist«, »der Kriegsantreiberkläger des Westens« als auch »Stalin-Kopfpreisträger«, Brecht, der »Egomane« und »große Lückenbaumeister« und »geniale Poet«, hätte wäre wenn nicht zum »Plagiator« und »Frauenvernutzer« herabsinken müssen, sondern wenigstens zum »stinkreichen Andrew Lloyd Webber« sich aufrappeln können oder sollen, zum »Zigarre saugenden Gangster-Baby«, wäre eben »Hüttler« (Henscheid) nicht so schäbig gewesen; dann wäre er andersherum später gestorben und nicht wie u. a. James Dean, Jimi Hendrix, Miles Davis und »Charles Bukowsky« zur Popikone gereift; oder doch.

Da schon das Feuilleton wohl spätestens am 10.2. nicht mehr wußte, wies um seine Zurechnungsfähigkeit bestellt ist, klotzte wenigstens die Politik in Gestalt Roman Herzogs und Edmund Stoibers unbequem und renitent ran, wobei letzterer sich zu der »besonders gewitzt erscheinen« (»FR«) sollenden Bemerkung aufschwang, Brechts Werk gehöre »zum Bedeutensten, was Bayern zur Literatur des 20. Jahrhunderts beigetragen hat«. Und schloß, eingedenk der Tatsache, daß sein Bayern den Augsburger ehedem auf zwölfjährigen Bildungsurlaub geschickt hatte: »Deutlich zu machen, daß Bayern diesen Beitrag Bertolt Brechts anerkennt und würdigt: darum bin ich hier. «

Angesichts dessen darf Brechts seltsamer testamentarischen Verfügung, in einem Stahlsarg beerdigt zu werden, eine gewisse Plausibilität kaum mehr abgesprochen werden.

Konkret 03/98, S. 41

Michael Schilling

In diesem Sinne - Scheingefecht

Wo alle meinten, der Konflikt der deutschen Bischöfe mit dem Papst betreffend den Abtreibungserlaubnisschein dürfe nicht auf dem Rücken katholischer Beraterinnen und schwangerer Frauen ausgetragen werden, wollten auch die notorischen Querdenker der Nation, der Augstein, der Drewermann und die paar hundert anderen, nicht länger schweigen, weshalb sie den verwegenen Gedanken aussprachen, daß die Kirche den Konflikt nicht etwa auf dem Rücken der katholischen Beraterinnen und der schwangeren Frauen austragen dürfe. Da hofften nun alle auf die alternative Meinung, welche die »Tageszeitung« dem Mainstream entgegenschleudern würde, und sie wurden nicht enttäuscht: »Der Konflikt«, meinte die »Taz«, dürfe »nicht auf dem Rücken katholischer Beraterinnen und schwangerer Frauen« ausgetragen werden.

Die Flutmarke der allgemeinen Verblödung hatte eine neue Rekordmarke erreicht. Etwas weniger quer und alternativ gedacht, stellt sich die Sache nämlich so dar: Die katholische Kirche ist ein Verein, dem anzugehören niemand gezwungen ist. Die Statuten des Vereins sehen vor. daß die Mitglieder ihre Geschlechtsorgane zu nichts als der Fortpflanzung gebrauchen und im übrigen dem Vereinspräsidenten aufs Wort gehorchen. Nun stelle man sich einen Verein vor dessen Zweck nicht die Unterdrückung der Sinnenlust, sondern das Fußballspielen ist, und Vereinsmitglieder die nicht den Gebärzwang abtreiben, sondern inmitten des Spielfelds ein Schwimmbad ausheben wollen. Bei wem sollten sie sich beschweren, wenn der Vorstand sie daran hinderte? Und wer würde Aufhebens machen von ihrem Weh?

Dem Jammer der katholischen Beraterinnen und schwangeren Frauen aber gehören die Titelseiten, die Leitartikel, die Talkshows. Und keiner sagt ihnen, sie sollen, wenn sie lieber schwimmen als kicken, aus dem Fußballverein austreten, und aus der katholischen Kirche, wenn sie lieber ficken als auf Geheiß des unfehlbaren Vereinspräsidenten sich fortpflanzen wollen. Und nun wäre es schön, wenn die betreffenden Betroffenen ein wenig Ruhe gäben.

Konkret 03/98, S. 43

Kay Sokolowsky

Hosen runter

Der mächtigste Mann der Welt« heißt sicherlich nicht Bill Clinton. Wäre er der, für den ihn unverdrossene Schwachköpfe und andere Journalisten weiterhin halten, er hätte »Sonderermittler« Kenneth Starr und dessen Chefdenunziantin Judith Tripp längst im Potomac versenken lassen. Kein Sparkassenfilialleiter ließe sich solche Nachrede und Beleidigungen bieten, wie sie sich Clinton seit der zweiten Januarwoche gefallen lassen mußte. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der Präsident der Vereinigten Staaten vor allem ein Popanz und Watschenmann ist, so hat »Zippergate« ihn geliefert. Und wenn an der »Affäre Lewinsky« - deren Unterhaltungswert erheblich niedriger liegt, als Chefredakteure und Programmchefs glauben - überhaupt etwas interessant ist, dann die monströse Entpolitisierung der Öffentlichkeit und ihrer Meinungsverwalter, die sich hier ganz ungeniert offenbart hat.

»Der mächtigste Mann der Welt« ist eine Konstruktion des Kalten Krieges - fadenscheinig zwar bereits, als sie Eisenhower angepaßt wurde, aber, solange es galt, die Geschäfte der United Fruit und die Parlamente Westeuropas vor den Commies zu schützen, durchaus notwendig. Der Präsident der USA, das war der erste Mann der ersten Nation der Erde, der Bursche, der es im Zweifelsfall nicht an Härte fehlen lassen und wegen einiger Mittelstreckenraketen auf Kuba eher einen Atomkrieg beginnen als verhandeln würde. Er war der Tough guy, den die Strategen des Antikommunismus brauchten, um daheim ihrer Botschaft von Stärke durch Wettbewerb ein leuchtendes Beispiel zu geben - und auswärts, um die jeweils amtierenden ZK-Generalsekretäre gar nicht erst hoffen zu lassen, der Westen würde weich, d. h. vernünftig werden.

»Der mächtigste Mann der Welt« hatte viel zu sagen, aber wenig zu melden. Als Lyndon B. Johnson 1964 den »bedingungslosen Krieg gegen die Armut« erklärte, meinte er den Krieg gegen Vietnam, und wenn er von der »Great Society« sprach, dachte er an das ruhige Hinterland, das der Imperialismus schon braucht, um zu funktionieren. Johnsons mickrige Wohlfahrtsinitiativen wurden von einer Steuersenkung begleitet, die den US-Haushalt auf Jahre hinaus nah beim Staatsbankrott lavieren ließ. Pappkameraden sie alle: JFK und Nixon, Carter und Ford, Reagan und Bush. Worauf sie sich jedoch alle verlassen konnten, war der Respekt der öffentlichen Meinung und ihrer Verwalter vor dem Amt, dem Symbol. Als »Tricky Dick« Nixon aus dem Weißen Haus gejagt wurde, geschah dies weniger, weil er sich wie ein Mafiapate aufgeführt hatte, sondern weil er dabei erwischt worden war, und hernach zeigten sich die Kommentatoren vor allem darüber erleichtert, daß sein Rücktritt »der Präsidentschaft« weitere Beschädigungen erspart hatte.

»Der mächtigste Mann der Welt« wurde allerdings je mehr zur Witzfigur, je schwächer das »Reich des Bösen« sich zeigte. Der singulär langweilige George Bush - der Präsident, unter dem die UdSSR sich auflöste - war kurz davor, von den Satirikern Amerikas ebenfalls desintegriert zu werden, ehe ihm Saddam Hussein einen Weg wies, doch noch wie ein ganzer Mann auszusehen. Bill Clinton aber, der erste Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg, der kein Symbol sein mußte, sondern nur ein Kabinettschef, war bereits am Tag seiner Vereidigung eine Witzfigur. Wie gut diese Entwicklung zumal den Deutschen gefällt, zeigt sich an der Begeisterung, mit der sie den phantastischen Quatsch nachdrucken, den das republikanische Rutherford-Institut durch die Welt faxt.

»Der mächtigste Mann der Welt«, frohlockte am 23. Januar 98 die »Süddeutsche Zeitung«, werde von »einer jungen Praktikantin möglicherweise um Kopf und Kragen geredet«. Der »Spiegel« phantasierte drei Tage später: »Vielleicht ist seine ganze Präsidentschaft zerstört ... Sichtlich angeschlagen dementierte Clinton ... Washingtons Platzhirsch ... Ein Präsident im Zwielicht ... « So erregt war die »Bild«-Zeitung, daß sie, am 27., nicht mal mehr die Uhr lesen konnte: »Um 15 Uhr spricht sie (Hillary Clinton) im TV zum amerikanischen Volk ... New York, heute, 13 Uhr MEZ: Hillary Clinton sitzt im Studio des TV-Senders NBC->Today<.« Die alte Tante »FAZ« ließ, am selben Tag, einen amerikanischen Gastautor jene Dinge sagen, von denen auch sie, vor langer Zeit, mal wußte, daß es sie gibt: » ... wir können uns vorstellen, wie er es mit allen treibt, und das ist ein Problem für Herrn Clinton.« Der »Stern« drehte, am 29. Januar, völlig durch: »Weltmacht Sex ... Während die Welt mehr denn je kluge und besonnene Politiker braucht ... Bill Clinton hat seine besten Tage hinter sich und die Weltmacht USA Monate der Führungslosigkeit vor sich ... paralysierte Supermacht ... Ist es bloß ein zu hoher Testosteron-Spiegel? ... krankhaft übersteigerter Hang ... « Endlich malte die Welt der Mächtigen in den schlichten Köpfen deutscher Journalisten sich so, wie sie sich darin seit 1870/71 immer gemalt hat: Hic salta, hic Rhodus, hie Hybris, da Syphilis.

»Der mächtigste Mann der Welt« hatte nicht den geringsten Grund, sich zu verteidigen - doch damit hatte er schon verloren. Er tat das einzig Vernünftige, indem er nichts tat - und so war seine Schuld erwiesen. Genauso gierig wie die Clique, die Clintons Clacque zu stürzen trachtete, stürzten sich die deutschen Journalisten auf jedes Gerücht, auf jede noch so dumme und halbgare Denunziation und orakelten dabei von »Weltkrise«, weil sie sich den Präsidenten der USA kurzerhand genauso vorstellten wie ihren Reichsführer kurz vorm Einmarsch der Roten Armee: ratlos, paralysiert und zu jeder Schandtat bereit. Nicht nur die »FAZ« betete gläubig nach, was der »republikanische Mehrheitsführer im Senat,

Lott«, fragte: »Ist der Präsident in dieser Lage noch imstande, die richtige Entscheidung zu treffen?« Ziemlich simultan ließ Hussein seine Nachrichtensklaven verbreiten, daß die Drohgebärden der USA gegen den Irak nichts weiter seien als Ablenkungsmanöver vom Lewinsky-Skandal, und mit der Inbrunst frisch Konvertierter stiegen die deutschen Kommentatoren darauf ein.

»Der mächtigste Mann der Welt« unterscheidet sich, in den Ergebnissen seiner Politik wie in seiner Begeisterung für die Todesstrafe, allenfalls negativ von seinen republikanischen Vorgängern. Er hat den Reichen seines Landes nichts genommen und den Armen bloß McBlowjobs gegeben. Sobald das gesammelte Establishment sich dagegen erklärte, hat er den einzigen progressiven Punkt seines ersten Wahlprogramms, die Krankenkassenreform, fallen lassen. Danach kürzte er die Sozialausgaben drastischer, als George Bush es je gewagt hätte. Die Republikaner, die gegen ihn Judith Tripp, Kenneth Starr und die bedauernswerte Monica Lewinsky entfesselten, haben in ihm niemals den »Erneuerer« bekämpft. Sie wußten genau, daß er, Clinton, republikanische Politik weit sympathischer und, jawohl, erotischer vertreten würde als die Reptilien Reagan und Bush. Dafür hassen sie ihn, und daß sie den gut 50jährigen als Sexmaniac verteufeln, hat viel weniger mit ihm zu tun als mit der Geschlechtslosigkeit seiner Amtsvorgänger.

»Der mächtigste Mann der Welt« hat mittlerweile wieder Zeit für die Geschäfte, die nur scheinbar seine sind; und der »Spiegel«, noch eine Nummer zuvor fest überzeugt von der Stichhaltigkeit der Gerüchte, hatte am 2. Februar sowieso schon immer Bescheid gewußt: Ein »via Internet hochgepeitschter Medienzirkus« sei veranstaltet worden. Aber schon wieder irrte das Speerholz der Aufklärung: Nicht das Internet, sondern die eigene Geilheit hatte gepeitscht. Und in den vergangenen Wochen hatte nicht etwa der Zirkus regiert, sondern die Methode von Doktor Thaer und Professor Fedders. Aber, Schwamm drüber: Spätestens nächsten Monat geht der brummdumme Rummel, mit einer neuen Praktikantin, von vorne los.

Konkret 03/98, S. 44

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Thema des Tages 1

27. Januar 1998, 53. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee: Die ARD-»Tagesthemen« berichten über diverse Gedenkveranstaltungen des Deutschen Bundestags, darunter Gesprächskreise für deutsche Jugendliche, die mit Überlebenden der Shoah in gedanklichen Austausch treten sollen. Eine Oberstufenschülerin hegt ihre eigenen Gedanken. Gefragt, was sie über den Holocaust wisse, bekennt sie: »Daß das sicher nicht ganz okay war von heute aus. «

Die Redaktion erfüllt ihren öffentlich-rechtlichen Auftrag und sendet das Statement kommentarlos weg. Ulrich Wickert komplettiert die Meinungsvielfalt.

Thema des Tages 2

Keine Erwähnung in den »Tagesthemen« vom 27. 1. fand das 150. Jubiläum eines Vorgangs, welcher der Öffentlichkeit dazumal verborgen blieb, aus gutem Grund; in der Sache selbst lag begründet, daß man kein Aufhebens davon machte, als ein Text zum Druck befördert wurde. Der geheime »Bund der Kommunisten« hatte im November 1847 Karl Marx und Friedrich Engels beauftragt, ein späterhin selbstredend »für die Öffentlichkeit bestimmte(s), ausführliche(s) theoretische(s) und praktische(s) Parteiprogramm« zu verfertigen. »So entstand das nachfolgende Manifest«, heißt es in der Vorrede zur deutschen Ausgabe des *Manifestes der Kommunistischen Partei* von 1872, »dessen Manuskript wenige Wochen vor der Februarrevolution nach London zum Druck wanderte.«

»Bild« (27. 1.), anders als die Nachrichtensendung, nahm sich der Geschichte an. Weiß der Geier, was sie da geritten hat, einen Drucklegungstermin ins Gedächtnis zu rufen, dem welthistorischen Akt der Manuskriptabgabe auf Seite 2 jenen Platz einzuräumen, der üblicherweise Rentenversicherungsdebatten vorbehalten bleibt. Obendrein hätte sich Paul C. Martin, ebenda zuständiger Superhermeneut, durchaus bis zum Jahr 2022 Zeit nehmen können, schließlich wären Marx und Engels dann seit 150 Jahren deutschsprachig auf der Welt. Nein, es ließ ihm keine Ruhe, sein »Bild«-Kommentar zu » 150 Jahre Marx & Engels« mußte raus. Denn Martin kennt die blauen Bände wie nur den Kanzler und der Kanzler selbst; jener nämlich hatte vor Jahren, als der kürzlich dankenswerterweise seines Sportstudio-Moderatorenamtes enthobene Günther Jauch anläßlich des tausendjährigen Kanzlerjubiläums den Mächtigen vor seiner Oggersheimer Bücherwand betüdelte, immerhin, gefragt, ob er »die Schinken da« kenne, zu verstehen gegeben, »die Theorie des Marxismus-Leninismus« sei ihm bestens vertraut, also gewiß auch das *Kommunistische Manifest,* ein Traktat, das durch und durch kommunistische Sprache verrät, ob englisch oder deutsch.

Die zu beobachtende Presserevolution ist recht umfassend. Macht der »Bild«-Redakteur gewöhnlich nach vier Wörtern einen Punkt, gibt es diesmal sogar Kommata und Parenthesen. Um dieses rare Stück hoher Reflexionskultur vor dem täglichen Vergessen zu bewahren und keinen Gedanken zu zensieren, zitieren wir vollständig:

150 Jahre Marx & Engels - Sehnsucht bleibt. Vor 150 Jahren wurde in London das >Kommunistische Manifest< gedruckt. Seine Autoren Karl Marx und Friedrich Engels forderten die >Proletarier aller Länder< auf ihre Ketten zu sprengen und das Privateigentum abzuschaffen. Der Kommunismus hat sich als Wahn entpuppt: Er hat nicht Elend gemindert, sondern multipliziert. Das Hungerland Nordkorea, letzte Bastion der >reinen Lehre<, ist das abschreckendste Beispiel. Zwei Gedanken von Marx & Engels werden aber überdauern - weil sie richtig sind: 1. Die Geschichte treibt nicht ohne Sinn dahin. 2. Der Mensch ist deshalb aufgefordert, eine gerechtere Welt zu schaffen. In 150 Jahren wurde in dieser Richtung viel erreicht. Am Ziel aber sind wir noch lange nicht.

Von Kurt Hager, dem Neun-Wort-Satz-Interpreten der Theorie des Leninismus-Stalinismus, wissen wir: »Die Lehre Lenins ist wahr, weil sie richtig ist.« Von Martin aber verlange ich am 8.4. dieses Jahres eine 1.000-Zeichen-Exegese mit Minimum fünf Kommata, einem Doppelpunkt und einem Gedankenstrich - zur zweiundsiebzigjährigen Wiederkunft der weltbewegenden Schrift *Sein und Zeit,* deren Autor Martin Heidegger überdauert, weil er wahr ist. Von der täglich zweitausend Nachrichtenpußler und fünfhundert Korrespondenten beschäftigenden,

Myriaden Internetseiten durchforstenden, kilometerlange Agenturfahnen prüfenden und Schubkarren voller Preßerzeugnisse inspizierenden Hamburger »Tagesthemen«-Redaktion möchten wir solche Anstrengung nicht erwarten. Die ist sichtlich zu bekloppt. Ihr Oberhaupt, Wickert, kennt a) nur Kant und b) den auch nicht.

Thema von gestern

Zur Bastion für Faschismusforschung entwickelt sich die »Bild«-Zeitung. Auf Seite 1 meldete sie - Obacht! - am 19. 1.: »Bewiesen: Hitler befahl Juden-Vernichtung«. Äußerst knapp referiert wird eine Arbeit des Historikers Christian Gerlach, wonach Hitler vor der Wannsee-Konferenz, nämlich am 21. Dezember 1941, »bei einem Geheimtreffen mit den >Reichs- und Gauleitern< ... persönlich ... seinen Plan bekanntgab, alle europäischen Juden zu ermorden.« Und: »Bislang war unbekannt, wie und wo Hitler vor der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 persönlich den Befehl zur Ermordung der Juden gab.« Das macht einen Monat mehr Volkes Unschuld. Irgendwo wird sich's irgendwann rechnen.

Interessantes Thema

Gar nicht mal besonders neu ist die Frage, welchen Sangesheroen das deutsche Vaterland vergeblich zum Grand Prix Eurovision de la Chanson entsenden soll. Sie stellt sich jedes Jahr. Dennoch brach, frühere einvernehmliche Berufungen vergessen machend, laut »Bild« vom 4.2. plötzlich der »Schlager-Krieg« aus, weil Guildo Horn seinen Anspruch auf die heurige Alleinvertretung des germanischen Traditionsschlagers exekutierte. »Darf so einer für unser Land singen?«

»Viele seiner Kollegen« meinten: nein! »Horn«, der fälschlicherweise Parodist und »schräger Vogel« genannte Haudrauf, »verunglimpft die schönen alten Schlager«. In einer schnell anberaumten Online-Konferenz gaben zu Protokoll (Auszüge): 1) Wolfgang Petry: »Da krieg' ich Pickel«; 2) Gunter Gabriel: »Der kann mit seinen Zausel-Haaren in meiner Wohnung als Mop anfangen.... Die Songs, die der bringt, fand ich vor 20 Jahren schon scheiße«; 3) Joy Fleming: »Immer noch besser als die einstudierten Affen von Ralph Siegel. Guildo ... hat definitiv das Recht, Deutschland zu vertreten«; 4) Juliane Werding: »Unmöglich«; 5) Kristina Bach: »Auffallen würde Deutschland auf jeden Fall! «; 6) Roland Kaiser: »Eigentlich habe ich nichts dagegen«; 7) Drafi Deutscher: »Was Herr Horn macht, ist gar kein richtiger Schlager.« ZDF-Anchorman Uwe Hübner (»Hitparade«) durchbrach die geschlossene Front der Horn-Feinde: »Jedes Land schickt den Vertreter, den es verdient.« »Bild« sorgte sich trotzdem: »Ist er auch ein guter Repräsentant unseres Landes?« - »Wird Deutschland ausgelacht?« Vor aller Welt?

Kompetentere Stimmen gaben ihr Votum für den »Bild«-TED ab. 62 Prozent aller Deutschen sagten tags drauf noch neiner als das gute Dutzend professioneller Verneiner. Einige herausragende Begründungen: »Wahrscheinlich hat Deutschland derzeit keinen besseren Vertreter verdient« (Rainer Wülisch, Berlin); »also bei allem Verständnis für junge Menschen und für modernes Aussehen« (Martin Schirmer, Würzburg/Mosel); »ich bin dagegen. Er sieht schäbig aus und kann doch auch gar nicht singen« (Holger Schmeiser, Hamburg). Während Knut Ingwer, (Hamburg), nicht recht spurte: »Guildo Horn ist Kult. Ich wär' ein bißchen gern wie er!«

Schlager-Krieg trotzdem beigelegt? Horn am 6.2., computersimuliert auf neuestem Deutschdesignstand (Krawatte, Kurzhaarschnitt): »Gefalle ich euch so besser?« Sollte das nicht unser Frank-Schöbel-Zentralorgan »Super Illu« entscheiden?

Thema des Monats

Die mit pro Quartal fast 600.000 Exemplaren »meistverkaufte Illustrierte« (»FR«, 2 8. 1.) »Super Illu« ist seit dem 28.1. auf Sendung. Noch bevor die ARD Ende Februar »Brigitte-TV« startet, hat MDR-Fernsehdirektor Henning Röhl somit die erste Kooperation zwischen einer öffentlich-rechtlichen Anstalt und einem Privatunternehmen zustande gebracht, auf daß beide Seiten noch dümmer werden, wenn das denn geht.

An »Super Illu« schätzt der Vollblutjournalist Röhl »die hohe Kompetenz und das Knowhow«. Laut »Super Illu«-Chefredakteur Jochen Wolff soll »Super Illu-TV« »die Identität, das Selbstbewußtsein und das Lebensgefühl der Ostdeutschen ausdrücken«. So häßlich kann Fernsehen sein, wenn bloß Pickel platzen. Während Udo Reiter, Chef des öffentlich-rechtlichen Senders mit den höchsten Einschaltquoten, zu tun hat, den ostischen Volksempfänger scheibenweise an Leo Kirchs Neue Deutsche Filmgesellschaft zu verkoppeln, erläutert Röhl dem federführenden Stinkkäseblatt (22. 1.) das neuartige 30-Minuten-Format: »Journalistisches Know-how« werde für »allgemein interessierende Berichte« bürgen. »Regionale Programme sind ein Ausdruck von Identität. ... Deutschland braucht selbstbewußte, eigenständige Menschen - überall. Wir wollen dazu beitragen.«

Dürfte nicht mehr nötig sein.

Thema des Jahres

Seine »Wortmeldung zum 100. Geburtstag« von Bertolt Brecht feuermeldete der immer schwerer beschäftigte, darob immer unruhiger eiernde Suhrkampkommandant Unseld am 2 1. 1. in die »Taz«-Kulturredaktion: »Soeben habe ich eine Sammlung der 100 Gedichte von Bertolt Brecht ediert. Ich mußte mich deshalb wieder mit der Lyrik von Brecht beschäftigen und habe dabei wieder entdeckt, daß seine Gedichte Ausdruck seines Zeiterlebens sind. Bertolt Brecht schreibt die Geschichte unseres Volkes seit 1918, und er beschreibt sie in ihren wichtigsten Stadien. ... Wenn man sein

Werk überblickt, so stellt man fest, daß es offen ist für die jeweils aktuellen Fragen der jeweiligen Gegenwart, so daß diese vermittels seines Werkes diskutiert werden. Auf diese Weise konnte er auch in literarischen Debatten unserer Zeit präsent bleiben. ... Bertolt Brecht hat die >durchschlagende Wirkungslosigkeit eines Klassikers< (Max Frisch), der zu jeder Zeit ein stets neues Gesicht zeigt und dessen Potential an Fragen, Antworten, Vorschlägen und Kritik unerschöpflich ist.«

Warum jemand, der die gedankliche und stilistische Finesse eines Besinnungsaufsätze pflichtbewußt wegsemmelnden Neuntklässlers mühelos zu untergraben versteht, Anführer des unerschöpflichsten und bedeutendsten deutschen Denkerverlages sein darf, können wir nicht klären. Und die noch brandheißere und dezidiert poetische Wortmeldung des wackelnden Vagabunden und sich selbst bei der Gelegenheit (23. 1.) zum »Historiker« ernannt habenden Brechtklippschülers Lutz »Dichter« Rathenow zu dokumentieren, dafür fehlt uns die Kraft. Oder, halt, nein, wenigstens das: »Brecht denkt an die Brecht-Tage und schwitzt leicht. Obwohl es kühl, er aber gar nicht cool ist. Die Dialektik, stottert er.«

Bongfallerbuff.

Thema des Jahrtausends

Di died. Nun stahl man »ihr geheimes Tagebuch«, wie überraschend »Das Neue« enthüllte (24. 1.), »ein Bündel DINA-5-Blätter, beschrieben mit blauer Tinte. ... Vom Herzen schrieb sich« die Braut in spe eine echte »Sensation«. 6.1.1997: »Ich finde, daß Andrew einen Top-König abgeben würde.« 20. 1.: »Die armen Kinder, ohne Beine.« 2.5.: »Habe mit einer Flasche Champagner gefeiert. Tony Blair hat gewonnen. Ich mag ihn. Der Major hat mir oft die kalte Schulter gezeigt.« 21.7.: »Wiedersehen mit Dodi, den ich ja schon lange kenne. Mein Gott, ein toller Mann ist der geworden! «

Schon ganz gut. Zur literarischen Größe des Diariums von Lothar Matthäus, dem geheimen Jahrhundertseller des Jahres 1997, reicht's leider nicht. Das heißblütige Blaublut verendete bei geschätzten 196 Mercedes-Stundenkilometern, der unterkühlte Rote (FC Bayern) fährt sicherheitshalber gar nicht erst los: »Ich steige gerade in meinen Mercedes, schon klingelt das Handy« (18.7.97). Und Matthäus nimmt ab. Das war die Rettung.

Thema der Woche

»Job-Terror bei Höchst! « Wer klagt an? Die kommunistischste Tageszeitung der Welt, am 27.1.

Hamburger Anthologie*

Glück

Ein leerer Autobus
stürzt durch die ausgesternte, Nacht.
Vielleicht singt sein Chauffeur
und ist glücklich dabei.

Vielleicht aber auch nicht. Vielleicht dünkt ihm auch Zotiges angesichts des entrückten Berufskaschuben, der sich wieder einmal in der Pose äußerster Entrückung am Straßenrand aufgebaut hat und den sinnenden Blick durch die sternhagelvolle Nacht zoomen läßt. Wir wissen's nicht und Günter Grass, Autor des nebenstehenden »Glücks«, wohl ebensowenig. Es wäre zu diesem rührenden Stück Lyrik auch nichts weiter anzumerken, hatte es nicht Eingang in die von Jörg »Jürgen« Drews herausgegebene Anthologie »Das bleibt. Deutsche Gedichte von 1945 bis 1995« gefunden und damit die Frage nach dem Warum und Wodurch seines Bleibens auf die Tagesordnung dieser Rubrik gehoben. Denn ansonstig und großenteils können die von Drews versammelten Verse durchaus als des Versammelns würdig angesprochen werden, und nur Grassens krasser Zweisatzvierzeiler paßt nicht recht in die Revue hinein. Saß vielleicht Drews in eben jenem Bus und sang, als Grass denselben sah? Vielleicht. Was aber sang jener? Dies? - Der Autobus ist voll / Und voller sein Chauffeur / Was bleibt, stürzt durch die Nacht Und Grass blickt hinterhör.

*bleibender Gedichte

Konkret 03/98, S. 46

Alexander Bogner

Ansichten eines Klons

Warum das Klonen von Menschen morgen erlaubt sein wird, verraten schon heute die Argumente der Klonierungsgegner

»>Bokanowskyverfahren<, sagte der Direktor, und die Studenten unterstrichen das Wort in ihren Heftchen. Ein Ei - ein Embryo - ein erwachsener Mensch: das Natürliche. Ein bokanowskysiertes Ei dagegen knospt und sproßt und teilt sich. Acht bis sechsundneunzig Knospen - und jede Knospe entwickelt sich zu einem vollausgebildeten Embryo, jeder Embryo zu einem vollentwickelten Menschen. >Standardmenschen!< rief der Direktor begeistert. >96 identische Geschwister bedienen 96 identische Maschinen.<« (Aldous Huxley: *Schöne neue Welt)*

Das geheimnisvolle Verfahren der Bokanowskysierung heißt heute prosaisch »Klonen«, und inzwischen liegt auch bereits eine Bewerbung für den Posten des Direktors in der Reproduktionsfabrik der Zukunft vor. Richard Seed, Genforscher aus Chicago, hat jüngst mit seiner Ankündigung, demnächst Menschen serienmäßig klonen zu wollen, für Investoren geworben. Die Technik der ungeschlechtlichen Fortpflanzung ist, verglichen mit Huxleys Utopie aus dem Jahre 193 1, in der die Eier zur Multiplikation mit Alkohol, Röntgenstrahlen und Kälteschocks traktiert werden, eher unspektakulär. Zur Erzeugung menschlicher Klone stehen zwei Verfahren zur Verfügung. Einmal das Embryonensplitting, das Aufspalten von Embryonen in frühen Teilungsstadien, und die Zellkern-Transplantation, bei der einer Eizelle, deren eigenes genetisches Material entfernt wurde, eine ausdifferenzierte Körperzelle eingepflanzt wird, die in der Lage ist, den Bauplan des gesamten Organismus zu steuern - genau wie eine Keimzelle.

Die Anwendung der ersten Methode ist längst Geschichte. 1993 wurden am George Washington Medical Centre erstmals menschliche Embryonen vervielfältigt: Amerikanische Senatoren schäumten, die Öffentlichkeit tobte, und Bioethiker wie Peter Singer wiesen nüchtern darauf hin, daß, wer die bereits akzeptierte Reproduktionstechnologie sicherer, perfekter und weniger invasiv gestalten wolle, gegen das Embryonensplitting nichts einzuwenden haben dürfte.

Die aktuelle Aufregung resultiert dagegen aus Seeds Zusicherung, auf Wunsch jedem Erwachsenen seinen quasi eineiigen Zwilling, nur 30, 40 Jahre jünger, im Labor heranzuzüchten. Erst im Februar letzten Jahres waren schottische Molekularbiologen mit einer Zellkern-Transplantation erstmals bei einem Schaf erfolgreich gewesen. Diese Methode, alarmierte kurz darauf eine ausgewählte Gruppe von Wissenschaftlern den deutschen »Zukunftsminister«, könne »grundsätzlich auch auf den Menschen übertragen werden«. Das Europäische Parlament verabschiedete noch im März 97 eine Resolution gegen das Klonieren von Menschen, und der Europarat erarbeitete in weniger als einem Jahr ein erstes international verbindliches Klonierungsverbot. Dieses Ergänzungsprotokoll zur Bioethik-Konvention haben bisher 19 von 40 Mitgliedsstaaten der EU unterzeichnet. Die BRD gehört nicht dazu, weil sie der Bioethik-Konvention aus guten Gründen bisher nicht beigetreten ist. Das Klonen ist deshalb hierzulande nicht etwa erlaubt. Das deutsche Embryonenschutzgesetz von 1990 bedroht jeden Versuch, menschliche Klone herzustellen, mit bis zu fünf Jahren Haft bzw. Geldstrafe.

Warum also die heillose Aufregung bei den deutschen Leitartiklern, als der bibelfeste Seed Anfang Januar erklärte, daß Klonen »endlich der erste Schritt ist, wie Gott zu werden«, und damit nur die alttestamentarische Zukunftsperspektive der Gottesebenbildlichkeit beim Wort nahm? Ist es die Ahnung, daß Gesetze, sofern sie in diesem Bereich überhaupt greifen, allzu weich sind? Ist es der überkommene Aberglaube, daß technischer Fortschritt mit sozialem identisch ist und darum nicht die Befürworter, sondern die Blockierer einer neuen Technologie sich erklären müssen? In der »Zeit« jedenfalls holte Ulrich Greiner auf der Titelseite gegen den neuen »Frankenstein« aus und führte - ausgerechnet gegen den Kirchgänger Seed - die »europäisch-christliche Kultur«, das »Gespür für Maß und Stil, für Sitte und Tradition« ins Feld. Daß zu dieser Kultur, die bestimme, »was wir für gut und richtig halten«, Kontroll- und Selektionsmechanismen im Reproduktionsbereich selbstverständlich dazugehören, macht Greiners wilden Angriff auf das Klonen zur Normalitätsapologetik. »Zeugen statt züchten« appellierte Greiner in der Titelzeile, und was sich in dieser Zuspitzung wie der obszöne Aufruf zur demographischen Expansion liest, ist nichts anderes als der naive Glaube, Kontingenz und Selbstbestimmung böten hinreichenden Schutz vor einer Eugenik, deren Gedeihen Greiner von Planung und zentraler Direktive abhängig wähnt.

Nicht viel besser machte Jürgen Habermas seine Sache in der »Süddeutschen Zeitung«. Wie Greiner mobilisierte er gegen eine Liberalisierung der Technik den philosophischen Liberalismus und verhandelte wie selbstverständlich die geschlechtliche Reproduktion als Reich der Freiheit. »Keine Person darf über eine andere so verfügen und deren Handlungsmöglichkeiten so kontrollieren, daß die abhängige Person eines Stückes ihrer Freiheit beraubt wird. Diese Bedingung wird verletzt, wenn einer über das genetische Programm eines anderen entscheidet.« Klonieren tangiert also die Menschenwürde des Kindes, indem es als Genkopie in unhintergehbarer Weise fremdbestimmt wird. Wenn man schon einem genetischen Determinismus frönen will, der die individuelle Autonomie von der Mischung zweier halbierter

Chromosomensätze abhängig macht, läge die Frage nahe, ob nicht gerade der Klon eines bestimmten Individuums zu besonderer Selbstbestimmung fähig sein könnte. Und ist nicht jede Zeugung eine Form von Fremdbestimmung?

Wer das Problem des Klonens aus seinem sozialen Zusammenhang löst und auf Identitätsfragen zuspitzt, verschleiert den Konnex von Technifizierung und Lebensnormierung im Reproduktionsbereich, der im Zentrum der Debatte stehen müßte, und droht in Biologismus abzugleiten. Die gefürchtete genetische Fremdbestimmung mit dem Recht auf eine bestimmte genetische Identität ausbremsen zu wollen, wäre jedoch schon insofern albern, als Kinder ihre Eltern, die ihr Erbgut für gut genug erachtet hatten, um daraus Nachkommen herzustellen, gerade auf unterlassene Klonierung verklagen könnten. Im übrigen: Verstünde man dieses Recht auf genetische Identität als Anspruch des Kindes auf die Genmischung zweier Individuen, liefe es sowieso ins Leere. Denn der Klon ist nicht das genetische Kind des DNA-Spenders, sondern von dessen Eltern.

Als letzte Argumente gegen den Fortschrittselan der Technizisten verbleiben damit im Repertoire der Klonierungsgegner die verzweifelte Anrufung der Natur, der Rekurs auf den vagen Begriff der Menschenwürde und/oder die Berufung auf Kant. Vor allem im Zuge der ökologischen Rehabilitation eines positiv besetzten Naturbegriffs wird dabei die Überzeugung vom Wert der Natur gegen das Klonen aufgeboten. Der menschliche Eingriff in zufallsabhängige Naturprozesse zum Zwecke ihrer Vereinheitlichung wird hier als Überschreitung einer imaginären Grenze interpretiert, hinter der das Feuilleton gern das Göttliche ansiedelt. Die Kritik des Klonens reagiert sich so an seinem stofflichen Produkt ab, und der Homunculus wird zur Projektionsfläche einer konservativen Kulturkritik. Hier der geschlechtlich gezeugte Mensch - dort der Klon, Symbol eines maschinengestützten Daseins, Abguß einer hypertrophierten Zivilisation, Personifizierung des schlechten Abstrakten: Die Ineinssetzung von zufallsgesteuerter Fortpflanzung und unverfügter Natur bietet Ansätze zu einer lebensphilosophisch inspirierten Vernunftkritik, die das harmonische Naturarrangement als organische Ganzheit vergötzt.

Den zweiten Weg wählte die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die kurz nach »Dolly« das Klonen von Menschen als »ethically unacceptable« verurteilte, weil es gegen die Menschenwürde und den Schutz des menschlichen genetischen Materials verstoße. Zur gleichen Zeit betonte die Unesco in einer Pressemitteilung, »that the human genome must be preserved as common heritage of humanity«. Vorläufig, da helle Empörung herrscht, tragen diese mühsamen Konstruktionen noch, die eine individuelle oder gattungsbezogene Würde zur Abwehr des Seed'schen Affronts anrufen. Wenn der öffentliche Konsens demnächst unter dem Ansturm von Präzedenzfällen, die das Klonen als einzige Therapiemöglichkeit präsentieren, erodiert, wird das ganze Kartenhaus jedoch lautlos in sich zusammenfallen. Philip Kitcher hatte in der »Zeit« schon zwei einschlägige Beispiele parat: »Etwa wenn der einzige Sohn einer Familie eine Nierentransplantation benötigt und weder Eltern noch Verwandte in der Lage sind, diese zu spenden. Ein geklonter Bruder könnte in so einem Fall zum Lebensretter werden. Oder wenn ein lesbisches Paar unbedingt ein Kind haben möchte, das biologisch mit ihnen beiden verbunden ist.« Das aber bedeutet, daß eine fundierte Kritik des Klonens ohne die Kritik jener Medizintechnologien, die quasi organisch mit dem Klonen verbunden sind, nicht zu haben ist.

Eine dritte Anti-Klonierungs-Position rettet sich in den kategorischen Imperativ Kants. Das Gebot, den anderen Menschen nicht als bloßes Mittel zu gebrauchen, sieht Habermas im Fall des Klons in einem Ausmaß verletzt, die ihm »einen Vergleich mit dem historischen Beispiel der Sklavenherrschaft nahelegt«. Ähnlich dem Sklavenhalter halte der narzißtische Zellspender sich seinen Nachkommen - sofern der Klon nicht ohnehin nur zur Gewebe- oder Organspende aufgezogen wird - nur zu dem Zweck, daß ein exaktes Duplikat seiner eigenen Anlagen in der Welt sei. Ist eine solche Instrumentalisierung unmoralisch?

Die Kritik des Klonens mit Hilfe der Kategorien einer liberalen Moralphilosophie öffnet das Tor für das fruchtlose Feilschen um die Wertigkeit verschiedener bioethischer Prinzipien. Kann das Elternmotiv noch eine Rolle spielen, wenn das spätere Leben des Klons in seinem wohlverstandenen Eigeninteresse liegt? Wird das Delikt der Instrumentalisierung nicht gleich mehrfach von seinem Ergebnis, der Ermöglichung eines sinnvollen Lebens, aufgewogen? So fragt der englische Bioethiker John Harris (»Journal of Medical Ethics« 23/97) und bläst, um den Menschenzüchtern zu ihrem moralischen Recht zu verhelfen, zum Gegenangriff. Harris, der schon die internationale »Euthanasie«-Debatte der 80er Jahre mit einer guten Portion Eugenik würzte, kontert die Attacke der liberalen Klonierungsgegner einfach mit einem radikalisierten Liberalismus aus. Nicht die Technik des Klonens, sondern das Verbot des Klonens verletze, so Harris, den Kein menschlicher Würde, nämlich seine Autonomie, im speziellen Fall: seine Reproduktionsautonomie. War dieser Begriff in feministischen Kreisen einst geprägt worden, um den Frauen die Verfügung über den gesamten Reproduktionsprozeß (von den sexuellen Bedürfnissen bis zur Säuglingsversorgung) zurückzuerobern, dient er der modernen Bioethik heute dazu, unter Berufung auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Eltern, die dem Kind mit allen technischen Mitteln die *pole* position für den Start in die Konkurrenzgesellschaft sichern wollen, freie Fahrt zu fordern für die technischen Voraussetzungen zur Realisierung von Züchtungsutopien.

Der so eigenartig abstrakte Selektionsdruck, der sich im Zusammenspiel von sozialen Standards, Reproduktionsindustrie und individueller Nachfrage aufgebaut hat, nimmt mit den Möglichkeiten des Klonens deutlich zu. Auch wenn im

nachhinein niemand mehr eine genaue Ursache benennen kann für diese scheinbar unausweichliche Entwicklung hin zur genetischen Optimierung, weil jene längst in einem Wust von individuellen, sozialen, auch juristischen und medizinischen Faktoren verschwunden ist, herrscht im Resultat blindes Einvernehmen über den genetischen Imperativ. Die große Empörung über das aktuell Menschenmachbare lenkt davon ab, daß sich die modernen Gen- und Reproduktionstechnologien, die schon deshalb akzeptiert sind, weil sie auch in Deutschland der Riesenmarkt zu werden versprechen, der sie in den USA längst sind, bereits sehr nahe an das Ziel der Herstellung perfekte Kinder herangearbeitet haben.

Nur wenn sie zur Lösung ernster sozialer Probleme beitrügen, so bestimmt es das Gebot der Reproduktionsautonomie, wären staatliche Eingriffe in diesen Privatbereich gerechtfertigt. Das aber ist auch im Fall des Klonens nicht zu erwarten. Schließlich wird, was die Legitimität der Pränataldiagnostik nicht hat in Frage stellen können, Behinderung schon heute für eine vermeidbare »Panne« gehalten. Mit dem Klonen aber wird auch noch das vierprozentige Basisrisiko einer Spontanmutation getilgt, und »Gendefekte« sind ausgeschlossen. Den Hinweis auf die implizite eugenische Logik der Reproduktionstechnologie kann die Bioethik achselzuckend zur Kenntnis nehmen, weil in den liberalen Demokratien die Mehrheit mit einer subtilen, dezentralisierten Eugenik keine Probleme hat. Das gilt oft auch für die linke Minderheit. So war es nicht etwa ein Rechter, sondern der Sozialist und Genetiker J.B.S. Haldane, der bereits Anfang der 50er Jahre vom Klonen träumte: »Zur Lösung ihrer immer komplexeren Probleme braucht die Welt dringend Kopien von wirklich außergewöhnlichen Menschen.«

Elisabeth Beck-Gernsheim hat mit Blick auf die spektakulären Angebote der Gentechnologie dargelegt, wie der Prozeß ihrer Durchsetzung wohl auch beim Klonen verlaufen wird. »Am Anfang stehen Erschrecken, Empörung, vehementer Protest; als nächstes bleibt zwar immer noch die Ablehnung, doch schon tritt die Empörung zurück, die emotionalen Barrieren werden niedriger; dann kommt die Neugier auf, eine erste Bereitschaft, noch mit Vorsicht gemischt; schließlich folgen Gewöhnung und Normalisierung auf leisen Sohlen« (»SZ«, 13.1.98). Auf der ideologischen Ebene folgt diese Normalisierung einer Legitimationsstrategie, die auf bekannte »Dominoeffekte« setzt: Jede neue Technologie präsentiert sich mit immanenter Logik als einzig sinnvolle Antwort auf Probleme, die aus der Anwendung etablierter Verfahrensweisen herrühren. In der Folge konstituiert sich dann eine regelrechte »Erbfolge«, die den mißtrauisch beäugten Neulingen über die Autorität bereits akzeptierter Techniken die notwendigen Referenzen besorgt. Und so wird es auch die Gentechnik zukünftig halten.

Entgegen dem Eindruck, den das Medienspektakel zur Zeit macht, ist das Klonen keineswegs *der* moralische Dammbruch, die Überwältigung einer gemütlichen Normalität durch Exzesse menschlicher Hybris. Der Übergang zum Klonen ist längst fließend. Das Klonen ist zunächst einmal eine logische Antwort auf jene ungelösten Probleme, die die Etablierung medizinischer Kontroll- und Selektionsmechanismen wie Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik, aber auch die In-vitro-Fertilisation provoziert haben. In diesem Kontext muß das Klonen dann seinerseits als Wegbereiter der Keimbahntherapie betrachtet werden, die auf die Manipulation der Erbanlagen abzielt und die Fusion von Gen- und Reproduktionstechnologie perfektioniert.

Beim Klonen wird die Trennung zwischen Keimzelle und Körperzelle aufgehoben. Eine durch eine somatische Gentherapie dauerhaft modifizierte Körperzelle, die bei diesem Verfahren zu Fortpflanzungszwecken »reprogrammiert« wird, ist nichts anderes als eine manipulierte Keimzelle. Dieser nicht-intendierte, unspezifische und damit auch nicht steuerbare Eingriff in die Keimbahn würde mit genaueren Informationen über seine Konsequenzen die Chancen einer gezielten Manipulation, die Keimbahntherapie also, auf die Tagesordnung setzen. Die zunächst noch tastenden Erörterungen damit zusammenhängender Möglichkeiten könnten sich bald zur lautstarken Eroberung eines noch sorgfältig gehüteten Tabubereichs auswachsen, wenn termingerecht im Jahre 2002 die Entschlüsselung des menschlichen Genoms abgeschlossen sein wird und die erwartbare Nachfrage auf gentechnische Diagnose- und Therapiemöglichkeiten losbricht. Mit der Freigabe der Keimbahntherapie würde sich dann die Vision vom perfekten Menschendesign erfüllen, ohne daß Huxleys Utopie vom autoritären Weltstaat wahr geworden wäre.

Konkret 03/98, S. 49

Pascal Beucker

Gute Manieren

Die Studentenproteste haben die Lage an den Hochschulen nicht verändert: eine Bilanz

»Zehn Wochen war die Uni krank, nun paukt sie wieder - Gott sei Dank«, reimte die »Frankfurter Rundschau« über das Ende des vermeintlich »größten studentischen Ausstands seit 1968«. So hat man den Studentenprotest gern: mediengerecht, wohldosiert und -temperiert - bevor er überkochen kann, ist er auch schon wieder vorbei.

Indes hatte es die Studentenbewegung im Wintersemester 1997/98 auch schwer: Ausgerechnet in der biederen »Zeit« riet ein »Creativ-Direktor« der Werbeagentur Scholz & Friends: »Seid radikal!« Der Chef der Frankfurter Börse, Werner Seifert, versprach demonstrierenden Studenten, zehn zusätzliche Praktikantenstellen und spendete großherzig 26 Computer. Auch Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers fand es richtig, daß der akademische Nachwuchs laut und deutlich für bessere Lehre und Forschung eintrat. Schließlich wollten »die jungen Menschen« »nicht die Weltrevolution, sondern bessere Studienbedingungen«. Sogar Helmut Kohl erklärte den Studenten seine »Sympathie und Unterstützung«. Als hätten alle nur auf den Aufstand der »Kuscheltiere« (»Süddeutsche Zeitung«) gelauert.

Längst ist es ein nationaler Konsens, daß sich an den Universitäten schon wg. Standort etwas ändern muß. Eine grundlegende Reform soll her. Das Rezept lautet: Mehr Wettbewerb und Leistungsorientierung für Hochschulen und Studierende - kostenneutral, versteht sich. Das bedeutet: mehr Markt und weniger Studenten. Der Ruf nach Studiengebühren wird dabei immer lauter. Er kommt nicht mehr nur von Konservativen oder dem unvermeidlichen Peter Glotz. Alle großen Blätter propagieren inzwischen ihre Einführung. Ihnen allen kamen die Proteste ganz recht, bewiesen die Aktionen der Studenten doch, daß die Situation an den Hochschulen nicht mehr tragbar sei.

Von Anfang an wehrten sich die Studierenden - wenn auch verhalten - gegen derartige Instrumentalisierungsversuche. In der Öffentlichkeit wurden sie jedoch, was immer sie auch erklärten, weitgehend auf die platte Forderung »Mehr Bücher - mehr Geld! « reduziert. Die Forderungskataloge der Streikenden enthielten dagegen mehr: Da wurde die Verwirklichung des Grundrechtes auf Bildung ebenso gefordert wie die Abschaffung aller Gesetze und Regelungen, die Studierende ohne deutschen Paß diskriminieren, eine stärkere Frauenförderung war ebenso gewünscht wie mehr Hochschuldemokratie - alles hart am Uni-Tellerrand, aber trotzdem mehr, als von einer Studentengeneration zu erwarten war, die mit der geistig-moralischen Wende in die Schule kam. Auch wenn die studentische Protestbewegung sich explizit nicht als »links« verstand, dokumentieren ihre Forderungen den immer noch vorhandenen Einfluß der studentischen Linken. Auf dem Protesthöhepunkt Anfang Dezember waren unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 500.000 bis 800.000 der insgesamt über zwei Millionen Studierenden in Aktion. An rund 100 Hochschulen wurden Vorlesungen und Seminare boykottiert und blockiert. Die »Tagesschau« meldete die neuesten »Streikzahlen«, das »heute journal« schickte seine Kamerateams von einer Uni zur anderen, und natürlich ließ es sich keine Zeitung nehmen, einen Reporter zur Gießener Justus-Liebig-Universität zu schicken - dort hatte der Protest Ende Oktober seinen Anfang genommen.

Allerdings gab's überall auch »phantasievolle Aktionen« - soweit die Kameras reichten. Da versammelten sich Hunderte im Kreis um ein einziges Buch, um auf die katastrophale Lehrmittelausstattung aufmerksam zu machen. Sportstudenten joggten durch die Straßen unter dem Motto: »Wir laufen unseren Scheinen nach.« Professoren hielten ihre Veranstaltungen in Zügen ab - »auf dem Weg in die Zukunft«. Am Tag vor Nikolaus stellten 80 Studenten der Kieler Universität ihre Schuhe mit Wunschzetteln vor den Eingang des schleswig-holsteinischen Landtages. Vor dem Hamburger Rathaus spielten sie Reise nach Jerusalem - der Sieger erhielt einen symbolischen Gutschein für einen Studienplatz. Natürlich durfte auch die Aktionsidee »Die Bildung geht baden - wir auch« nicht fehlen: Ulmer Studenten stiegen in die eiskalte Donau, Kasseler Jung-Akademiker in die Fulda, und der Hamburger Nachwuchs sprang in die Alster. Eine »Spaßguerilla für ein reibungsloses Studium« konstatierte die »Süddeutsche Zeitung«.

Aber nicht alle studentischen Einfälle wurden begrüßt: Als am 3. Dezember Studierende die 26 Computer, die ihnen kurz zuvor gespendet worden waren, auf dem Frankfurter Börsenplatz zertrümmerten, straften Funk, Fernsehen und Zeitungen die Undankbaren mit Nichtachtung. Auch als in Köln über 2.000 Studierende die Gleise vor dem Kölner Hauptbahnhof besetzten, um den Zugverkehr lahmzulegen, reagierten die Medien wenig euphorisch. Die Kölner Boulevardzeitung »Express« ließ Bildungsminister Rüttgers mit dem Zeigefinger drohen: Bleibt gewaltfrei! Eine unnötige Ermahnung: Der überwiegenden Mehrheit der Protestler stand ohnehin nicht der Sinn nach »Radikalisierung«. Mit Beginn der Weihnachtsferien war es mit der Streikbewegung eigentlich schon wieder vorbei, auch wenn viele ihrer Protagonisten das nicht wahrhaben wollten. Vielerorts wurden die Vorlesungsboykotte nur »ausgesetzt« - in der irrigen Annahme, die Proteste würden nun eine »neue Qualität« gewinnen.

Die »FAZ« kannte die Studierenden besser: »Es hat lange gedauert, bis die Studenten protestierten, und alle, die so >normal< sind, wie es der Bundeskanzler sagt, also die meisten, werden auch nicht lange auf die Straße gehen: Sie wollen durch Demonstrationen nicht erreichen, daß sie im Studium zurückfallen und die Not noch vergrößern«, stellte sie bereits

Mitte Dezember fest. Weniger analysestark erwies sich dagegen die »junge Welt«. In ihr erwartete ein Schlachtenbummler noch Anfang Januar Großes. Die »Streikstudenten« würden »eine Restlinke« erledigen, »die ihr Verlierergeplärre zur letzten Bastion gegen den Faschismus erklärt hat und die sich längst für nichts mehr interessiert als für ihre Selbstzerfleischung«, prophezeite er und irrte: Nicht nur die gesellschaftliche Restlinke hat die Studierendenproteste unbeschadet überstanden, auch ihre Überbleibsel an den Universitäten haben von ihnen profitiert. Viele linke Hochschulgruppen haben Zulauf wie seit langem nicht mehr. Seit Anfang Februar gibt es sogar wieder einen linken Verband: Gruppen aus dreizehn Städten gründeten in Bochum ein »Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen«.

Ansonsten sind von den Protesten vor allem Kuriositäten geblieben: In Berlin, Köln und einigen anderen Städten versuchen Studierende, die FDP zu unterwandern, um »studentische Belange endlich wirksam in die Politik zu tragen«. »Wir verbinden mit unserer Initiative keine weiteren Orientierungen als eben genannte Einbringung der Betroffeneninteressen. Wie diese im einzelnen aussehen und umgesetzt werden sollen, wollen wir nicht vorgeben«, so das studentische »Projekt Absolute Mehrheit« in Berlin. Andere wollen lieber gleich eine eigene »Studentenpartei« gründen: »für eine ehrliche, vernünftige und zukunftsfähige Politik« - und zur Bundestagswahl antreten. Manche arbeiten auch fieberhaft an der Gründung einer »Studierendengewerkschaft«, um »unsere Bewegung voranzubringen«. In ihr könnte sich eine interessante Mischung finden: Eine »In oder Out«-Umfrage des Hochschulmagazins »Audimax« im Herbst letzten Jahres ergab, daß zwar 63 Prozent der bundesdeutschen Studierenden »politisches Engagement« irgendwie klasse finden - wesentlich größerer Beliebtheit erfreuten sich allerdings »gute Manieren« (87 Prozent), »Karriere machen« (89 Prozent) und »Sparen« (80 Prozent). Auch der »Tag der deutschen Einheit« schnitt mit 67 Prozent besser ab - dafür sind zehn Wochen Remmidemmi doch ganz schön viel gewesen.

Konkret 03/98, S. 50

Georg Fülberth

L'état c'est Hacks

Für gewöhnlich haben Dichter von der Staatskunst und vom Staat keine hohe Meinung. Eine Ausnahme bildet Peter Hacks - allerdings ist Hacks, der am 21. März seinen 70. Geburtstag feiert, auch kein gewöhnlicher Dichter

1. Staatskunst

Bitte laufen Sie in die nächste Leihbücherei, und holen Sie sich eine gedruckte Fassung der Komödie *Margarete in Aix** von Peter Hacks. Der starke Mann des Stücks ist so unscheinbar, daß er sogar im Personenverzeichnis fehlt: König Ludwig XI. (1461-1483), der als ein Vorbereiter des modernen französischen Staates gilt. Zu seinen Methoden gehört, daß er seine adeligen Gegner in Eisenkäfige sperren läßt. Deshalb heißt er auch *Der mit den Käfigen.*

Seine Gegnerin, Margarete, Königin von England, jetzt im Exil, konspiriert mit Karl dem Kühnen von Burgund. Ihr Vater, René der Erste von Anjou, der die Provence regiert, ist ein Philosoph und Poet, Freund der Trobadours, hat im übrigen gar keine Lust aufs Herrschen und würde gern sein Land an Ludwig von Frankreich abtreten. Margarete fährt empört auf:

Der doppelsinnige Heimlichtuer Ludwig,
Der mit den Käfigen, dem jeder grollt?
Der Dreck wär Ihnen recht ... ?

Darauf antwortet René so, wie es manche westdeutschen Linken in den sechziger und siebziger Jahren ja auch ganz gut konnten, nämlich: Das müsse man historisch sehen. Ludwig habe sein Land nach vernünftigen Grundsätzen einrichten wollen. Die Großen lehnten sich dagegen auf und fanden damit Anklang beim Volk. So richtete sich Ludwigs Repression gegen beide. Nun sitzt die Vernunft

vergittert mit
Eisernem Gitterzaun, bewacht von Wach-
Türmen aus Eisen, rollenden, und auf
Der Mauer Eisenhaken, selbst im Käfig.

So weit René über Ludwig XI. Dieser trickst Margarete und Karl den Kühnen aus, die Provence kommt an Frankreich. René lobt Ludwig:

0 neuer Ruhm, o trefflich neue Zeit,
Wo Staatsklugheit beinah der Klugheit ähnelt.

Staatsklugheit. Diesen Begriff merken wir uns bitte einen Moment. Er wird uns noch begegnen.

Margarete in Aix wurde 1969 in Basel uraufgeführt. Im Programmheft nannte Hacks den Übergang der Provence an Frankreich *die fortschrittliche Lösung.* Ein Erfolg Burgunds wäre die reaktionäre gewesen. Mit der auf Vernunft begründeten Anlage seiner Politik befinde der häßliche König Ludwig XI., der Mann mit den Käfigen, sich historisch im Recht.

1987, im Jahr des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik, schrieb Hacks *Jona. Trauerspiel in fünf Akten.* 1989 - die DDR trieb ihrer Schlußkrise zu, Gorbatschow absolvierte einen Staatsbesuch in Bonn - erschien das Stück als Buch im Aufbau-Verlag. Also: jetzt keine Komödie mehr, sondern ein Trauerspiel.

Ort der Handlung ist der Hof der Regentin Semiramis von Assyrien. Jona, eine Art teilnehmender Beobachter, faßt gegen Ende hin sein Urteil über das, was er dort erlebt hat, zusammen:

... Denn wahrlich, auf/ Zwei Herrschaftsweisen ist der Staat gegründet, / Auf Staatsvernunft, die das Vorhandne regelt, / Und Staatskunst, die ins Mögliche sich dehnt,- / Doch was dem Staat den Grund entzieht, ist Staats- / Schlaubergerei: dies selbstverliebte Lügen, /Dies alles dulden und so alles kränken, Dies immer eins tun und das andre auch Und keines folglich

ganz, dies nicht den ärmsten / Gewinn ausschlagen und am Ende jeden / Verpassen: So entsteht der Ekel und/ Der Niedergang. Das aber büße jetzt.

Staatsvernunft ist hier definiert als: *die das Vorhandne regelt.* Wir können sie als Synonym für das auffassen, was Hacks in *Margarete in* A ix und in *Jona* als Staatsklugheit bezeichnet. Hinzukommen nun die Staatskunst - *die ins Mögliche sich dehnt* - und die Staatsschlaubergerei.

1988 nahm Hacks in die Gesamtausgabe seiner Gedichte einen Nachruf auf einen Politiker auf Er trägt die zunächst merkwürdig anmutende Überschrift »1.8.1973« und beginnt mit dem Vers: Ul*bricht leider ist tot und Schluß mit der Staatskunst in Deutschland.*

Ziehen wir eine erste Zwischenbilanz: Der feinsinnige René von der Provence gesteht dem unangenehmen Vetter Staatsklugheit zu. Peter Hacks lobt Ulbrichts Staatskunst. Dichtung ist Kunst, und Politik kann Kunst sein. Künstlerische Arbeit ist für Hacks *das Vermenschlichen des Stoffs, das Erzeugen von Nichtgewesenem, das Befolgen selbstgegebener Gesetze, das In-den-Griff-Kriegen des Störrischen und Stimmigmachen des Widerstreitenden.* Subjekt der Staatskunst ist der Souverän, ihr Stoff die Gesellschaft. Das *Nichtgewesene* in der Gesellschaft entsteht durch Revolution und Staatskunst. Wird die Gesellschaft durch den Staat nur in Schach gehalten, ist das Staatsvernunft. Dies aber ist nötig. Gesellschaft wird nur durch den Staat erträglich. Das gilt auch für den Sozialismus. Er ist *Vergesellschaftung der Erzeugung bei zwei Bedingungen: Staatsmacht und Produktivität* (vgl. KONKRET 8/89).

Peter Hacks zitiert nicht Thomas Hobbes (1588-1679), aber er stimmt mit ihm überein. Die Gemeinsamkeit ist nicht angelesen, sondern ergibt sich daraus, daß die Dinge nun einmal so sind, wie sie von den beiden gesehen werden.

Hobbes kennt drei Staatsformen: Demokratie, Aristokratie und absolute Monarchie. Letztere hält er für die praktischste. Hacks bekennt sich zu einer *Vorliebe Ar gekrümmte Formen der Wahrheit, singende Delphine und absolute Monarchen.*

Für Hobbes ist der Naturzustand nur innergesellschaftlich überwunden, in den Beziehungen zwischen den Staaten dauere er fort. Hacks sieht das ähnlich: *Die Außenpolitik ist an der Politik das Geistlose,* und er erläutert dies so: *Sie kennt keine Gründe als den Grund der Macht. Wenn es einen Unterschied zwischen Politik und bloßem Machtvergleich gibt, dann ist Außenpolitik nicht Politik.*

Hobbes weiß, daß die absolute Monarchie eine Massenbasis braucht, er schreibt: »Das gemeine Volk ist die Stütze des Staates!« Hacks' Ludwig XI. vertritt in der Auseinandersetzung mit dem Hochadel zugleich die kleinen Leute. (Es kann vorkommen - wie gezeigt -, daß die das nicht merken.)

Bei Hobbes weist der Staat das Eigentum zu, er entscheidet - allerdings in den Grenzen von pragmatischen Erwägungen - über dessen Form: privat oder staatlich. Privateigentum ist also nicht naturgegeben. Es kann davon ausgegangen werden, daß Hacks das ebenso sieht.

Hobbes stellt für Hacks ganz offensichtlich auch die Kriterien bereit für seine Definition der Staatsschlaubergerei. Diese stellt sich ein, wenn der Staat im Interesse der Machterhaltung einer Clique, die sich an seiner Spitze befindet, auf die Wahrnehmung seiner Aufgabe, nämlich der Organisation der Gesellschaft, verzichtet.

Für Rousseau hat Hacks nur Hohn übrig. Seine Ablehnung gilt der Träumerei von einem guten Naturzustand ohne Privateigentum und der Forderung nach Identität von Staat und Gesellschaft. Beide sind nicht akzeptabel, wenn man davon ausgeht, daß privates oder öffentliches Eigentum durch die politische Gewalt definiert werden muß und daß diese, um die Gesellschaft ordnen zu können, von der Gesellschaft getrennt sein muß.

Montesquieu kommt bei Hacks nicht vor. Der ist an einer Theorie der Gewaltentrennung ebenso desinteressiert wie an einer Unterscheidung zwischen sogenannten »mittleren« Regierungsarten und der Despotie. Diese Indifferenz teilt er wieder mit Hobbes. Despoten können bei Hacks durchaus staatsklug sein. Es *ist bekanntlich das Wesen der Despotie, daß sie ein wirtschaftlich sonst nicht Vergesellschaftetes vergesellschaftet.*

Marxist ist Hacks, insofern er zugleich Hobbesianer sein kann. Die Schnittfläche ist nicht allzu schmal. Es scheint aber, als halte Hacks im Unterschied zu Marx, Engels und Lenin nichts vom Absterben des Staates im Kommunismus. Dieses Urteil kann dahingehend abgewandelt werden, daß er offensichtlich dem, was Engels die »Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen« nach dem Ende der Diktatur des Proletariats nennt, eine große Bedeutung zumißt.

Dies ist Thema der Komödie *Numa* von Hacks, 1977. Ort der Handlung ist Rom, die Hauptstadt eines von der kommunistischen Partei regierten modernen Italien. Es bietet keinen Stoff mehr für große Haupt- und Staatsaktionen, sondern eben lediglich für eine Komödie. Tatsächlich sehen wir hier einen eher schwachen Staat: Er hat nicht viel zu tun. Die Konflikte sind klein bemessen und fast nur noch amüsant.

Allerdings gibt es ein Problem, mit dem der Staat im Sozialismus ebensowenig fertig wird wie die asiatische Despotie, der Feudalismus und der Kapitalismus. Es ist das Geschlechterverhältnis. Dieses liegt außerhalb staatlicher Kompetenz. Numa

resümiert gleichsam achselzuckend:

Im übrigen: der Staat ist in den Fugen.

Und auf den Fugen sitzt ein Weib und weint.

Mehrere Dramen von Peter Hacks zwischen 1969 und 1989 bilden in ihrer Gesamtheit eine hobbesianische Phänomenologie der Staatstätigkeit. Darunter befindet sich auch ein Stück über die Bürokratie: *Prexaspes. Schauspiel in fünf Aufzügen,* 1976. In einem Kommentar würdigt Hacks die Beamten als die Vollstrecker der Staatsvernunft. Er gibt dabei einen Überblick über die Geschichte der Bürokratie, in der es drei Glanzzeiten gab: Die Leistung der Beamten in der asiatischen Despotie bestand in der Organisation der Bewässerung und der räumlich zerstreuten Produktion. Im Absolutismus entmachteten sie den Adel. Dies geschah formal zugunsten der Krone, wirtschaftlich jedoch im Interesse einer neuen Klasse: der Bourgeoisie. Die Bürokratie des Sozialismus sei derjenigen des Absolutismus sehr ähnlich. Ihre Aufgabe sei jetzt allerdings nicht Anbahnung des Kapitalismus, sondern dessen Überwindung und dauerhafte Fernhaltung.

Es gibt aber ein Problem. Im Sozialismus, so schreibt Hacks, sei der Beamte *dem Begriff nach abgeschafft, weil er. der Sache nach, wieder einmal besonders unentbehrlich ist. Die Gefahr der sich fortwährend aufs Neue erzeugenden Neigung zu wirtschaftlichem Selbsthelfertum wohnt ja nicht nur. wie die frühen Theoretiker annahmen, in der Bauernklasse. Sie wohnt auch kaum wesentlich mehr im Handwerk und der kleinen Unternehmerei,- all diese Sorgen hat der Sozialismus mit mehr oder weniger Glück berücksichtigt und inzwischen ziemlich ausgeräumt. Eine Sorte von Werkzeuginhabern jedoch hat er übersehen: die Besitzer eines hellen Kopfes.*

Solange die sozialistische Gesellschaft nicht Einrichtungen geschaffen hat, die einem arbeitsamen und erfinderischen Menschen erlauben, sich in Tätigkeit und mit öffentlichem Dank zu verwirklichen, wird diese unbefreite Produktivkraft nicht aufhören, ärgerlich aufzufallen. Die Gegenwirkung durch Beamte ist zwar nicht eben eine anmutige Lösung der Schwierigkeit, aber eine, beim Stand der Dinge, nicht zu ersetzende.

Das ist nicht zynische Affirmation eines unerträglichen Zustandes oder sarkastische Kritik, sondern die eiskalte Darlegung einer Konstellation: die DDR in der Sackgasse, 1976.

2. Klassik und Romantik

Hier halten wir besser mal ein und fragen uns, ob wir überhaupt das richtige Verfahren anwenden. Wir beschäftigen uns ja mit einem Lebenswerk, das sich über viereinhalb Jahrzehnte erstreckt: vom *Volksbuch vom Herzog Ernst,* 1952, bis jetzt. Darf man das tatsächlich unbesehen als Einheit betrachten? Natürlich nicht. Es gibt einen Lebenslauf und eine Werkbiographie.

Das gilt noch nicht für den Weg des Peter Hacks von München nach Ostberlin 1955. 1963 aber wurde das Stück *Die Sorgen und die Macht* am Deutschen Theater in Berlin vom Spielplan abgesetzt. Auf dem 11. Plenum des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965 wurde Hacks' *Moritz Tassow* als pornographisch angegriffen. Er hat danach - mit einer Ausnahme - keine Gegenwartsdramen mehr geschrieben. Die Ausnahme ist *Numa,* doch diese Komödie wurde in der DDR nicht aufgeführt.

Hacks schrieb jetzt *Sozialistische Klassik.* Er sprach auch von einer *Postrevolutionären Dramaturgie.* Als ihre Grundlage sieht er einen zwischenzeitlich erreichten Gesellschaftszustand, in dem der Ausblick auf die freie Entfaltung aller schon möglich ist.

Fortan gibt es bei Hacks eine gespaltene Produktion. Einerseits schreibt er seine Staatsdramen - von *Margarete in Aix* bis *Jona.* Sie kamen nur schwer auf die Bühnen der DDR. In anderen Stücken aber bemühte er sich, einige zeitlose Möglichkeiten vorzuführen, die allerdings nur durch den Sozialismus eine Chance hätten, deshalb So*zialistische Klassik:* Senecas Haltung, Jupiter in *Amphitryon,* Epimetheus in *Omphale.*

Formal verband sich dies in einer starken Orientierung an der Weimaraner Klassik und dabei fast ausschließlich an Goethe. Hacks interpretierte die Literatur dieser Periode nicht als eine Projektion dessen, was der Absolutismus verweigerte, in das Kunstschöne. Vielmehr war für ihn die Goethesche Klassik die damals einzig mögliche Negation des beginnenden Kapitalismus. Die Bourgeois-Herrschaft wurde durch sie nicht bekämpft, von ihr wurde abgesehen. Die spätere praktische Aufhebung sei die proletarische sozialistische Bewegung gewesen. In der *Sozialistischen Klassik* des zwanzigsten Jahrhunderts verbänden sich die beiden Negationen. Explizit befindet sich Hacks hier in der Nachfolge von Georg Lukács.

Klassik ist für ihn nicht an den Übergang vom 18. ins 19. Jahrhundert gebunden, deshalb sei sie auch eine Möglichkeit in der DDR. In der künstlerischen Praxis macht dies aber nur eine relativ kurze Periode in der Werkbiographie von Peter

Hacks aus - ungefähr bis *Omphale,* 1977. Ihre positiven gesellschaftlichen Voraussetzungen waren im Rückblick für ihn schon nach Ulbrichts Sturz 1971 obsolet, die reale Entwicklung der DDR gab allmählich immer weniger Anlaß für *Sozialistische Klassik.*

In den achtziger Jahren übte sich Hacks in der Attacke auf jenes Phänomen, welches er als *Romantik* bezeichnet. In Politik und Literatur ist dies für ihn die Zerstörung der Form durch den Stoff - des Staates durch die Gesellschaft oder eines klassischen ästhetischen Kanons zum Beispiel durch die Mischung von Epik und Dramatik. Insofern Sozialismus aktuell nur durch Staat möglich ist, ist Romantik bei Hacks eine Ideologie des Kapitalismus. Auch sie ist für ihn nicht auf den Übergang vom 18. Jahrhundert ins 19. beschränkt. Sie ist ein zeitübergreifender politischer und literarischer Topos vom Turnvater Jahn bis - Bertolt Brecht.

Tatsächlich: Brecht. Einst war Hacks sein Schüler. 1959 aber bedauerte er ihn als einen armen Teufel, der es in dürftiger Zeit nur bis zum Aufklärer habe bringen können. Und 1982 hängte er ihm den schlimmsten Titel an, den er zu vergeben hat: *der geborene Romantiker.* Brechts Werk aber weist zumindest in seiner sozialistischen Phase nirgends jene Verbindung mit kapitalistischen Tendenzen auf, die Hacks dieser Richtung nachsagt. Es handelt sich um ein Fehlurteil.

In der Politik ist Romantik für Peter Hacks die Revolte der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Vernunft, wobei er selbst den preußischen König Friedrich Wilhelm III. im Vergleich zu dem patriotischen Dichter Ernst Moritz Arndt für das kleinere Übel hält.

Bevor der professorale Opportunist Carl Schmitt (1888-1985) ein Nazi wurde, veröffentlichte er 1919 das Buch »Politische Romantik«. Dort stellte er fest: »Der Träger der romantischen Bewegung ist das neue Bürgertum.« Und nun Hacks: *Die romantische Ästhetik ist einfach die Ästhetik des bürgerlichen Zeitalters.* Für Schmitt ist sie »subjektivierter Occasionalismus, d. h. im Romantischen behandelt das romantische Subjekt die Welt als Anlaß und Gelegenheit seiner romantischen Produktivität«. Romantik kann also u. a. auch den Staat als notwendiges Subjekt nicht akzeptieren.

Die Übereinstimmung der Urteile ergibt sich aus dem historischen Faktum selbst: Unter dem mittelalterlichen Kostüm war die Romantik eine bürgerliche Bewegung. Der Gegensatz zwischen den beiden Autoren besteht darin, daß ein und dieselbe Sache einmal von rechts und einmal von links betrachtet wird. Für Schmitt ist der Terminus »Kapitalismus« nur ein anderes Wort für Liberalismus und Demokratie, die er ablehnt, weil sie dem Feind - dem Juden und dem Bolschewiken - seiner Meinung nach Raum geben. Hacks meint eine Produktionsweise, die ihre Vorzüge und ihre Nachteile hat, auf jeden Fall aber inzwischen überholt ist, woraus sich die Möglichkeit und Notwendigkeit des Sozialismus ergibt.

Im Kampf gegen die Romantik greift er zuweilen satirisch zu romantischen Stilmitteln, so in dem Stück *Die Binsen* (1985), welches er eine *Romantische Komödie* nennt. Ein ungenanntes, aber leicht zu erkennendes sozialistisches Land versinkt in absurdem, verlustreichem Außenhandel und in Faulheit.

3. Gott und Goethe

Die Gegenfigur zu Romantik und Kapitalismus ist Goethe. Man sagt Hacks nach, daß er sich mit ihm identifiziere. Das gilt gewiß für die politische Wertung. Im übrigen ist ihm das zu wenig. Ein Kapitel seines Buchs *Die Maßgaben der Kunst* heißt: »Über Hacks und die Welt«.

Am 21. März wird er siebzig. Doch für die Unsterblichen gibt es kein biblisches Alter.

***** Alle kursiven Passagen stammen von Peter Hacks

Konkret 03/98, S. 52

Horst Tomayer

Lieber Fritz!

In einer Welt, in der der Mensch die Fliehkraft des Rennroodels entfesselte, dieselbe aber im Eiskanal fast kaum mehr zu bändigen vermag

In einer Welt, in der immer mehr Menschen den beiden Schimären Jugend und Geld nachjagen

In einer Welt, in der man wünschte, daß das Militär sich von einem Erfrischungsgetränk angesprochen fühlte, von wegen Mach mal Pause

In einer Welt, in der »Norda« (zarte Heingsfilets Tomatencreme) und »Faxe« (dänisches Dosenpils) »unter Mitwirkung des Deutschen Schützenbundes e. V« und der Zeitschrift »Freizeit Revue« Menschen auffordern in Zeitungsanzeigen: »Gewinnen Sie, für Ihre Stadt das Norda und Faxe Stadtfest im Wert von 100. 000 DM. Mit Trio Klaus & Klaus, Riesenshow, Feuerwerk und vielen stimmungsvollen Überraschungen. Das Stadtfest gewinnt die Stadt (bei Städten über 100. 000 Einwohner der Stadtteil), aus der im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten Coupons (Porto 1,- DM) bis 30.04.98 eingeschickt werden. Welche Stadt gerade in Führung liegt, erfahren Sie im Internet: wwwnorda-faxe.de«

In einer solchen Welt, lieber Fritz, begehst Du am 4. März Dieses Deinen Sechzigsten. Fritz, Du hast keine Zeit und ich muß auch gleich wieder los, laß es uns also kurzmachen:

Fritz, sei bedankt an diesem Tag für Deine ausgebuffte bambiflankenschlanke Prosa und für Deine zuchtvoll edelmännischen Gedichte

Und sei bedankt für ach so manch gerissnes bübisch-tückischhübsches Blatt

Fritz, mach uns bittschön unsre Hoffnung nicht zunichte

Auf fürdere Gedankenwerke und Gesichte

Aus Deiner Werkstatt, gib uns reichlich, mach uns satt

Xundheit! ruft Dir zu, Dein Hotte Tomayer

Konkret 03/98, S. 53

Oliver Tolmein

Buch & Deckel

Marianne Brentzel: Die Machtfrau. Hilde Benjamin 1902 - 1989. Christoph Links Verlag, Berlin 1997, 398 Seiten, 48 Mark

Das Leben von Hilde Benjamin, der ersten Justizministerin der Welt, einer einflußreichen sozialistischen Rechtswissenschaftlerin, bietet viele Anknüpfungspunkte für eine kritische Auseinandersetzung: ihr Weg als Frau in die konservative Männerdomäne Jura, ihr Versuch, als bürgerlich erzogene, in der Weimarer Republik ausgebildete Anwältin in der DDR eine sozialistische Rechtsordnung zu etablieren, ihr Wirken als konsequente Verfechterin eines harten Abgrenzungskurses. Marianne Brentzels Biographie der »Machtfrau« versucht von allem ein bißchen - und liefert damit letztlich nicht mehr als einen ausführlichen Lebenslauf, der einen bei allen interessanten Fragen unbefriedigt zurückläßt.

Das liegt zu einem erheblichen Teil daran, wie Brentzel mit Quellen arbeitet bzw. nicht arbeitet. Zwar hat sie 578 Fußnoten über ihr Werk verstreut, und das Literaturverzeichnis präsentiert stolz ein paar Dutzend Werke, aus denen Brentzel, Mitglied der Dortmunder Schriftstellerinnengruppe »Frauen schreiben«, ihre Kenntnisse schöpft. Aber ob sie Fakten und Einschätzungen aus Wolfgang Leonhards *Die Revolution entläßt ihre Kinder* wiedergibt, aus Karl Wilhelm Frickes *Akten-Einsicht* oder aus Maxi Wanders *Guten Morgen, Du Schöne* macht bei ihr keinen Unterschied: Der antikommunistische Renegat scheint eine genauso zuverlässige Quelle wie der SED-Parteischreiber und umgekehrt. Der unkritische Umgang mit veröffentlichter Literatur ist um so problematischer, als Marianne Brentzel eigene Quellen kaum erschlossen hat. Und auch ihre Fähigkeit, aus dem vorgefundenen Material eigene Schlüsse zu ziehen oder lesenswerte Analysen zu entwerfen, ist schwach entwickelt. So liest sich das Buch wie eine Mischung aus Kolportagebericht, Gesinnungsaufsatz und Juristenroman: »Alkoholismus war - in treuer Genossenschaft zu den sowjetischen Freunden - die häufigste Suchtkrankheit unter den hohen Funktionären der DDR« - während bundesdeutsche Politiker, von Clinton lernen heißt siegen lernen, ja häufiger durch Marihuana-Abhängigkeit glänzen. »Es ist durchaus möglich, daß Hilde Benjamin, die sich einzig der Pflichterfüllung für die Partei verschrieben hatte, im gelegentlichen Rausch insgeheim einen kurzen Genuß suchte. Die Fotos aus dieser Zeit können den Verdacht weder bestätigen noch widerlegen. Ein fülliger werdendes Frauengesicht mit sehr männlichen Zügen, verbittert, streng und verhärtet.«

Als habe sie geahnt, wie eine Biographin sich später ihres Lebens bemächtigen wird.

Prozeßgruppe zum Fall Hattingen/AG zur rassistischen Ermittlung (Hg.): Hattingen - Lübeck. Die Brandanschläge in der Barbarisierung der Gesellschaft. Verlag Schwarze Risse - Rote Strasse, Berlin 1998, 264 Seiten, 18 Mark

Auch wenn sich die Grammatik des Titels nicht leicht entschlüsseln läßt, das politische Anliegen von Autoren-Gruppe und Verlag ist offensichtlich: Die rassistisch motivierten Morde, die in den letzten Jahren in Deutschland begangen wurden, und die Reaktionen der Gesellschaft darauf werden als Anknüpfung an historische Vorbilder verstanden. Während die Autoren selbst allerdings, gestützt vor allem auf Migranten-Gruppen wie »Cafe Morgenland«, vorzugsweise antinational argumentieren und sich mit der Besonderheit des deutschen Nationalsozialismus als Bezugspunkt der gegenwärtigen rassistischen Gewalt auseinandersetzen, gibt der Verlag in einem distanzierenden Nachwort aus traditionell autonom-antiimperialistischer Perspektive Kontra: »Die (anti-)national pauschalisierenden Töne und Begriffe und der zum Teil anklagend-emotionale Stil könnte bei vielen LeserInnen eher Distanz auslösen, befürchten wir. Könnte nicht der Eindruck von einem winzigen Häuflein guter Deutscher entstehen, das wacker aufsteht gegen den Rest aller anderen, rassistischen Deutschen einschließlich der Linken, deren Deutschsein den Sieg über früheres Gutsein davongetragen hat?« Tatsächlich haftet den Texten des Buches bisweilen ein gewisses Pathos an. Die zusammengetragenen Fakten und die oft ausführliche Wiedergabe von szene-internen Diskussionen eröffnen aber auch einen eindrucksvollen (nicht gerade sehr ermutigenden) Blick auf die Auseinandersetzungen deutscher Linksradikaler mit den so grundlegend veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Erkenntnisse und Analysen der Autorinnen und Autoren selber sind allerdings oft verkürzt und formelhaft und wirken dadurch wenig überzeugend: Die Idee, das Verhältnis von deutschem Nationalsozialismus zum Imperialismus im allgemeinen durch den Vergleich des Vergewaltigers mit dem »normalen« Mann in patriarchalen Verhältnissen zu beschreiben, ist Ausdruck dieser Methode. Auf einer halben Seite wird eine in vielerlei Hinsicht absurde These aufgestellt, um dann, ohne weitere Diskussion, die z. B. klären könnte, was ein solcher Vergleich wohl soll, ähnlich differenziert fortzufahren: »Aus der Sicht rückhaltloser Vernutzung des Menschen als Subjekt und Objekt der Profitmaximierung war der Nationalsozialismus wichtiger Durchbruch.«

Insgesamt ist das Buch eher als Dokument zu lesen, das Auskunft gibt über den Stand einer Debatte, als daß es diese Debatte nennenswert vorantreiben könnte.

Rolf Gössner: Die vergessenen Justizopfer des kalten Kriegs. Neuauflage, Aufbau Taschenbuch, Berlin 1997, 288 Seiten, 17,90 Mark

Die Kritik am Justizsystem der DDR, das nicht dem Recht, sondern der Politik verpflichtet gewesen sei, und die scharfe Verurteilung politischer Verfahren, z. B. der Waldheim-Prozesse, sind im neuen Deutschland längst verinnerlicht. Die politische Justiz der BRD vor und nach dem Verbot der KPD 1956 ist dagegen nach wie vor ein Tabuthema. Rolf Gössner hat nun nicht nur nachgezeichnet, wie die bundesdeutsche Justiz durch Verfahrensregeln und die Anwendung der Staatsschutzparagraphen gegen alle, die ihr »links« erschienen, vorgegangen ist. Er setzt sich auch damit auseinander, wie gerade der Freispruch für die NS-Justiz der neuen politischen Verfolgung den Weg bahnte.

Eines der Verfahren, die Gössner aufgreift, richtete sich 1961 gegen Elfriede Kautz und Gerhard Schröder, die zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurden, weil die Organisation von Kinderferien in der DDR als »Rädelsführerschaft bei der Förderung einer verfassungsfeindlichen Organisation« bewertet wurde.

Bemerkenswert ist aber nicht nur die politische Justiz der BRD, die in den 50er und 60er Jahren durch 7.000 bis 10.000 Urteile vollstreckt wurde, sondern auch die Weigerung von Politik und Justiz heute, sich mit dem BRD-Unrecht heute auseinanderzusetzen oder gar Entschädigungen für politisch Verfolgte zu zahlen. Gössners Buch setzt sich mit den rechtlichen Grundlagen und Entwicklungen kenntnisreich auseinander, richtet sich aber in erster Linie an Nicht-Juristen. Er wollte keine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der antikommunistischen Praxis bundesdeutscher Nachkriegsjustiz schreiben (das hat Alexander von Brünneck Ende der siebziger Jahre geleistet), sondern aus aktuellem Anlaß auf die politischen Traditionen unserer Rechtsprechung hinweisen.

Konkret 03/98, S. 54

Georg Seeßlen

Mediopoly Sex: Die nächste Runde

Zweiter und letzter Teil eines Beitrags zum Streit über Pornographie im Fernsehen

Alle Emanzipationsbewegungen der letzten Jahrzehnte haben zu Teilen Erfolg gehabt und sind zu Teilen gescheitert. Erfolgreich war, was sich dem kapitalistischen System subsumieren ließ, und es scheiterte, was darüber hinaus wollte. Weshalb die moralisch-ästhetische Innenausstattung dieser Zeit auch ausgesprochen komplex wurde. Die gebrochenen Impulse der »sexuellen Revolution« mußten zugleich beständig heftige moralische Reaktionen und immer neue mediale Renaissancen hervorrufen. Es gibt keine »Sex-Welle« mehr, weil keineswegs in mehr und besserem Sex ein gesellschaftliches Projekt oder wenigstens die Antwort auf individuelle Probleme erkannt worden wäre, wohl aber erleben die medialen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in immer neuen Nischen und immer neuen Konstruktionen von virtueller Öffentlichkeit ihre eigenen »Sex-Wellen« (die zugleich neue Bereiche der Öffentlichkeit besetzen und neue Formen der privaten Aneignung versprechen). Privatisierung des Gewinns, Vergesellschaftung des Defizits - so läßt sich auch die politische Ökonomie der medialisierten Sexualität beschreiben. Das sexuelle Bild, das wenigstens noch einen Abglanz von Glücksversprechen beinhaltet, verkleidet und marginalisiert sich, die größte Öffentlichkeit dagegen beanspruchen sexueller Klatsch, Denunziation und Empörungsgeilheit, kurzum: die sexualisierte Version antisexueller Propaganda.

Was von der sexuellen Revolution blieb, sind vor allem Zugeständnisse an die Realität des Marktes. Die schnelle Entwicklung des privaten Medienmarktes könnte man über unterschiedliche Modelle des Konsum-Avantgardismus und der Konsum-Mainstreams deuten: Jedes neue Medium verspricht zugleich Teilhabe an der technologischen Entwicklung, am »Reichtum« der Gesellschaft und ist ein neues Versprechen, des Bildes von Körper und Sexualität zugleich habhaft werden und es kontrollieren zu können. Die Maschinen zur Produktion von Konsens, Sinn und Bild werden immer universaler, komplizierter, allgegenwärtiger. Und sie produzieren am Ende doch wieder nur dieselben alten schmutzigen Bilder.

So begann nach dem Scheitern der Selbstpornographisierung des Kleinbürgertums ein Wettlauf von Medialisierung und Sexualisierung/Desexualisierung, der gleichsam als Belohnung und Ansporn für jede Form des technologischen Konsum-Avantgardismus funktionierte: Jede neue Medientechnologie versprach zugleich die Teilhaberschaft an den gesellschaftlichen Entwicklungen und die Schaffung neuer geheimer Nischen, in denen die sexuellen Bilder fließen durften, ohne von außen kontrolliert zu werden. Keine Regenmäntel mehr mit Kragen, hinter denen man sich verstecken mußte, wenn man ins Porno-Kino wollte, keine Verlegenheit am Zeitungskiosk beim Erwerb des Titten- und Arsch-Magazins, kein wissender Blick der Postbotin beim Überreichen der »neutral verpackten« Sendung aus Flensburg. Das Schweinerei-Programm auf CD-Rom ist mit einer Tastenfunktion ausgestattet, die blitzrasch die digitalen Fickbilder verschwinden und eine saubere Tabellenkalkulation auf dem Bildschirm erscheinen läßt.

An die Stelle eines gesellschaftlichen Projektes (sexuelle Befreiung der Kleinbürgerkultur) trat also ein Spiel der Aufhebung. Das Versprechen der neuen Kanäle und Programme ist, einfach gesagt: größtmögliche Teilhabe bei gleichzeitig geringster öffentlicher Kontrolle. (Kein Wunder freilich, daß am Ende dieser Entwicklung das Grauen vor den eigenen Möglichkeiten steht: In welches Programm der entfesselte Blick des Kleinbürgers auch sieht, er erblickt nur noch die verzerrten Dämonen seines Begehrens.) Das Spiel, nennen wir es die Sex-Variante von Mediopoly, hat als wichtige strategische Seitenlinie: Medialisierung der Sexualität - Sexualisierung der Medien. Darin sind der Moralist/die Moralistin, der Zensor/die Zensorin, der Kritiker/die Kritikerin zwar variable, in ihrer Spielstärke allerdings durchaus begrenzte Spielfiguren, ebenso wie die Figuren Heavy User/Userin, Porno-Crack oder der/die Liberale. Sie geben dem Spiel Farbe und Dynamik, spielentscheidend werden sie in der Regel nicht.

Denn in dem Spiel geht es um das Erobern, Definieren, Besetzen und Verteidigen medialer Räume. Und diesem Spielziel dient weniger das eindeutige Bekenntnis - Eiferer und Aficionados sind ungefähr gleich abstrus, lächerlich und amüsant. Gewinner dagegen verstehen es, Sexualisierung, moralische Reaktion und Desexualisierung in geschickten Spielzügen aufeinander folgen zu lassen. Man kann ein mediales Segment durch die Sexualisierung öffnen, um es zu erobern, und es sodann durch moralische Säuberung wieder gegen nachdrängende Konkurrenz schließen. (Der Videorecorder wurde zunächst vor allem wegen Papas Pornos angeschafft, aber jetzt macht vor allem Walt Disney damit seinen Umsatz.) Jedes einzelne neue Medium durchläuft Phasen der sexuellen Hysterisierung und solche der »Säuberung«. Umgekehrt reagiert jedes Medium auf seine ökonomische Krise mit einer hysterischen Sexualisierung. Stabilität schließlich ist am ehesten mit jener Empörungsgeilheit zu erzielen, die die unterdrückten sexuellen Impulse fortwährend beschwört, um sich zugleich moralisch über sie zu erheben. Es kann also ebenso ein taktisch geschickter Zug sein, ein Medien-Segment zu sexualisieren, wie es strategisch von Nutzen sein kann, es zu moralisieren.

Wer aber spielt das Spiel Mediopoly mit seinen Sex-Varianten? Natürlich spielt es sich bis zu einem gewissen Grad allein. So wie der »freie Markt« so tut, als spiele er für sich allein und erlaube es zugleich jedem und jeder, daran teilzuhaben. Aber die politische Okonomie der Mediensexualität hat gewiß auch ihre politisch-ökonomische Metaphysik. Disney, Kirch, Turner, Bertelsmann sind darin keine Spielfiguren mehr, sie beherrschen, so scheint es, nicht nur das Spiel, sie sind in gewissen Situationen auch in der Lage, die Spielregeln zu verändern. Sie profitieren von jeder Debatte um Sexualität in den Medien, unabhängig davon, wie sie gerade ausgeht, weil dadurch erneut davon abgelenkt wird, daß, nach einem Wort von Bert Brecht über das Radio, das Medium, das immer mehr Menschen erreicht, eigentlich nichts zu sagen hat.

Nehmen wir einmal an, wir wären in diesem politisch-ökonomischen Spiel der Sexualisierung der Medien und der Medialisierung der Sexualität befangen, gleichgültig als welche Spielfigur, so wäre es vielleicht an der Zeit, anstatt sich mit jedem Spielzug der moralischen Selbstabsolution vergewissern zu wollen, über die Regeln des Spiels und seine Folgen nachzudenken. Das »Mega-Angebot« der Gesellschaft, von dem die neuere Psychoanalyse spricht (z. B. Elisabeth de Bianchi), nämlich die Sexualität zum einen aus der »Intimität« des bürgerlichen Heims zu befreien, zum zweiten aus dem ödipalen Konstrukt der Liebe, verändert wohl langfristig nicht nur die individuelle Wahrnehmung.

Während sich nämlich alle Welt auf die Sexualisierung der Medien stürzt, wird der Medialisierung der Sexualität kaum Beachtung geschenkt. Den Moralisierern der Debatte entschwinden in dem Bemühen, weder als Ferkel noch als Fundi gebrandmarkt zu werden, ihr Gegenstand und seine Veränderung. Ganz offensichtlich verlagert sich die Produktion des sexuellen Bildes im medialen Mainstream seit geraumer Zeit von einer professionellen Szene auf eine allgemeine Produktion des sexuellen Bildes. Die Neugier richtet sich nicht mehr auf das sexuelle Ideal, sondern auf den sexuellen Normalfall. Das Hauptangebot in der Videothek ist längst der Amateurporno, in den Talkshows des Fernsehens müssen »normale« Menschen ihr auf irgendeine Weise eben doch nicht vollkommen normales Sexualleben ausbreiten. Die »Nachbarin«, nicht die Sex-Göttin, ist das neue Objekt der Begierde in den Sex-Postillen, der »Playboy« hat keine Chance gegen den »Hausfrauen-Sex«, und erst die Videokamera macht aus einem Beischlaf ein sinnvolles, dramatisches Geschehen. Kurzum: Es geht seit langem viel weniger um die Existenz einer pornographischen Metaphysik der Sexualität, möge sie als Himmel oder als Hölle erscheinen, sondern viel mehr um die Pornographisierung des Alltags, und dies vielleicht gar nicht so sehr aus einem Impuls der Lust heraus (wie in der »Sex-Welle«), sondern aus einem der Verzweiflung: Es sind einfach zu viele andere Formen verschwunden, Ich, Körper und Welt in eine sinnvolle Beziehung zu setzen. Die Selbstpornographisierung des Körpers ist ein möglicher Reflex auf das Verschwinden der Arbeit, so wie die Selbstpornographisierung der Talkshow-Vita eine Reaktion auf das Verschwinden einer bürgerlichen Biographie sein mag.

Medienentwicklung und soziale Realität entsprechen einander dabei, wie sollte es anders sein, aufs trefflichste. Die Verfügung über mediale Technologie, von der Polaroidkamera bis zum Internet, macht aus den Empfängern potentielle Sender des sexuellen Bildes. Es wird viel mehr Pornographie produziert, als der Anbietermarkt noch aufzunehmen in der Lage wäre, also pornographisiert sich der sexuelle Alltag selbst, denn wie manche sich selber nurmehr erfahren zu können glauben, wenn sie »ins Fernsehen« kommen, so mögen manche die eigene Sexualität nur noch in ihrer Medialisierung verstehen. Dem entspricht die merkwürdige Unverhältnismäßigkeit der erotischen Aufmachung und der frivolen Scherze in einer Sendung wie Hera Linds »Herzblatt«, die offenkundig sofort in nichts zusammenfällt, wenn die Kamera nicht mehr da ist. Während wir früher Scham empfunden haben, wenn wir befürchten mußten, das Bild unseres Körpers und unseres Verhaltens könnte sich über ein Medium in der Öffentlichkeit verbreiten, empfinden wir nun Scham, wenn wir nicht in der Öffentlichkeit stehen. Die Anwesenheit des Mediums verpflichtet zur Schamlosigkeit.

Die Kritik hat in den siebziger Jahren zu den sehr merkwürdigen Produkten der »Sex-Welle« gemeint, man ästhetisiere darin eine »endlose Vorlust«. Darauf zu verweisen, mag mittlerweile pure Nostalgie sein, denn was nun ästhetisiert wird, ist weder eine Vorlust, die Konstruktion des ästhetischen Ideals, noch jenes »Mittendrin«, das der »echten« Pornographie ihre skandalöse Grammatik gibt, sondern ein tristes Hinterdrein. Man quatscht dem mehr oder weniger fehlgeschlagenen, mehr oder weniger bizarren Begehren nach. Ante coitem animal triste est. Bzw. es wird Fernsehen.

Natürlich macht diese doppelte Verlagerung von der Vorlust auf die mediale Beichte auch Sinn in bezug auf die Entwicklung des Kapitalismus. Die »endlose Vorlust«, die freilich auch schon eine Revolte in der ödipalen Konstruktion des sexuellen Bildes bedeutete, schloß die Versprechungen der Welt mit dem Körper kurz. Nachdem man alles konsumiert hatte, was es zu konsumieren gab, blieb nur noch der Körper selbst. Die »Sex-Welle« brachte zugleich die Verwirklichung und die Zerstörung der Wunscherfüllungsmaschine des freien Marktes. Die mit Neid durchsetzte Hoffnung richtete sich auf den jugendlichen, befreiten Körper: Wenigstens im Blick sollte man teilhaben können an der Lust, die jener als Erbe des Wirtschaftswunders erfuhr. Der »Vater« richtete seinen begehrlichen Blick nach den entbehrungsreichen Jahren der Karriere auf den Körper der Tochter, etwa in den »Schulmädchenreports«, und sah zugleich sich durch die Ehefrau gehörnt. Die Sexualisierung seiner Wahrnehmung war durchaus panisch. Das Kleinbürgertum reagierte auf die moralischen Herausforderungen durch die politische Revolte mit der Sexualisierung seiner Innenräume.

Die Sexualisierung der neunziger Jahre dagegen ist noch einmal mehrfach geteilt. Die Talkshow- und Beicht-Sexualität ist offenkundig nicht nur allgemein an die nächste Generation der Verlierer, sondern vor allem an deren weiblichen Teil

gerichtet. Es wird gewissermaßen verspätet an der sexuellen Revolution teilgenommen und gleichzeitig über sie gerichtet.

Das »Tabu« (der McGuffin der Moral) wird in diesem Prozeß weder gebrochen noch gar aufgehoben, es wird selber medialisiert. Was man im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nicht darf, darf man im privaten, was man im privaten nicht darf, darf man im Pay-TV, usw. Oder: Was man vor 22 Uhr nicht darf, darf man vor Mitternacht, und was man dort nicht darf, darf man später in der Nacht. Oder: Was man von einem deutschen Sender nicht bekommt, bekommt man von einem ausländischen. (Freilich verändern sich die Strukturen, in denen man die Tabu-Zonen errichten kann, schneller als ihre jeweilige Neustrukturierung; und über all dem wird vergessen, die Tabus mit Sinn auszustatten.) Daß Kinder anderen Menschen nicht beim Ficken zuschauen sollen, wohl aber zuhören dürfen, wie sich Menschen öffentlich über Beziehungs- und Sexualprobleme auslassen, zeigt nicht nur eine weitere Hierarchie, nämlich die zwischen Text und Bild, sondern auch, was eigentlich längst schon geschehen ist: daß nämlich die Pornographisierung der Medien zu einer paradoxen und dumpfen Ideologie der antisexuellen Propaganda geführt hat. Eine Strategie, die wir seit langem kennen, die nun aber erst ihre eigentliche Erfüllung findet, ist es, in das sexuelle Bild nicht so sehr den utopischen Charakter oder wenigstens dessen Karneval einzuschreiben, sondern die Denunziation und den Ekel.

Denn die Allianz gegen das Bild ist mindestens so widersprüchlich wie unser klammheimlicher Wunsch, es nicht einfach aus unserer Kultur verschwinden zu lassen. Man weiß ja nicht einmal, ob manche der Impulse gegen das Bild der Sexualität, gegen die Art der Abbildung, gegen die Sexualität, gegen die Abbildung des Körpers oder gegen den Körper selber gerichtet sind. In der langen Geschichte eines christlichen Krieges, sowohl gegen den Körper als auch gegen die Lust und damit auch gegen das Bild konditioniert, täten wir gut daran, zugleich mißtrauisch gegenüber allen fundamentalistischen Formen moralischer Urteile *und* gegenüber den Legitimationen im Namen einer Freiheit zu bleiben, für die es kein anderes gesellschaftliches Projekt gibt als die Freiheit des Marktes.

Daß die nächste Runde im Mediopoly-Spiel um das sexuelle Bild dort gespielt wird, wo es um die Umstrukturierung des Fernsehmarktes geht, nämlich bei der Umformung eines allgemein zugänglichen, ewiglaufenden Fernsehfilms zu einer abgefragten, teureren Medien-Ware, liegt auf der Hand. Ein Fernsehen, das sich ausschließlich über Werbung (und ein paar Gebühren) finanziert, verliert seinen ökonomischen Sinn dort, wo der Binnenmarkt die beworbenen Waren gar nicht mehr aufnehmen kann. Das Fernsehen selber tritt zur Konkurrenz um die knapper werdende Kaufkraft an. Dabei ist der Markt der Bilder der einzige, der gleichsam beliebig zu erweitern ist, allerdings unter der Voraussetzung, daß aus dem Medium der Konsensmaschine selber eine Ware wird, die zumindest verspricht, immer ein wenig mehr zu bieten, als der Mainstream sich erlaubt. Das bezahlte Fernsehen muß gegenüber dem freien Fernsehen neue Angebote machen, und das wird natürlich auf verschiedenen Ebenen ausprobiert: durch die Monopolisierung bestimmter sportlicher Ereignisse, die so sehr Teil des allgemeinen Konsenses sind, das man es sich eigentlich kaum leisten kann, davon ausgeschlossen zu werden; durch den Ankauf zugkräftiger Namen und zugkräftiger Software (der Hollywood-Produktion vor allem); und schließlich auch durch das sexuelle Bild, das es »so« weder im öffentlich-rechtlichen noch im werbefinanzierten Privatfernsehen gibt.

Der Hitze der Debatte tut es nicht den geringsten Abbruch, daß man sich dabei ästhetisch, moralisch und semiotisch in etwa dort befindet, wo man in anderen Medien (dem Kino zum Beispiel) sich schon vor dreißig Jahren befunden hat. Um es noch genauer zu sagen: Die Filme, um die es beispielsweise im aktuellen Streit zwischen den Medienwächtern und dem Fernsehsender Premiere geht, stammen zum Teil von den alten Meistern des Sexploitation-Kinos (Tinto Brass oder Joe d'Amato etwa) und imitieren zum anderen Teil die Strategie der Produktion aus den siebziger Jahren, bei der von Sexfilmen immer gleichzeitig eine Anzahl verschiedener Versionen gedreht wurden, zum Teil für verschiedene nationale Märkte (eine asiatische, eine skandinavische und eine deutsche Version zum Beispiel), zum Teil für verschiedene Medien-Märkte (Hardcore für die Video-Vermarktung, Softcore fürs Schachtelkino etc.). Und eine dritte Variante, den Konsens des Gerade-noch-Erlaubten zu erzielen, ist es, vorhandenes Material so zu bearbeiten, daß es Kriterien der »richtigen« Pornographie nicht mehr erfüllt. Daraus freilich entsteht eine sehr seltsame Ästhetik der Fake-Pornographie oder der entpornographisierten Pornographie, die in einiger Zeit vermutlich ebenso unfreiwillig komisch wirken wird wie heute die Sexfilme der siebziger Jahre.

Zum Pornographischen verhalten sich diese Filme ungefähr so wie die Abbildung eines Fußballspiels, bei der man alles sieht, nur nicht den Ball, zu seinem Original. Und weil den Medienwächtern diese Abbildung immer noch zu kongruent ist, schneidet man zunächst alle Fouls heraus, sodann womöglich noch alle Bilder, die auf das Spielziel, nämlich das Tor hinweisen. So daß am Ende nicht mehr nachzuweisen ist, ob das ganze eine stilisierte Erinnerung an die Ästhetik des Fußballspiels ist oder eine eigenwillige Interpretation des »Schwanensee«-Balletts. Darüber hinaus funktioniert der typische Sexfilm für das Pay-TV wie die Ablichtung eines Herrenmagazins, bei dem die Seiten durcheinandergewirbelt werden: Sexstrecke, Sonnenbrillenreklame und Lifestyle-Story.

Altmodisch freilich mag uns sowohl das Bilder-Angebot als auch die Auseinandersetzung darum noch aus einem anderen Grund erscheinen. Es löst sich nämlich aus der breiigen Ekel- und Bekenntnis-Inszenierung des medialen Mainstreams und kehrt aus der kleinbürgerlichen Selbstpornographisierung zu einer redramatisierten Ästhetik zurück. Es kehrt

gewissermaßen zu einer Zeit zurück, in der das Wünschen noch geholfen hat. Denn was immer man nun sagen mag, es gibt in diesen Filmen ja noch so etwas wie ein Prinzip der Abbildung selbst, eine Ästhetik des erotischen Traums, die sich auf durchaus paradoxe Weise der Pornographisierung der alltäglichen Körperlichkeit - Sexualität, Begehren und Katzenjammer - widersetzt.

Am Beginn der nächsten Runde des Spiels steht eine deprimierende Prämisse: Der Bundesrichter Ernst G. Mahrenholz erklärte unmißverständlich, daß die Ausstrahlung pornographischer Filme für ein erwachsenes Publikum »durch das Grundrecht auf Information abgedeckt« sei und die ganze Debatte sich, was die juristische Seite anbelangt, daher ausschließlich auf den Jugendschutz zu beziehen habe. Tatsächlich kann das pornographische Bild in unserer Gesellschaft nur in drei Diskursen verhandelt werden: in Fällen der Übertretung juristischer Abbildungsverbote der »harten« Pornographie, insbesondere der Darstellung von Gewalt, und in Fällen, die gegen Jugendschutz-Bestimmungen verstoßen, sowie in Fällen der »Belästigung« durch das sexuelle Bild (sein Auftauchen am falschen Ort vor den falschen Augen). Damit wäre das sexuelle Bild zugleich hinreichend »zivilisiert« und seinerseits vollständig fetischisiert. Zwar müssen die Grenzen und Definitionen beständig neu gezogen werden, das Prinzip indes bleibt unverändert. Und eben dieses bildet die Voraussetzung für die Sex-Variante des Mediopoly-Spiels.

So wurde der Vorstoß von Premiere, Filme zu senden, die etwa die HAM (Hamburgische Anstalt für neue Medien) als pornographisch beanstandete, zu einem Modellfall, der vermutlich nur wenig anderes als die absurden Aspekte der ganzen Veranstaltung zum Vorschein bringen kann, der zugleich aber ein so notwendiges wie unausweichliches Segment von Spielzügen absteckt. Nachdem Premiere zugesichert hat, die Filme so bearbeitet zu senden, daß die Kriterien der Pornographie nicht mehr angewendet werden können, wird man einen Kompromiß finden, bei dem es garantiert keine Verlierer gibt. Denn es geht im Grunde nur am Rande darum, Grenzen auszutesten und zu definieren, was ja auch nur hieße, alle tieferen Fragen jenes psychosexuellen Meta-Angebots der Medien zu umgehen, um zu einer Erbsen-(Geschlechtsteil-)zählerei zu gelangen, der das Ganze dem gesellschaftlichen Diskurs (Was wollen wir sehen? Was dürfen wir sehen? Was sollen wir sehen?) entzieht. Im Kern geht es darum, Definitionsmacht zu verteilen, deregulierte Märkte zu strukturieren und nicht zuletzt Aufmerksamkeit auf eine Sache zu lenken, die für sich genommen so gut wie keinen Aufmerksamkeitswert hat.

Es ist wohl längst beschlossene Sache, daß es im bezahlten deutschen Fernsehen Sendeplätze und Kanäle für (fast) alle Spielarten des sexuellen Bildes geben wird. Man könnte dieses Angebot unauffällig machen, sozusagen unterm elektronischen Ladentisch halten, wie das schon längst geschieht. Strategisch sinnvoller dagegen ist es, dieses Angebot in Form eines öffentlichen Schauspiels, mit Retardierungen, Differenzierungen, »Debatten« einzuführen. Dabei muß im übrigen nicht einmal jede Spielfigur »wissen«, auf welche Spielkombination das alles gerade hinauslaufen soll, ja vielleicht funktioniert Mediopoly auch deswegen so gut, weil die einzelnen Spielfiguren dem Wahn aufsitzen, vollständig autonome »Entscheidungen« zu treffen.

Die »Debatte« selbst bedient ihrerseits beliebig viele und unterschiedliche gesellschaftliche Segmente, darunter natürlich auch das Phantasma der »moralischen Mehrheit«. Zu dem Film »Gefährliche Gespielinnen« wurde kritisch vermerkt, die »sexuelle Aktion als Selbstzweck bei jeder sich bietenden Gelegenheit« dominiere den Film, was uns bei einem Film dieses Genres, nenne man es »erotisch« oder »pornographisch«, ungefähr so zu überraschen vermag wie der Umstand, daß es bei einem Fußballspiel darum geht, einer Lederkugel nachzulaufen. (Was aber spukt in der Vorstellung einer Sexualität, die nicht »Selbstzweck« sein darf?) Weiter reicht der Vorwurf, man überschreite die Grenze zwischen Erotik und Pornographie, wenn der Mensch, vor allem die Frau, »zum sexuellen Konsum- und Genußobjekt erniedrigt« würde, oder, wie R. Hochstein, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten, meint: »Wenn, wie in diesem Film, Menschen zu sexuellen Objekten degradiert werden und Geschlechtsakte in allen Details gezeigt werden, dann ist das auch schon Pornographie. Hier wird die Menschenwürde berührt, und wir dürfen das Menschenbild des Grundgesetzes auf keinen Fall aus dem Blick verlieren.«

Spätestens hier müssen wir Einspruch erheben (auf die Gefahr hin, auch selbst noch auf Mediopoly hereinzufallen). Im Zentrum einer Gesellschaft, die es offenkundig für mit der Menschenwürde vereinbar hält, vor Gewalt und Hunger flüchtende Menschen an ihren Grenzen abzuweisen, gerade noch durch Dekorationsmaterial verborgene Geschlechtsteile als Angriff auf »das Menschenbild des Grundgesetzes« auszugeben, offenbart einen politischen Kern der Debatte um die »sauberen« Orte in der deutschen Medienlandschaft, dessen Metaphorik wahrhaft furchtbar werden kann. In der Geschichte der Zensur hat es nicht einen Augenblick gegeben, in dem das Verbot des sexuellen Bildes nicht auch das Verbot politischer Ideen oder die Verfolgung des Verstoßes gegen religiöse Dogmen mitgemeint hätte. (Was uns indes nicht noch einmal zu dem Trugschluß verleiten sollte, es gelte automatisch die Umkehrung!)

Weder das Bild noch seine Ablehnung, sondern die Art der Debatte restauriert ein furchtbares Menschenbild hinter der Vorstellung vom Schutz, dessen der Mensch bedürfe. »Es geht doch darum, bestimmte Instinkte anzusprechen«, spricht Herr Hochstein, um zu einer Tirade gegen Premiere anzusetzen, wo man mit Sex Geld verdienen wolle. Als würde irgend jemand irgendein Bild in die Kanäle einspeisen, um etwa kein Geld damit zu verdienen! Und schließlich gibt es, wie

offensichtlich seit Jahrhunderten, auch bei Hochstein die Furcht vor einer »Flut«, die nicht mehr aufzuhalten sein wird: »Erst die Sexhefte unter dem Ladentisch, dann Videos, dann einzelne Filme im Fernsehen und am Ende ein Kanal dafür. Jedesmal wird die Wirkung verstärkt« (Hochstein). Es ist immer dasselbe Bild der Flut, gegen die es Dämme zu errichten gilt. Und schon erfahren wir, daß dringend etwas gegen die »ausländischen Kanäle« getan werden müsse, die Schweinkram in deutsche Lande senden.

Neuerlich ist also die »Debatte« in Wahrheit eine Inszenierung der Verhinderung von Debatte und Aufklärung. Tatsächlich steht in allen diesen Auseinandersetzungen letztendlich die Konstruktion des »Jugendschutzes« auf dem Spiel, die es uns ermöglicht, die Sexualisierungsmechanismen der Medien zu akzeptieren und zugleich so etwas wie eine öffentliche Moral aufrechtzuerhalten. In Wahrheit ist der zivilisatorische Kompromiß der dreifachen Regulierung des sexuellen Bildes (Abbildungsverbot für sexuelle Kriminalität, Jugendschutz und Schutz vor der Belästigung durch das unerwünschte Bild in der Öffentlichkeit) selber in Gefahr. Die neuen Medien, das ist ihr Problem, haben keinen Eingang mehr, keine Kinokasse, keine soziale Schwelle wie ein Sex-Shop; ihre Grenzen verschieben sich über den virtuellen Fluß echten Geldes oder über formalisierte, eher zweifelhafte Versuche der Kontrolle (bis hin zur elektronischen Kindersicherung des Internets). Sie tauchen womöglich dort auf, wo sie nicht erwartet werden. Erst wenn die Grenzen wieder vollständig Mainstream-kompatibel sind, kühlt sich auch diese »Debatte« ab.

Und nun haben die beiden Impulse eine neue Variante der Widersprüchlichkeit ausgebildet: Pornographie ist etwas, das sich tatsächlich nur definieren läßt, indem man es sieht, das also vollkommen persönlich, dynamisch und instabil ist; gleichwohl muß man ihr mit quantitativen Gesetzen begegnen. Diagnose und Therapie führen sich da strukturell gegenseitig ad absurdum. In der Negation begegnen sich somit die Grundlagen der Gesellschaft erneut, nämlich die Impulse der Intuition (das Schöne wie die Scham betreffend) und die Impulse der Normierung.

Auf eine solche Situation pflegen wir mit der Produktion von Mythen zu reagieren. Die Voraussetzung dafür ist indes eine Konstruktion von Jugend, die, neuerlicher Kurzschluß, gerade diese verbotenen Bilder sehen will. Der »Jugendschutz« konstruiert erst, was er schützen will, und schützt dabei vor allem die Erwachsenen vor einer kritischen Befragung ihrer eigenen Bild- und Mythenwelt. Damit wird den Kids nicht in erster Linie der Konsum verboten, sondern vor allem Indifferenz - eine mythische Wiederholung des verschlossenen Schlafzimmers und Ausdruck einer Angst vor dem vernichtenden Urteil des Tückischsten aller Ödipusse, der gar nicht durch das Schlüsselloch sehen will. Was sich als pädagogische Fürsorge tarnt, ist also immer auch die ins Mediale verschobene Übersetzung eines mythischen Schauspiels in die Konstruktion der Sexualität in der bürgerlichen Gesellschaft: Du sollst nicht sehen können, was im Schlafzimmer stattfindet, aber du sollst in deiner Person an deiner Neugier wachsen (schließen wir das Schlafzimmer ab, damit du nicht siehst, was du nicht sehen sollst, oder schließen wir es ab, so oder so, damit du denkst es müßte Allergrößtes hinter dieser verschlossenen Tür sich ereignen?). Schon hier beginnt die Täuschung, und alles, was im großen Geschwätz der Gesellschaft über ihre eigene Produktion des sexuellen Bildes geschieht, dient dieser Täuschung, die in Mediopoly nur ihre perfekte kulturelle und ökonomische Form gefunden hat.

Oh ja, gegenüber dem Geheimnis des Verbotes muß die eigene Sexualität immer eine Enttäuschung werden, sie kann nur zum Selbsthaß oder in den Mythos der Liebe führen. Pornographie wird der Jugend versprochen, als medialisiertes Schlüsselloch zum Schlafzimmer, und zugleich verboten, ganz so, als müßte das eigentliche Geheimnis der Gesellschaft dahinter verborgen bleiben: daß der kurze Rausch der Liebe nicht einmal lange genug über die Netzhaut und die Nerven triumphiert, um in den politisch-ökonomischen Strukturen ein paar Spuren zu hinterlassen. Und die Liebe? Was soll sie ausrichten, wenn sie zum mythischen Vermittler zwischen politischer Ökonomie, ungestört ödipaler Ich-Bildung und Sexualität geworden ist? So wird sie scheinbar durch die Abwehr des sexuellen Bildes geschützt und umso sicherer zerstört. (Suchen wir auf dem unübersichtlich gewordenen Spielfeld von Sexo-Mediopoly nach den Spielfiguren der *Liebenden.)*

Womöglich ist also der Streit um das Bild im Programm, das ein Tabu überschreitet, das niemand mehr definieren kann, das aber auch niemand mehr empfindet, vor allem selbst ein Täuschungsmanöver - wie jene »natürliche Scham«, die nur noch dazu dient, einen Hysterisierungsschub zu legitimieren. Denn die eigentlich nächste Stufe in der Sexualisierung der Medien ist die Aufhebung der Grenzen zwischen Sender und Empfänger. »Fröhlich bei Nacht« ist nicht mehr ein Angebot, das man ja auch ablehnen kann, sondern die direkte Kurzschaltung der exhibitionistischen mit den voyeuristischen Impulsen der Fernsehen Mit diesem Kurzschluß verliert vor allem das Medium seine Verpflichtung zur mythischen Überhöhung; es muß nichts mehr erzählen und nichts mehr abbilden als die Lust seiner Teilnehmer an der Selbstpornographisierung. Und, was das Schönste ist: Diese Inszenierung kann sich das Medium so lange auch noch teuer bezahlen lassen, wie wir uns in der einen oder anderen Weise skandalisieren lassen. Pornotopia, das ideologisch und mythisch weiß der Himmel nie paradiesisch war, aber auch nie von sich behauptete, *wirklich* zu sein, wird abgelöst durch die mediale Öffnung aller Schlafzimmer für die Fernsehkameras. Nun guckt Ödipus nicht mehr durchs Schlüsselloch, er guckt fern.

Eines der unschönen Enden des Spiels ist also die Erotisierung unseres Selbstekels, die Abwertung des Körpers in seiner scheinbaren Feier. Was könnte dagegen helfen? Eine Möglichkeit wäre eine Kultur des Erotischen, ein Fest der Leiblichkeit, wie wir es aus gewissen Filmen von Fellini oder aus der »Trilogie des Lebens« von Pasolini kennen. Aber das Erotische gegen das Pornographische zu setzen würde ja nur in einer Kultur funktionieren, in der man frei sprechen kann. Und man könnte dafür plädieren, nicht die Kette Körper-Sexualität-Bild-Medium als solche zu verurteilen, sondern sich auf den Einzelfall einzulassen und darauf, daß nicht das sexuelle Bild an sich das Böse ist, sondern seine konkrete, gesellschaftlich und individuell geschaffene Form.

Ein Film ist für mich nicht deswegen schlecht, weil er die Grenze zwischen dem, was als erotisch und soft, soft und pornographisch gilt, überschreitet, sondern er ist gut oder schlecht wie ein Western, ein Melodram, ein Kriegsfilm, ein Gangsterfilm wegen dem, was er sagt Was er über Körper, über Geschlechter, über Macht, über Gewalt und über Sehnsucht und Begehren sagt. Die Filme von Premiere sagen zunächst einmal vor allem etwas über das Medium und den Sendeplatz, ein wenig auch darüber, daß die angesprochene Zielgruppe (noch) über eine überdurchschnittliche Kaufkraft verfügt.

An die Stelle einer fundamentalistischen und besinnungslosen Kritik müßte also eine treten, die sich auf das widersprüchliche Spiel von Befreiung, Unterdrückung und Konvention immer neu einläßt. Ich habe keine Ahnung, in welche neue Spielfigur im sexuellen Mediopoly man sich dabei verwandeln würde.

Konkret 03/98, S. 59

Marit Hofmann

Film & Theater

The Big Lebowski

Regie: Joel Coen. Buch: Ethan & Joel Coen. Mit Jeff Bridges, John Goodman, Julianne Moore, Steve Buscemi; USA 1998 (Polygram); 113 Minuten; ab 19.3. im Kino

Also, Held der Story ist so'n alter Hippie aus L.A., Lebowski eben, genannt The Dude, der kifft, trifft seine Kumpels zum Bowling und will ansonsten seine Ruhe haben, aber dann wird er mit diesem gebrechlichen Millionär verwechselt, dessen verruchte junge Frau plötzlich entführt wird - oder besser gesagt: eigentlich wird sie gar nicht entführt, aber dazu später - jedenfalls: Die Geldübergabe klappt nicht, so daß der Dude auch noch die bekloppten deutschen Nihilisten am Hals hat, von Maude, der mysteriösen Tochter des Millionärs, ganz zu schweigen, obwohl die ihn immerhin auf die heiße Spur dieses Pornoproduzenten bringt, der gerne Betäubungsmittel in anderer Leute Drinks mischt, was für den supercoolen Dude, der ständig White Russian schlürft, natürlich fatal ist, aber der kriegt das schon wieder hin, fragen Sie mich nicht wie, jedoch soviel ist sicher: Am Ende ist alles wieder in Butter.

Howard Hawks, Regisseur der legendären Chandler-Adaption »The Big Sleep«, gab es freimütig zu: Die konfuse Erpressungsgeschichte, die er 1945 verfilmte, hatte er selbst nie verstanden. Wer ihm dies als Schwäche auslegen will, liegt falsch: Hawks' Kunst bestand darin, es den Zuschauer nicht merken zu lassen. Der verfolgt die Geschichte, als würde er sie träumen: unter dem Eindruck einer vollkommen logischen Abfolge der Sequenzen. Hinterher müht man sich vergeblich, die Handlung auch nur annähernd zu rekonstruieren. Daß sich dieser Effekt auch bei »The Big Lebowski« einstellt, ist ein deutliches Indiz dafür, daß die Coen-Brothers ihr hochgestecktes Ziel einer Chandler-Story für die 90er erreicht haben. Die Begeisterung für die frühe Filmtechnik inspirierte Ethan & Joel Coen zu einem würdigen und unvergleichlich komischen Nachfolger der Tough Movies der 40er. Wenn der Dude (Bridges) nach einem K.0.-Schlag das Bewußtsein verliert, sieht er nicht nur wie Philip Marlowe Frauen und Pistolenkugeln um sich herumwirbeln, sondern seinen ganz persönlichen Film im Film, vom Vorspann bis zum schrecklichen Höhepunkt, der ihn - und Kamera und Zuschauer mit ihm - ins Innere einer unaufhaltsam rollenden Bowlingkugel versetzt.

Das Drehbuch haben die Coens eigens für den oft unterschätzten John Goodman geschrieben, der dem Dude (zusammen mit Buscemi) als Bowling-Bruder zur Seite steht. Während draußen der Golfkrieg tobt, lebt dieser dicke Choleriker noch in der Erinnerung an seine Zeit als Vietnam-Kämpfer. Da kann's schon mal vorkommen, daß er seine Knarre zieht, wenn ein Kegler die Bande übertritt. In solchen Momenten ist es der Dude, der ein klärendes Machtwort spricht: »This is not Nam. This is bowling.« Dem hätte auch Marlowe nichts hinzuzufügen.

Das süße Jenseits

Regie: Atom Egoyan. Mit Ian Holm, Sarah Polley, Gabrielle Rose; Kanada 1997 (Pandora),110 Minuten; ab 5.3. im Kino

Der eigentliche Held des Films ist sein Regisseur. Gerüchte hatten bereits vermeldet, Egoyan würde erstmals für ein Hollywoodstudio arbeiten. Doch nun ist er ebenso stolz darauf, standhaft geblieben zu sein, wie der Autor der Romanvorlage Russell Banks: »Auch um mich hat sich Hollywood bemüht, und es ist so, als ob dir jemand ein merkwürdiges Pulver in dein Getränk tut. Man wird berauscht von dem Luxus, dem Kalkül, dem Geld .... so daß man seinen Halt verliert, damit man in ihre Welt hineinkippt«. Am Set von »Das süße Jenseits«, auf einem schneebedeckten Berghang Kanadas, wurde der ehrbare Egoyan für seine Eigenständigkeit belohnt: »Dort oben ... fühlte ich, daß ich mich selbst verwirklicht hatte.«

Nach dem gleichen einfachen Muster funktioniert die Geschichte des Films: Als Feind muß hier nicht Hollywood herhalten, sondern ein Anwalt, der als fremder Eindringling eine Dorfgemeinschaft in ihrer Trauer stört. Bei einem Busunfall sind vierzehn Kinder ums Leben gekommen, und der Anwalt hetzt die Eltern in seinem Bestreben, unbedingt einen Schuldigen zu finden, gegeneinander auf Durch bewußte Falschaussage macht ein mutiges Mädchen dem Spiel des Verführers ein Ende und befreit nicht nur die Gemeinde, die sich nun in aller Wahrhaftigkeit der Trauer hingeben kann, sondern löst sich gleichzeitig aus einer inzestuösen Vater-Tochter-Beziehung.

Bisher war es eher die Seite des Bösen und Rauschhaften, die mich für Egoyans betörende Bilderreisen einnahm - auch wenn die Faszination durch den »süßen Sündenpfuhl« nach dem Willen des Regisseurs am Ende stets brav der Einsicht in seine Gefahren weichen und in dem Glauben münden sollte, die Volksgemeinschaft könne am Ende alle Übel beseitigen. Im »süßen Jenseits« aber überlebt tatsächlich nur stickige Moral.

Kundun

Regie. Martin Scorsese. Mit Tenzin Thutob Tsarong, Gyurme Tethong, Tencho Gyalpo; GB 1997 (Kinowelt); 133 Minuten; ab 19.3. im Kino

Mit Seiner Heiligkeit, dem Dalai Lama, als Filmhelden hat Scorseses alttestamentarische Abrechnung mit dem Bösen eine neue Dimension erreicht. Daß der Regisseur im Kreis der westlichen Tibet-Verehrer keine Ausnahme darstellen und im Schwärmen für diese »Menschen der Gewaltlosigkeit« die inhärente Gewaltsamkeit der lamaistischen Doktrin übersehen würde, war abzusehen. Doch aus der Übertragung seines alten Themas auf die buddhistische Kultur ist eine intakte Ausgangssituation entstanden, wie sie kein anderer seiner Filme zeigt.

Das Kind, das abgeschirmt auf seine verantwortungsvolle Rolle als Dalai Lama vorbereitet wird und mit dessen staunenden Augen Scorsese die fremdartige Welt der Zeremonien erkundet, verkörpert die Reinheit des in Frieden mit sich selbst lebenden tibetischen Volkes. Bedrohung und Leid dringen von außen ein, zunächst vermittelt durch die Medien, dann in Gestalt der einmarschierenden Chinesen unter Mao, die den 24jährigen Dalai Lama schließlich zur Flucht zwingen. Wenn sich die Leinwand rot einfärbt, ist - anders als in »Taxi Driver« - klar, woher das blutige Unheil rührt. Schließlich ist das chinesische Regime laut Scorsese »dem Spirituellen am abgewandtesten«.

Dabei bleibt die Seite des Bösen zu unpersönlich und plakativ, um über eine rein äußerliche Bedrohung hinauszugehen - im Gegensatz zu den inneren Gefahren und Versuchungen, mit denen Scorseses Helden sonst zu kämpfen haben.

Um so erstaunlicher ist es, daß sich die Bilder des Film-Priesters dennoch auch in »Kundun« über jede Art von Plattheit erhaben zeigen. Die Symbolkraft des Meditationsmandalas aus buntem Sand, dessen Entstehung und Zerstörung man parallel zur Handlung verfolgt, macht drastische Gewaltszenen überflüssig, und selbst die weihevolle, esoterische Musik von Philip Glass überschreitet nicht die Grenze des Unerträglichen. So läßt der Film, der, anders als des Meisters radikale Konfrontationen mit den eigenen Abgründen, keine Verstörung auslöst, den Zuschauer in einem Zustand der Benommenheit zurück.

Konkret 03/98, S. 60

Stefan Ripplinger

»medium der bewegung«

Die Frage, was links sei, sollte präzisiert werden. Eine Präzisierung könnte lauten: Was ist linke (oppositionelle, deviante usw.) Kommunikation? Nirgendwo wird diese Frage so nachdrücklich gestellt, nirgendwo wird sie so vielseitig und interessant beantwortet wie in den freien Radios

Seit Beginn dieses Jahres strahlt das Hamburger »Freie Sender Kombinat«, kurz »FSK«, rund um die Uhr, jeden Tag, ausgenommen sonntags, Programme aus (auf UKW 93,0 MHz). Die Frage, in welchem Rahmen sich linke Kommunikation entwickeln kann, hat das Kollektiv eindeutig beantwortet: nur unter rigorosen non-profit-Bedingungen. »FSK« lebt hauptsächlich von seinen 1150 zahlenden Fördermitgliedern, Werbung gibt es grundsätzlich nicht, Mitarbeiter werden nicht entlohnt. Alles andere, erklärt mir ein Redakteur im Brustton der Überzeugung, sei »Scheckbuch-Journalismus«.

Bei diesen Voraussetzungen erstaunt, wie die Mitarbeiter den jahrelangen Kampf gegen ihnen mißtrauisch bis feindlich gesinnte Behörden, Politiker, Polizisten, Verfassungsschützer und bürgerliche Journalisten (dem »Focus« gilt der Sender als eine Art kurdischer Brückenkopf) haben durchstehen können. Die durchweg miserable technische Qualität der Sendungen erstaunt um so weniger.

Ende der achtziger Jahre habe ich ein gänzlich anderes Konzept kennengelernt: »Radio 100« in Berlin. Für dessen Abendprogramm produzierten mein Freund Hermann Bohlen und ich etwa zwei Dutzend einstündige Montagen und Features. Wir ließen u. a. zwei elfjährige Mädchen einen Dialog über das Werk von Witold Gombrowicz sprechen und Alkoholiker die Marseillaise singen und kamen uns ziemlich kühn vor, bis Geert Lovink uns Bänder eines Amsterdamer freien Radios vorspielte, chaotische Collagen aus elektronischer Musik, Satz- und Geräuschfetzen. Die Amsterdamer waren einen Schritt weiter gegangen als wir, aber dem linken *juste milieu* paßten wir dennoch nicht. Einer der Wortführer des Radios forderte »Professionalisierung«, das Abendprogramm müsse »entwortet und entmüllt« werden. Sein Vorhaben glückte, das Radio wurde einem der vielen Hitparadensender überantwortet. Der Mann ist konsequenterweise bei der »Taz« gelandet.

Wo die einen glauben, wie die Großen sein zu müssen (»Professionalisierung«), halten sich die anderen absichtlich klein. Wo die einen sich an den allgemeinen Radio-Gesetzen orientieren (»entworten und entmüllen«), begnügen sich die anderen mit dem, was die linke Subkultur an Stilen hervorbringt.

»radiosendungen setzen politische, kulturelle, d. h. gedankliche bewegungen in akustische ... bewegungen um ... das radio wird so zum medium der bewegung«, heißt es in Form Struktur & Konzept des »FSK« vom Oktober 1994. Anders als die hochgesteckten postmodernen Projekte, die außerdem in diesem Papier angerissen werden, wurde dieses verwirklicht: »FSK« ist in den zwei Jahren, in denen es über den »Offenen Kanal« zu empfangen war, zu einem Medium der Bewegung geworden, aber nicht einer freischwebenden gedanklichen, sondern der linken Bewegung. Was es in deutschen Großstädten an linker Politik gibt, hat seinen Platz bei »FSK«: Antirassistische und Flüchtlingsinitiativen, Ökologen und Arbeitslosengruppen, kommunistische und undogmatische Zirkel, Kulturlinke und Feministinnen. Und Oliver Tolmein.

Alle zusammen bestreiten den enormen »Wortanteil« von knapp 50 Prozent am Gesamtprogramm. Anders als seinerzeit bei »Radio 100« will man diesen Anteil halten oder noch erhöhen. Es sind die finanziellen und technischen Bedingungen, die das erschweren; das ambitionierte Musikprogramm (mit John Peel, Coldcut und anderen bekannten D.Js und Musikern) ist vergleichsweise leicht zu organisieren. Ein zweites Studio, in dem vorproduziert werden kann, befindet sich erst im Aufbau.

Wenn dem Wort also ein so großes Gewicht beigemessen wird, welche Sprache wird gesprochen? Ein Querschnitt aus zwei Tagen: »Also zusammenfassend könnte man's vielleicht in die Richtung sagen, daß die Uni, daß das Studium für die Interessen des Kapitals, für die Interessen der Konzerne fit gemacht werden sollen ... und daß wir uns halt daran gewöhnen, daß wieder der Ellenbogen ausgepackt wird ... Progressivrock der ersten Stunde, 1889 war die Uraufführung ... Ich möchte mal ein Stichwort von Andreas eben aufnehmen ... Both of my parents are dead, and I still fuckin' hate them, because after all they are the ones that brought me into that endless holocaust of human suffering ... Ja, gut, wollen wir jetzt langsam dieses Interview beenden, wir haben auch noch andere Sachen vorbereitet, wir wollen unter anderem über die Migrationsrouten in die Bundesrepublik ein kurzes Referat, was hier in Hamburg 'ne Veranstaltung stattgefunden hat, einspielen ... Du hast ja jüngst, jetzt eben bzw. grade die Militarisierung der Zuckerrohrernte erwähnt ... Hier ist eine kleine Gruppe hereingekommen, der ist diese Sendezeit zufällig zugespielt worden. Jetzt stehen hier neben mir, der ich jetzt gerade am Mikrophon stehe, Micha. - Hallo! Torsten! - Die wollen alle nichts sagen, die sind vom Aktionskomitee.«

Hier sprechen, unüberhörbar, »bewegte und bewegende subjekte« *(Form Struktur & Konzept).* Mit den Mitteln des Radios wenig vertraut, zufällig zu Sendezeit gekommen, reden sie drauflos, während aus der Teeküche Lärm dringt, sie machen ihre Positionen deutlich, argumentieren umständlich, analysieren nach bestem Wissen und Gewissen, schneiden sich das

Wort ab, verlieren den Faden, suchen nach dem Regler, haben plötzlich einen grandiosen oder bloß albernen Einfall, improvisieren hinreißend oder langweilen ganz einfach. Ohne souveräne Moderation, ohne Schnitt und Einschränkung, behindert nur durch die schlecht beherrschte Technik, sprechen protestierende Studentinnen und Studenten, Underground-Dichterinnen und linke Kämpfer. Das soll »authentisch« sein und ist es vielleicht auch.

Schon jetzt gibt es Programme in englischer, spanischer und serbokroatischer Sprache. Einige Mitarbeiter wünschen sich, daß noch mehr fremdsprachige Redaktionen hinzukommen. Migrantinnen und Migranten soll eine »Stimme gegeben« werden, telefonisch holt man Informationen befreundeter Gruppen im Ausland ein, vor allem aber spricht das linke Subjekt zu seinesgleichen.

Möglich wird das durch eine hohe Durchlässigkeit: Das Kollektiv stellt Infrastruktur zur Verfügung, damit Hörer zu Sendenden werden und bislang Zu-Kurz-Gekommene zum Zuge kommen können. Solange sie links sind, versteht sich. Ursprünglich hat man sich das so vorgestellt: »freies radio versucht, die sendenden ihrer gewalt über die hörenden zu entheben. wird die struktur des radios offengelegt, kann es zum nutzbaren apparat werden: hier ist kommunikation organisierbar.« Und damit sich ja niemand hinter dem Mikrophon verschanzt, kann er »in nicht planbarer weise unterbrochen werden durch anrufe und besuche«.

Dennoch haben sich inzwischen einige Regularien herausgebildet. Neue Anbieter müssen sich auf den Konferenzen blicken lassen, Konzepte werden gelegentlich doch ein wenig geprüft, die Sendestruktur soll ausgearbeitet werden. Der Hörer ahnt das freilich nicht, ihm drängt sich die romantische Vorstellung auf, hier entstehe ein Programm aus Zufall und Anarchie (»das war jetzt 'n Tape von DJ Murro aus Japan, und wenn ich nicht gleich abgelöst werde, lege ich noch ein Tape von DJ Murro auf«).

In seinem von »FSK« mitgeschnittenen Vortrag über Peter Brückner hat Klaus Briegleb die Absicht, die hinter dieser frontalen Vermittlung stehen mag, formuliert: »Entdeckt eure Sprache, entdeckt dabei eure Gefühle, aber werdet nicht wehleidig und egoistisch.« Eine linke Öffentlichkeit, das hätten die Erfahrungen von 1977 gezeigt, und das könne man von den verfolgten Juden lernen, müsse sich schützen vor der »vernichtungsbereiten allgemeinen Lausch-Öffentlichkeit«. Nicht die »Sabotage« der hegemonialen Diskurse solle angestrebt werden, sondern eine abgeschirmte »Kommunikation unter uns«.

Da es, weil Sprache Konventionen voraussetzt, keine Privatsprache geben kann, ist zu befürchten, daß einer, der seine »eigene Sprache« entdecken zu können glaubt, bloß, ohne sie wiederzuerkennen, die allgemeine wiederfindet. Die unbefragten neuen Konventionen ruhen auf den alten; in dem neuen Ideolekt sedimentieren die alten Denkweisen. Wenn Subjekte dem Drang nachgeben, sich auszusprechen, bleibt kein Raum für Sprach-Reflexion.

Ironischerweise heißt einer der Beiträge der »Redaktion 3«, die sich in dieser Intimität nicht einrichten will, »Einfach mal drüber reden«. Auch hier sprechen sich direkt Beteiligte vor Ort aus. Anwohner, Politiker, eine Polizistin, ein Dealer, Junkies äußern sich über »Drogen und Gewalt im Schanzenpark«. Aber die Statements sind sorgfältig ausgesucht, geschickt nebeneinander gebaut, mit Schlagern, satirischen und theoretisierenden Kommentaren versetzt. Kurz, es treten, wenn auch nicht immer direkt, Autoren auf, die die Wirklichkeit nach ihrer Fasson modeln, vermutlich nicht mehr als »authentisch« anerkannt werden, gleichzeitig jedoch die Chance haben, mehr aus dem Gerede zu machen, aus dem Material Funken zu schlagen, eine gedankliche Spannung zu erzeugen. Das gelingt mal, mal gelingt es nicht.

In einer anderen Reportage zum Thema wird ebenso aufschlußreicher Original-Ton (»Wir sind Initiativen, wo Eltern zusammen mit Kindern für ihre Schutz- und Lebensräume hier im Viertel eintreten«) geboten, aber wesentlich schlechter montiert und passagenweise einfach mit Instrumental-Musik angereichert. Ein Verfahren, das, seit Heiner Goebbels seine Ton-Musik-Collage »Berlin Kudamm 12. April 1981« herausbrachte, im Schwange war, inzwischen jedoch seine Wirksamkeit eingebüßt hat.

In derselben Redaktion entstehen auch eher klassische Features. »Busch singt!« reiht bekannte und weniger bekannte Aufnahmen des Sängers Ernst Busch aneinander, dazwischen streiten sich die Fachleute darüber, ob es nun »ein junger Arbeiter mit Lederjacke, hohlen Wangen, blitzenden Augen, kurzen schwarzen Haaren und einer graden Nase« war, der in »Kuhle Wampe« die Welt verändern will, oder eine Arbeiterin. Einig sind sie sich, daß die Zeile »Damit Deutschland den Deutschen gehört« aus »Roter Wedding«, Buschs »Smash Hit«, zwar »untragbar«, das Lied aber doch akzeptabel sei, weil Hanns Eisler durch einen subversiv eingesetzten Fünfviertel-Takt »simple Identitäten unterläuft«. Wer's glaubt, bleibt Kommunist.

Einig war man sich in der Gesamtredaktion auch darüber, daß ein von drei Frauen vorgeschlagenes Programm - sie schauen sich einen Russ-Meyer-Film an und lassen sich durch ihn zu einem Live-Gespräch über »Geschlechterrollen« anregen - nur sexistisch sein könne. Obwohl der Beitrag nach einstimmigem Beschluß niemals produziert wurde, forderte die Szene: »Sexisten in die Elbe!« Auf meine Frage, ob es nicht schade um die hübsche Präsentationsidee sei, antwortet mir eine Redakteurin von »Radio St. Paula« - die feministische Redaktion gehört neben »Uniradio« und »Radio Loretta« zu der »AnbieterInnengemeinschaft«, die »FSK« trägt -, Russ Meyer sei eben »Porno«.

Abgesehen davon, daß mir diese Etikettierung etwas leichtfertig vorkommt, kann ich mir nicht vorstellen, wie es selbst einem abgefeimten Chauvinisten gelingen sollte, sich an einem Film zu delektieren, von dem er nur den Ton hört, der außerdem von einer Debatte über Geschlechterrollen überlagert ist. Und welchen Grund könnte eine Hörerin sonst haben, sich von dieser Inszenierung herabgesetzt zu fühlen? Aber hier spiegelt »FSK« einfach die Stimmung und Diskussion der deutschen Linken, die noch jeden guten Gedanken durch Kleinlichkeit ruiniert hat. Im Falle einer übrig ist, gebe man ihr nur ein wenig Zeit.

Kommunikation unter Linken, linke Kommunikation (das scheint hier fast dasselbe zu sein) ist nicht immer eine erfreuliche Angelegenheit. Man kann von einem »medium der bewegung« vielleicht nicht verlangen, daß es über die Bewegung hinausgeht. Dem bewegungslosen Hörer aber bietet es tiefe Einblicke. Und ich zeigte mich allzu unbewegt, wollte ich nicht eingestehen, von manchen Beiträgen doch ein wenig bewegt worden zu sein.

Konkret 03/98, S. 62

Carl Freytag

Die Abschaffung des Subjekts

Ich zu sagen, ohne ein Ich zu behaupten: über die autobiographischen Texte der Kritischen Theoretiker

50 Jahre *Dialektik der Aufkl□ rung*: eine schöne Gelegenheit, um abzurechnen und aller Welt zu erklären, daß man es schon immer besser gewußt hat. Sechs Professoren geben in der »Frankfurter Rundschau« dazu Auskunft und erzählen, wie es ihnen bei der ersten Lektüre des Buches ergangen war und was inzwischen von seiner analytischen Kraft zu halten sei. »Zu globalistisch und zu hart« erscheint das Buch Wolfgang Welsch, während es dem »empfindsamen, intelligenten« Norbert Bolz zufolge blind macht für die »Positivitäten«. Dieter Thomä wiederum ist Jazz-Liebhaber und daher von Adorno ohnehin enttäuscht: Das »letzte große Produkt« des »Totalitätsgedankens« sei leider »kein Fundament, sondern ein Steinbruch«. Hans-Ulrich Wehler beklagt den Frankfurter »Jargon« ebenso wie Klaus Podak, der in der »Süddeutschen Zeitung« zu Wort kommt: Die Sprache Horkheimers und Adornos kommt ihm »im überhöhten Ton mit leicht aggressivem Pathos« daher. Konnte er sich der »Abenteuergeschichte des Geistes ... bei der ersten Lektüre nur schwer entziehen«, so ist inzwischen das »Blut der Erregung« wieder aus seinen Wangen gewichen, und er wirft den Autoren, ohnehin schon seit langem der Verführung zum Terrorismus beschuldigt, in einer haarsträubenden Volte vor, sie hätten mit ihrer Kritik der »sich allmächtig dünkenden Philosophenvernunft« so schrecklichen Dingen wie »Irrationalismen, Elementen der Anti-Vernunft« Vorschub geleistet.

In dem Maße, wie in diesen Erinnerungsversuchen der besprochene Text zertrümmert untergeht, geht die Gestalt des Schreibers auf, die, jugendlichen Irrungen entwachsen, gegen das erledigte Projekt der »Moderne« lichtvoll sich abhebt. Manuela Günters *Anatomie des Anti-Subjekts* setzt genau bei derartigem autobiographischen Schreiben an: bei dem »autobiographischen Pakt«, mit dem sich der Autor schreibend seiner Person versichert. Siegfried Kracauer, Walter Benjamin und Carl Einstein, auf deren Arbeiten Manuela Günter sich bezieht, kündigen diesen Pakt auf Sie zählen nicht zu den Subjekten, die sich positiv gestimmt den Herausforderungen der Zeit stellen. Sie befinden sich vielmehr in der verzweifelten Abwehr gegen die Vereinnahmung durch das »falsche Ganze« und haben als kritische Denker, »Linke« und Juden schon in den »Goldenen Zwanzigern« wenig Gutes zu erwarten.

In ihren autobiographischen Texten haben sie als subversive Strategie gegen die Bedrohung aller »nichtidentischen Andersheit« die »Inversion der Ich-Figur zum Anti-Subjekt« entwickelt, einer Gestalt, die so unspektakulär, unerreichbar und aller Herrschaft entzogen ist, wie jene Anti-Inseln, die manchen griechischen Inseln gegenüberliegen: Verheißt die Reise nach Kythera nur Unheil, so bleibt noch ein Anti-Kythera, wo man einer Rolle als Täter oder als Opfer entkommen könnte.

An Kracauers 1928 erschienenem Roman *Ginster* zeichnet Manuela Günter die »Geschichte des Subjekts als Prozeß seiner systematischen Entsubjektivierung« nach. Erst das »zerstörte Subjekt wird zur Chiffre seines utopischen Potentials« und kann so die Verdinglichung überschreiten, die ihm droht. Der »Held« der Autobiographie verschwindet »in die Unsichtbarkeit« - und mit ihm auch der Autor.

Ein »zerschlagenes Buch« nannte Benjamin seine *Berliner Kindheit um Neunzehnhundert:* Nur ein Teil der Kapitel konnte erscheinen - verstreut in verschiedenen Zeitschriften. Der »Held« dieses Buches, das Kind, bleibt namenlos, »sämtliche identifizierbaren biographischen Bezüge mit Ausnahme der Orts- und Straßennamen werden gelöscht, die Chronologie der Erzählweise und noch der Schein biographischer Kontinuität werden verworfen. ... Ein Bild von sich verweigert auch Benjamin dem Leser hartnäckig.« Die »vermeintliche autobiographische Gestalt stellt die Hülle dar, hinter der sich die Analyse der bürgerlichen Gesellschaft verbirgt«.

Angesichts sich »auflösender Existenz- und Schreibbedingungen« wird die Gestaltung eines geschlossenen »Werks« für Einstein unmöglich. Eine Sammlung unveröffentlicher Blätter, dazu einige widersprüchliche Entwürfe und Hinweise in Briefen - das ist das Material für das Romanprojekt *Beb II* (Der provisorische Titel knüpft an den 1912 erschienenen Roman *Bebuquin* an). Manuela Günter schlägt vor, »den jetzigen fragmentarischen, arbiträren, nicht autorisierten Zustand als das literarische Ereignis selbst zum positiven Ausgangspunkt« zu nehmen und sich auf dieses »Artefakt« zu stützen. Schon Einsteins *Kleine Autobiographie* aus dem Jahr 1930 ist »Anti-Autobiographie im besten Sinne, insofern sie en miniature eine wichtige Erkenntnis der Moderne artikuliert: daß das individuelle Leben nur noch als Quantite negligeable zu betrachten ist und daß seine Geschichte bestenfalls in einer Form erscheinen kann, in der sich Trinker am Stammtisch ihre Abenteuer erzählen.« Aus den Textbausteinen für *Beb II* kann nun vollends nicht mehr auf den Autor geschlossen werden: »An Beb vollstreckt sich das Urteil der Epoche über das autonome, identische Subjekt.«

Kracauer, Benjamin und Einstein sind keine vergessenen Autoren: Werkeditionen erscheinen, auf Tagungen werden professorale Grabenkämpfe ausgetragen, Gesellschaften wahren die Interessen der »Erben«, Preise werden verliehen. Wie Horkheimer und Adorno gehören sie zum Fundus des Kulturbetriebs. In Zeiten, in denen Präsidenten mit einem fröhlichen »Glauben wir wieder an uns selbst« der »mentalen Depression« Einhalt gebieten, werden sie allerdings zur Last, zur

»Altlast« (vgl. KONKRET 6/97, S.60f), wenn man ihre Texte ernst nimmt, wenn man etwa die Gestalt eines Anti-Subjekts nicht als literarische Spielfigur verharmlost, sondern als Reflex auf reale Bedrohung erkennt - erzwungene Emigration, Elend im Exil, Tod auf der Flucht -, als Reflex auf eine »Wirklichkeit .... in der es auf dieses Selbst nicht mehr ankommt« und in der »sich die Rettung des Individuums nur noch in einem dezidiert anti-subjektiven Sinn« denken läßt.

So ist das Verschwinden »in die Unsichtbarkeit« nicht bloße ästhetische Figur, es ist zur einzigen Möglichkeit geworden, den Mördern zu entkommen. In den Konzentrationslagern wurde bewiesen, »daß das Subjekt wirklich überflüssig geworden ist«. Ermordet wurden lebende Tote, von deren Handeln ihr Schicksal nicht mehr abhing. Auch die wenigen Überlebenden sind »für alle Zukunft auf die Schwelle des Todes gebannt«. *Mich* gibt es nicht« - so benennt der »Überlebende« Jean Am~ry die »erspürte Wahrheit«, die ihm in der Folter auf den Leib geschrieben wurde. An seinen autobiographischen Arbeiten zeigt Manuela Günter, daß das »Debakel« (J. A.) auch heute noch kein Ende gefunden hat.

Das Anti-Subjekt ist nicht Absage an das Subjekt, es mahnt vielmehr »die Möglichkeit an, das andere seiner selbst jenseits des Identitätszwangs zu realisieren«. Manuela Günter folgt Adorno, der in seiner *Negativen Dialektik* die paradoxe Forderung stellt, »mit der Kraft des Subjekts den Trug konstitutiver Subjektivität zu durchbrechen«. Die *Dialektik der Aufkl rung* entwickelt die lange Geschichte dieses »Trugs«. 1933 war so wenig der Anfang dieser Geschichte, wie sie 1945 zu Ende ging. So erweist sich »der Anachronismus >Subjekt(... als nach wie vor notwendige Hypothese, wenn die Logik der Vernichtung nicht triumphieren soll«. Erst in seiner Entstellung, »indem es sich nicht um jeden Preis erhält«, bewahrt das Subjekt »die Vorstellung davon, was sein könnte, ebenso wie die kompromißlose Kritik dessen, was ist«.

Manuela Günter: *Anatomie des Anti-Subjekts. Zur Subversion autobiographischen Schreibens bei Siegfried Kracauer. Walter Benjamin und Carl Einstein.* Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg 1996,236 S., 58 Mark

Konkret 03/98, S. 64

Rayk Wieland

Brecht allein zu Haus

Das Jubiläum ist vorbei - nun kann Brecht sich wieder hören lassen

Wenn auch nach den Albernheiten anläßlich seines 100. Geburtstages kaum jemand übriggeblieben sein dürfte, der noch mit Bertolt Brecht zu schaffen haben möchte, und wenn auch alles, was zu Person und Werk zu sagen wäre, für die nächsten 100 Jahre in ermüdender und verblasener Kompletthaftigkeit gesagt ist, kann an der vorliegenden CD-Box »Werke. Eine Auswahl« doch nicht einfach vorübergegangen werden: Sie enthält 20 CDs mit zum Teil Originalaufnahmen des Dichters, Radioaufzeichnungen, Proben- und Stückmitschnitten des Berliner Ensembles; zudem Lesungen und Auftritte von Helene Weigel, Therese Giehse, Ernst Busch, Hilmar Thate, Ekkehard Schall, Auszüge aus einer Aufführung der »Dreigroschenoper« von 1930 sowie Intonationen von Hanns Eisler und Paul Dessau. Es handelt sich um Aufnahmen, die einzeln und auf Schallplatte in der DDR erschienen waren und die nun erstmals z. T. gekürzt auf CD erhältlich sind. Sie beanspruchen Interesse nicht nur wegen ihres beachtlichen Umfangs und dokumentarischen Werts, sondern vor allem, weil hier mit zwei Ausnahmen - Gisela May und Wolf Kaiser - die sozusagen klassische Brecht-Interpreten-Familie versammelt ist.

Zunächst zu den Liedern und Gedichten, deren diverse Darbietungsweisen zu einer komparatistischen Untersuchung einladen, die hier aber nicht ernsthaft bewerkstelligt werden soll. Auffällt, daß Buschs Pathos sich noch an ein Auditorium zu wenden scheint, wohingegen Thate eher eine freie Kunstausübung präferiert und Schall die Texte vorträgt, als hätte er sie wiederentdeckt Die Aufnahmen sind aus verschiedenen Zeiten: Busch spielt 1965 vornehmlich Stücke aus den 20er und 30er Jahren ein, der Hochzeit des Agitprop, Thates Vortrag stammt von 1967, dem Höhepunkt der Brechtwelle; und Schall datiert schließlich aus den 80er Jahren, wo Brecht in der DDR totzitiert und mithin erledigt zu sein schien. Helene Weigels Interpretationsstil ist, 1963, ein zurückhaltend appellativer, und Therese Giehse, ebenfalls 1963, präsentiert mehr die sog. stillen Seiten des Werkes, und sie tut dies mit gleichhinniger Ruhe. Ihr ist die Wiederentdeckung eines kleinen Gedichts von 1938 zu danken, das bei einer Durchsicht der 30bändigen Gesamtausgabe schwerlich zum Vorschein gekommen wäre; es heißt »Da das Instrument verstimmt ist« und beginnt dito: »Da das Instrument verstimmt ist / Sind die alten Notenbücher wertlos Und so braucht ihr einige neue Griffe. Wäre nicht auch Dummes klug zu sagen / Hätten nicht auch Räuber süße Lieder / Wäre unser Handwerk unten mehr geachtet. // Versschreiber bedenkt / Daß der Unterdrückten sehr viele sind: / Da auch sie zahlen / Wenngleich wenig, lohnt es doch / Die Wahrheit zu schreiben. // Wenn wir vor den Unteren bestehen wollen / Dürfen wir freilich nicht volkstümlich schreiben. / Das Volk / Ist nicht tümlichm Sieh an, sieh da, das ist doch gut und gültig, wenn zwar auch heute nicht viele Versschreiber aufzutreiben sind, die es dafür halten. Daß ihre Instrumente verstimmt sind, wird aber niemand bezweifeln.

Als einer der speziellen Vorzüge Brechts darf gelten, daß er seine Gedichte für den öffentlichen Vortrag eingerichtet hat, und eine Merkwürdigkeit der Lieder Brechts besteht darin, daß sie, ähnlich wie Schlager, mehrmals und mit Gewinn gehört werden können, wiewohl ihr semantischer Spiel- und Interpretationsraum im Vergleich zu anderer moderner Literatur eher klein zu nennen wäre. Das »Lob des Kommunismus« bleibt, von wem es auch vorgetragen wird, ein Lob des Kommunismus; die Interpretation ändert nichts an seiner Bedeutung, sie führt lediglich die Haltung des Interpreten zum Text vor. Beim Schlager hingegen scheint der Interpret sich mit dem, was er singt, vollauf zu identifizieren, wie auch sein Gesinge voll auf die Identifikation des Publikums mit dem Klischee, das auf- und abgerufen wird, ab- und hinzielt. Hierbei sind Text und Musik sozusagen deckungsgleich und *harmonieren* ohne Skrupel. Anders bei Brecht, wo, in der Regel, die beiden Komponenten einander kommentieren und *Einfühlung* nur partiell angestrebt ist. Daher rührt das vielgescholtene und regelrecht angefeindete Didaktische und Antikulinarische eines großen Teils des Werks: Die Parteinahme soll hier nur per Kopf vonstatten gehen. Das kann lästig werden, gewiß, aber falsch wird es darum nicht.

Ein verbreiteter Irrtum besteht allerdings darin, anzunehmen, daß der Erfolg etwa der *Dreigroschenoper* sich dem Gelingen dieses ästhetischen Programms verdanke und also seinerzeit das Publikum im Unterschied zur Gegenwart ein ansprechenderes, ansprechbareres, gleichsam niveauvolleres gewesen sei. Eher trifft wohl zu, daß Brechts Popularität ungeachtet seiner Rationalisierungsmaßnahnen zustande kam und die Operettenform in der Parodie wie auch die Sentimentalität der Songs in der Verballhornung noch stark genug erhalten blieb, um zu wirken, d. h. konsumiert werden zu können. Auch bezüglich der Arbeiter- und Marschlieder ist angemerkt worden, daß Eislers Komposition den gleichförmigen Takt bisweilen listig zu unterwandern suchte. Ihre Wirkung, wenn dies überhaupt je beachtet worden ist, kommt daher nicht.

Zu den Kleinodien der Kompilation zählen neben den Stück- und Probenaufzeichnungen, die, nebenbei bemerkt, durchaus als Hörstücke bestehen können, wenngleich sie keine Hörspielfassungen darstellen, die Originaltöne der Brechtkomponisten Eisler und Dessau. Die Differenz beider Versionen der Ballade »Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy« - Busch singt Eislers und Dessau seine eigene Kornposition - ist aufschlußreich: Während Eisler

das Liedhafte, Abgeschlossene, Präsentable betont, unternimmt Dessau nichts anderes, als den Gestus des Textes so klar wie möglich hervortreten zu lassen. Eisler hofft, seine Hörer zu gewinnen, Dessau auf einen Gewinn bei seinen Hörern.

Was schließlich die Ton-Dokumente Brechts himself angeht: Sie gehören für Brechtianer, falls es solche noch gibt, in die Abteilung der täglich mindestens zweimal abzuspielenden CDs, ja, es wäre eine nicht unangenehme Abwechslung, wenn im Dudelfunk der Nachbarschaft oder aus dem an der Kreuzung stehenden Auto hin und wieder »Die Moritat von Macki Messer«, »Das Lied von der Unzulänglichkeit« oder das »Gedicht an die Nachgeborenen« erschölle, gern auch die Rundfunk- und Diskussionsbeiträge oder Brechts Rede auf dem IV. Deutschen Schriftstellerkongreß 1956. Außerdem enthält die CD Auszüge aus dem Verhör vor dem »Ausschuß für unamerikanische Betätigung«, dem sich der Emigrant 1947 unterziehen mußte. Wie geschickt ausweichend und vage bleibend der englisch radebrechende Brecht agiert, um eine Anklage zu vermeiden, kann hier studieren, wer sich evtl. demnächst einer ähnlichen Prozedur unterziehen muß (Lauschangriff! Stasi! Koalition mit der PDS!).

Das Hören also dieser CDs lohnt und wird von Vorteil sein - ein Nachteil freilich soll nicht unerwähnt bleiben: Es kann Streit geben. Auch tolerante Menschen in der näheren Umgebung neigen, nach der dritten Version der »Ballade von den Seeräubern«, zu Unmut. Guten Gewissens kann die Kaufempfehlung nur für Singles ausgesprochen werden. Brecht allein zu Haus, das ist, in der Hinsicht, durchaus vorbildlich.

Bertolt Brecht: Werke. Eine Auswahl. BMG, Berlin 1997, CD-Box mit 20 CDs, 399 Mark

Konkret 03/98, S. 65

Ulf Schlawinski

Melodie & Rhythmus

György Kurtág/Robert Schumann: »Hommage à R. Sch.«, Kim Kashkashian, Viola; Robert Levin, Klavier; Eduard Brunner, Klarinette, ECM 1995; György Kurtág: »Musik für Streichinstrumente«, Keller Quartett, ECM 1996; György Kurtág: »Játékok«, Márta und György Kurtág, Klavier, ECM 1997

Pierre Boulez bekannte 1986, anläßlich des 60. Geburtstags von Kurtág: »Die Musik von György Kurtág habe ich erst viel zu spät kennengelernt. Ich weiß nicht, warum, infolge welcher unseligen Verkettung von Umständen -jedenfalls war sie mir bis in die letzten Jahre vollständig entgangen. Tatsächlich vollständig: Ich kannte keine Note, nicht einmal den Namen des Komponisten! «

Also sind wir im Unwissen über György Kurtág auch gut zehn Jahre später noch in guter Gesellschaft. Und lernen nun über ihn: Geboren 1926 in Lugos (Rumänien), damit Zeitgenosse und Studienfreund des erfolgreichen, drei Jahre älteren György Ligeti. Nach dem Zweiten Weltkrieg Umzug nach Budapest, Studium an der dortigen Musikakademie. Seit 1948 ungarischer Staatsbürger. Nach der Zerschlagung des 56er-Aufstandes lernt er in Paris bei Darius Milhaud und Olivier Messiaen. 1958 beginnt die knapp 30jährige Lehrtätigkeit an der Budapester Musikhochschule, wo er 1967 eine Professur für Klavier und Kammermusik erhielt.

Kurtág komponierte vor allem Werke für kleine Besetzungen, oft nur für einen oder zwei Spieler, was den Zugang zum hiesigen Musikleben naturgemäß erschwert. Kammermusik wird, zumal im Unterschied zu Bühnenwerken, wenig verwertbares öffentliches Interesse beigemessen, und daher sind weder genug neugieriges Publikum, kaum begeisterungsfähige Medien noch nennenswerte Verlegerhonorare zu erwarten. Erst seit einigen Jahren erscheinen von Kurtág mitunter auch Kompositionen für Orchester, beispielsweise »Grabstein für Stephan« für Gitarre und vier Instrumentengruppen (1989) oder »Siele« für großes Orchester (1994), die einem größeren Konzertpublikum den Komponisten näherbringen. In der Tradition Béla Bartóks und Anton Webers entwickelte Kurtág eine persönliche Musiksprache, die jede Effekthascherei vermeidet und durch ihre Ernsthaftigkeit beeindruckt.

Bartóks große Vorbildfunktion liegt für Kurtág in der Verwendung volksmusikalischer Elemente, die unverwechselbar in seine musikalische Sprache eingebunden sind. Als einer der ersten Komponisten legte Bartók mit Hilfe von Tonaufnahmen »vor Ort« eine unüberschaubare Dokumentation ungarischer und benachbarter Volksmusik an. Webern hingegen versuchte, durch Reduktion der Mittel eine komprimierte Ausdrucksform von Musik zu schaffen, die sich fortschrittlicher Methoden wie der Zwölftontechnik bediente und in ihrer Entwicklungsfähigkeit darüber hinaus für die Nachkriegsgeneration richtungsweisend war.

Auch Karlheinz Stockhausens »Gruppen« und Ligetis »Artikulation« wurden für Kurtág bei einem längeren Besuch im Kölner WDR-Studio für elektronische Musik Ende der 50er Jahre zu maßgeblichen Erfahrungen. Mit dem Streichquartett Opus 1, beendet 1959, uraufgeführt 1961, beginnt seine eigene Komponistenlaufbahn. Kurtág schrieb über den Anfang des Quartetts, er sei »nicht nur der Ausgangspunkt für diesen einen Satz, sondern für das ganze Quartett und darüber hinaus für ein ganzes Lebenswerk«. Das sechssätzige Werk steht in der Tradition von Bartóks Streichquartetten.

Dagegen verrät das zweite Quartett »Hommage á Mihály András - 12 Mikroludien für Streichquartett« (1977/78), hervorgegangen aus einem ursprünglich für Klavier komponierten Zyklus, schon rein äußerlich die Verwandtschaft mit Webern: Zwölf »winzige« Sätze in kaum elf Minuten, die sehr unterschiedliche musikalische Stimmungen ausbreiten. Unter dem Titel »Officium breve - in memoriam Andreae Szervánsky« (1988/89) erschien das dritte Streichquartett: fünfzehn kurze Sätze, die zum Teil bereits in ihren Überschriften auf Webern verweisen.

Das ungarische Keller Quartett hat eine CD mit diesen drei Streichquartetten eingespielt. Außerdem wurden die Stücke »Aus der Ferne III« (1991) und zwei Versionen von »Ligatura - Message to Frances-Marie (The answered unanswered question)« (1989) aufgenommen, so daß diese CD einen umfassenden Blick auf über dreißig Jahre Kurtág-Kammermusik möglich macht.

»Hommage an ... « und »m memoriam ... « sind Kurtágs Stücke häufig betitelt - in fast jedem zweiten beruft er sich auf Freunde und Vorbilder, denen seine Musik gewidmet ist. Es scheint, als wünsche der Komponist, mit Hilfe seiner Musik das Gedenken an ihm liebe und wichtige Menschen aus seiner (geistigen) Umgebung zu bewahren - wie persönliche Erinnerungsfotos, die man zwar herumzeigen kann, die aber ihren eigentlichen Wert nicht verraten.

Anfang der 80er Jahre entstand eine Art Klavierschule namens »Játékok« (Spiele), die Kurtág zunächst für seinen Sohn zu komponieren begann. In mehreren Bänden, die teilweise auch vierhändige oder für zwei Klaviere geschriebene Stücke enthalten, zeigt sich eine kaleidoskopartige Vielfalt der simplen Möglichkeiten, dem Klavier Töne, Klänge, Musik zu entlocken - wie bei den Vorbildern Bach in dessen »Wohltemperiertem Klavier« und Bartók in seinem umfangreichen »Mikrokosmos«. In einer neuen interessanten Aufnahme kann man György Kurtág und seine Frau Márta einzeln und

gemeinsam spielen hören. Das 34teilige Programm vereint Stücke aus den »Játékok«-Bänden mit vier beziehungsreich eingestreuten Bach-Transkriptionen.

Eine Brücke über die Jahrhunderte schlägt die CD »Hommage á R. Sch.« mit Werken von Kurtág und Robert Schumann. Die drei hervorragenden Interpreten Eduard Brunner (Klarinette), Robert Levin (Klavier) und besonders Kim Kashkashian (Viola), die solistisch »Neun Stücke für Viola solo« (1987-94) und »Jelek« (»Zeichen«, 1961) vortragen, stellen gemeinsam Kurtágs Opus vor: Fünf sehr kurze Sätze bewegen sich auf »Abschied« zu, den sechsten und letzten Satz, dessen vergleichsweise lange Dauer (er ist umfangreicher als die fünf vorhergehenden Sätze zusammen) und charakteristische Trauer seltsame Verbindungen zu Gustav Mahlers »Lied von der Erde« herzustellen scheinen. Drei mit Überlegung ausgewählte Werke Schumanns für verschiedene Besetzungen ergänzen das ungewöhnliche Programm.

Kurtágs Musik ist bestimmt vom Bemühen um die Schönheit des Tones, der sich durch Vervielfältigung, Bearbeitung, Wiederholung zum Klang erweitert und den Hörer dadurch gefangen nimmt, daß er Anteil hat an diesem Abenteuer. Nicht selbstverständlich erscheint es, daß zeitgenössische Musik durch Schönheit beeindrucken kann - in der Umsetzung dieser Idee ist Kurtág seinem Landsmann Ligeti auffallend ähnlich. Doch auch anders sollte diese Frage sich stellen lassen: Weshalb soll an seriöse Neue Musik nicht zugleich der Anspruch gestellt werden, sie möge durch Klarheit zum Zuhören zwingen? György Kurtágs Werk gibt so viele Antworten darauf, daß sich weitere Fragen erübrigen.

Konkret 03/98, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Damit die Welt nicht untergeht, ohne zu wissen, was am nächsten Morgen in der Zeitung gestanden hätte, gab es bis gestern nur das Fernsehen. Leuten, die nicht rechtzeitig zu Wickert und Hahne daheim sind, wird am Vorabend in Tankstellen und Szenekneipen jetzt »Der Tag« verkauft, »die digitale Tageszeitung aus der News-Redaktion des Spiegel-Verlags«, mit brandaktuellen »Nachrichten von heute, 18 Uhr«, wie dieser:

78 Prozent der Männer finden Natürlichkeit bei einer Frau am wichtigsten, nur 24 Prozent stehen in erster Linie auf »gutes Styling«.

Macht 102 Prozent - 100 Prozent Steher und 2 Prozent Überständer. Die Aufklärung steht auf Fortsetzung ihres Siegeszugs.

Wer aber auf die digitale Erweiterung seines Wissensschatzes verzichtet, erfährt auch aus dem Lokalteil einer zwei Wochen alten Ausgabe der »Neuen Westfälischen«, wovon der Welt übel ist. Der Reporter berichtet, wie einmal der Ministerpräsident G. Schröder beim »Bertelsmann-Forum« in Gütersloh sich

den Fragen aus dem Publikum, auch den diesmal besonders strengen von Bertelsmann-Chef Dr Mark Wössner

gestellt habe. Ob der Kandidat sich mit seinen Antworten für die Versetzung in eine höhere Klasse qualifiziert hat, behielt der strenge Prüfer an diesem Abend für sich. Allein, der Ton des erfahrenen Lokalreporters deutete an: Es dürfte mal wieder nicht gereicht haben, Gerhard.

Warum haben Sie Angst vor dem Tod? Die Frage sich stellen zu lassen, heißt, sie der »Bunten Illustrierten« beantworten zu müssen:

Das Leben geht weiter - und ich werde nicht erfahren können, was aus der deutschen Literatur wird.

Keine Angst, Marcel Reich-Ranicki, es wird werden, wie es ist. Es wird auch nach ihrem Tod gutte Bicher und schlächte Bicher geben. Und einen Literaturpapst, der die einen zuverlässig für die andern hält.

Im »Feinschmecker«, einer Fachzeitschrift für den mittelständischen Angeber, wird neben einer »Maisschaumsuppe mit Hummer medaillons«, welche auch der avancierteste Gourmet vielleicht nicht mit den Fingern essen kann, ein Besteck angezeigt:

Erdacht wurden die ruhig fließenden Formen von den beiden Designern Carsten Gollnik und Gert Trauernicht (YO creative answers). Ihre Ideen wurden mit hohem produktionstechnischem Aufwand in gestalterisch wie haptisch perfekte Form gebracht - in einer Konsequenz, die auch jenen hohen Ansprüchen an moderne Eßkultur gerecht wird, die ein Kenner wie Franz L. Lauter einfordert.

Für den nämlich, den

Kochkünstler und Künstlerkoch Franz L. Lauter Lünen,

der also Künstler kocht und bei dem ich gerne einmal Heinoschaumsuppe mit Medaillons vom frischen Rathenow zurückgehen lassen würde,

gehört natürlich auch ein der Speise gemäßes Besteck dazu - wie Palio, dem designpreisgekrönten Besteck von Carl Mertens.

Welcher Aufwand an Kunst, Kultur, Konsequenz, Anspruch, Design, Haptik und Sieneser Elegie ist da vertan! Ein einfacher Dativ kommt daher - und alles ist für dem Arsch.

Franz L. Lauters Kollege Volkmar Preis, der »Steinbutt und Hummer auf Wok-Gemüse mit einer leichten Chili-Sauce und wildem Reis« an- bzw. hinrichtet (am Hofe der Medici wäre er für diese Komposition in olio extra vergine ausgebacken worden), schreibt alle Leute an, deren Namen sich auf der Geschäftsführer-Liste der Hamburger Handelskammer finden:

Liebe Gäste! Auf Grund der Beliebtheit der schwarzen Perigord-Trüffel bekommen wir laufend frische Pilze geliefert.

Kann er auch nicht kochen, so hat er doch in den einfachen Worten eines Gastwirtschaftlers erklärt, worin das Geheimnis der Angebotstheorie besteht.

Wenn ein Soldat nicht nur dumm und dumpf ist, sondern auch mit sich selber Schlitten fährt, nennt man ihn den »Hacklschorsch«. Von so einem möchte man natürlich mehr wissen, und die Mutter Annemarie erzählt es gern:

Mein Mann hatte schon die Sterbesakramente empfangen, da ist der Bua zusammengebrochen.

Erst als es dem Vater, der seltsamerweise gar nicht Schorsch heißt sondern Georg, wieder besser ging,

ist's auch mit dem Buam aufwärts ganga,

von wo er wieder ganz schnell abwärts fahra hod kenna. Sogt die redegewandte Muatter von dem weltberühmten Buam über den Vodda, der wo scho eing'ölt woar. Jo mei, Kruzifix noch einmal, so ist es mit ihm ganga, besagtem Hackelgeorg.

Was ist Pressefreiheit? Auf Seite 7 meldet die dümmste Zeitung der westlichen Welt unter Berufung auf zwei Nachrichtenagenturen:

Das irakische Angebot sah vor daß die UN-Inspektoren acht Präsidenten-Gebäude kontrollieren könnten, die UN-Generalsekretär Kofi Annan bestimmen sollte.

Gegenüber, auf Seite 6, schreibt der Chefkommentator des Blattes, Wolf Heckmann, dazu den Kommentar:

UN-Inspektoren sollen acht (von Saddam ausgesuchte) Palast-Anlagen durchsuchen dürfen.

Pressefreiheit ist, wenn man schreiben kann, was man will.

Und was ist Elite? Elite ist der Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers, dessen Ansicht das »Handelsblatt« referiert:

Endlich dürfe man in Deutschland wieder Ja zur Elite und zur Begabung sagen.

Elite ist irgendwie auch der Thomas Middelhoff von Bertelsmann, der über die radikalen Produkte seines Hauses (RTL, »Stern«, »Brigitte«, »Geo« etc.) sagt:

Allzu oft bestimmen Neid und Streit die Themen unserer publizistischen Erzeugnisse.

Man denke nur an »Brigittes« »Machen Sie das Beste aus Ihrem Typ!« und des »Sterns« »Jugend forscht«. Doch bald kommt Middelhoff, und dann ist Schluß mit der Mieder- und Niedermacherei:

Ich bekenne mich ausdrücklich zum Standort Deutschland.

Elite nämlich ist, wer die Begabung hat, in Deutschland endlich wieder Ja zu sagen.

Daß es trotz alledem noch Leute mit Zivilcourage gibt, zeigt das Widerwort, das der Kandidat G. Schröder spricht:

Ja-Sager bringen uns nicht weiter

Das ist schon mehr als ein Widerwort, das ist ein Ja-cuse. Und recht hat er. Was also tun? In die Werbung gehn:

Deshalb lese ich »Die Woche«! Eine Zeitung, die sagt, was Sache ist, und immer eine Meinung mehr hat als andere.

Wo die anderen nur Ja sagen, sagt sie Ja und Nein, wo die anderen nur Nein sagen, sagt sie Nein und Ja, wo die anderen nur Nein und Ja sagen, sagt sie Nein und Ja und mal sehn, wo die anderen mal sehn und wohl kaum sagen, sagt sie mal sehn, wohl kaum und kommt drauf an, wo die anderen mal sehn, wohl kaum und kommt drauf an sagen, sagt sie, was Sache ist.

Ein weiterer Protagonist der deutschen Elite ist der Mainhardt Graf Nayhauß. Er macht die Leser der »Bild«-Zeitung anläßlich der Clinton-Affäre mit der Nachricht bekannt:

Sex ist auch in Bonn kein Fremdwort!

Dennoch sind Unterschiede zwischen den Manieren der Amerikaner und dem Kommang der deutschen Eliten festzustellen:

Ansonsten gilt für Damen, die von Bonner Politikern zum »Interview« aufs Hotelzimmer bestellt werden: »Augen zu und an Deutschland denken!«

Nein, die ironische Dezenz, die mit den Gänsefüßchen vor und hinter dem Interview Zärtlichstes zartestens andeutet, hätte so ein Ami nie aufgebracht.

Kein einziges Mal in seinem Künstlerleben ist es dem großen Humoristen Gabriel Laub gelungen, mich zum Lachen zu bringen. Als aber das »Hamburger Abendblatt« ihm zu seinem Tode nachrief, er sei

Ein Meister des Aphorismus

gewesen, hat er es schließlich doch geschafft. Kann ein Humorist sich ein schöneres Ende wünschen?

Das »Hamburger Abendblatt« meldet

Festnahme im Lotto-Mordfall

und fährt, ehe noch »Is was mit Tietze-Ludwig?« gefragt werden kann, fort:

14 Monate nach dem schrecklichen Raubmord auf den Lotto-Laden....

bei dem fünf Richtige und eine Zusatzzahl ein grausames Ende fanden, wurden zwei Verdächtige unter notarielle Aufsicht gestellt.